

CDU actions
echt
schMerzhAfD



art & research südwest

POLYGON 4



Herzlich willkommen zu Polygon 4,
liebe Leserinnen und Leser.

Regierungssturz, Interregnum, instabile Verhältnisse, das kannte Europa bisher eher aus Italien, Frankreich oder Belgien. gehört nun auch Deutschland zumindest vorübergehend zu den instabilen Staaten in Europa. Nichts ist mehr gewiss. Die Ampelkoalition hat Vertrauen verspielt, wie man den empirischen Daten der Wahlforschungsinstitute und der Universitäten entnehmen kann. Davon profitieren Rechtsextremisten, die sich auch in Deutschland fest etabliert und radikalisiert haben. Gleichzeitig profitieren sie vom Rechtsruck der Union, die mit ihrer Abstimmung über die Asylpolitik nach dem Anschlag von Magdeburg und dem Mord von Aschaffenburg das »Tor zur Hölle« (Rolf Mützenich) öffnete und in Kauf nahm, mit der extremen AfD zusammen neue Mehrheiten zu gewinnen.

Ein zweites Megathema ist die Münchener Sicherheitskonferenz, bei der US-Vizepräsident J.D. Vance eine Rede gehalten hat, die wegen des angedeuteten Bruchs mit der liberalen Demokratie Europas weltweit Wellen geschlagen hat. Wir dokumentieren sie hier ebenso wie die Rede des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, die man als glasklare Antwort auf Donald Trump und J.D. Vance und die US-Tech-Milliardäre lesen kann. Diesmal ist POLYGON also tatsächlich eine Zeitschrift für heftige Debatten.

Ihr Armin König
Herausgeber

Polygon 4 1/2025

2. Jahrgang, Heft 4, März 2025

Einzelpreis: 16 Euro

Jährlich mindestens 2 Ausgaben

Impressum:

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.dnb.de abrufbar.

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß §44b UrhG („Text und Data Mining“) zu gewinnen, ist untersagt.

© 2025 Polygon, Armin König, art & research südwest

Verlag: art & research südwest, Jahnstr. 9, 66557 Illingen,
ak@arminkoenig.de

Druck: Libri Plureos GmbH, Friedensallee 273, 22763 Hamburg

ISBN: 978-3-948105-70-9

ISBN_ 978-3-948105-71-6 (digital)

ISSN 2943-2820

Der Winter des Machtvakuumms: Interregnum,
Chaos-Phase, Verstörungen

Olaf Scholz ist ein Gescheiterter

Wird Friedrich Merz Bundeskanzler?
Viel spricht dafür

Ukraine: Kampf ums Überleben
und die Zerreißprobe für die Nato

Nahost: Eskalation im Gazastreifen
und die Geiselfrage

There Is A New Sheriff In Town:
Vance und der Scheidebrief am Valtentinstag

Rede von Bundespräsident Frank Walter
Steinmeier. Eröffnung der Münchener
Sicherheitskonferenz 2025
am 14. Februar 2025

J.D. Vance: Remarks by the Vice President at
the Munich Security Conference

Wer ist J.D. Vance

Neue Sachlichkeit - Spektakuläre Ausstellung



Foto: Armin König

Der Winter des Machtvakuumms: Interregnum, Chaos-Phase, Verstörungen

Armin König

Nach dem Zerbrechen der Ampelregierung schien es zeitweise, als sei die Bundesrepublik Deutschland unregierbar¹ – und das in einer Zeit schwerer außenpolitischer Belastungen und Verwerfungen. Die Blockade- und Sabotagepolitik² der FDP unter Christian Lindner verursachte – das lässt sich im Nachhinein eindeutig feststellen – schweren innen- und außenpolitischen Schaden³.

Monatelang war Deutschland wegen der egoistischen Politik der Freien Demokraten innen- und außenpolitisch gelähmt, weil unterschiedliche Minister in unterschiedliche Richtun-

1 Exemplarisch: Dausend, Peter & Grabitz, Ileana (2024): Wird Deutschland unregierbar? Die Ampel ist in der Dauerkrise, neue Parteien feiern Erfolge, das Land driftet nach rechts: Wie regiert man in einem Parteiensystem, das sich immer weiter aufspaltet? ZEIT online, 28. Juni 2024. Verweis auf Podcast: Das Politikteil. BILD (2025): Wochen der Wahrheit - Sind wir noch regierbar. BILD v. 2.2.2025.

2 Exner, Ulrich et al. (2024): Scholz unterstellt Lindner systematische Sabotage; Grünen-Chefin bezweifelt, dass der FDP-Vorsitzende nichts vom Planungspapier für den Bruch der Ampel wusste Welt am Sonntag v. 1. Dezember 2024; dpa (2024): Habeck wirft der FDP Sabotage vor. dpa/AFX v. 19.12.2024.

3 Das deckt sich mit dem Statement von Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Entlassung von Christian Lindner.

gen strebten. Es herrschten Chaos und Verunsicherung. Jeder machte sein eigenes Ding in der Hoffnung, bei der nächsten Wahl von dieser neurotischen Profilierungsmanie auf Kosten der Partner zu profitieren.

Vor allem Christian Lindner erwies sich in dieser Situation als inkompetenter Verantwortungsverweigerer. Allerdings schätzte er die Situation völlig falsch ein. Er hielt sich für unverzichtbar und sakrosankt. Olaf Scholz sah das anders und feuerte ihn auf eine Weise, wie es das in der Bundesrepublik Deutschland noch nie gegeben hatte. Lindner hat das Kunststück fertiggebracht, die Bundesregierung unregierbar zu machen und die eigene Partei und die Idee des Liberalismus zu zerstören.

Es folgte ein Winter des Missvergnügens, der Verstörungen und Verirrungen. Während die FDP sich selbst zerlegte und in der Bedeutungslosigkeit versank, kämpften SPD und Grüne um Machterhalt und Mehrheiten. Robert Habeck wollte die Mitte besetzen und startete eine Charme-Offensive am Küchentisch - ein Novum in deutschen Wahlkämpfen -, Olaf Scholz kommunizierte plötzlich mehr als in all den Jahren zuvor, erreichte aber die Bevölkerung und weite Teile der Medien nicht mehr. Der Vertrauensverlust der Ampeljahre war nicht mehr zu reparieren. Die SPD war intern gespalten, ob mit diesem Kanzler ein Wahlsieg noch möglich wäre. So erlebte Deutsch-

land im Winter des Missvergnügens einen »Qualkampf« ohne überzeugende Angebote. Für die rechtsextreme AfD war diese Unfähigkeit der demokratischen Mitte zu vernünftigen Kompromissen Wasser auf die Mühlen. Das hatte schwerwiegende Folgen. Die Union irrlichterte orientierungslos von der Mitte an den rechten Rand, um dort Abtrünnige abzufischen, während Friedrich Merz, Jens Spahn und Carsten Linnemann die CDU »entmerkelten« und damit die kritische politische Mitte ohne Not preisgaben, nur um sich konservativer zu profilieren. Das erregte den Zorn der »Merkelner«.

Nichts ging mehr in Berlin. Eine solche Chaos-Phase hatte die Bundesrepublik Deutschland seit der Wiedervereinigung nicht mehr erlebt.

Dabei wäre gerade gegen Jahresende 2024 ein starkes Deutschland in Europa von fundamentaler Bedeutung gewesen. Donald Trump war zum zweiten Mal als US-Präsident gewählt worden. Hoffnungen auf einen Sieg von Kamala Harris erwiesen sich als völlig illusionär.⁴ Trump fuhr gegen die Last-

⁴ Deutsche Medien lagen mit ihren Prognosen ebenso falsch, das gilt etwa für die ZEIT oder das ZDF, wo Elmar Theveßen noch in der Wahlnacht davon ausging, dass die Demokratin gewinnen könnte. Exemplarisch dazu: Schwalm. Mario (2024): Nachlese zur US-Wahl: Was deutsche Medien hätten besser machen können. Der Durchmarsch von Donald Trump oder Lektionen für eine ausgewogenere Berichterstattung. In: Die Politische Meinung (2024), 25.11.2024. <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/blog/detail/-/content/nachlese-zur-us-wahl-was-deutsche-medien->

Minute-Kandidatin einen überwältigenden Sieg ein, der die US-Demokraten ins Herz traf, die sich bis heute nicht von dieser Niederlage erholt haben.

Dass man in Deutschland überhaupt an einen Sieg der Demokraten glaubte, ja fast damit rechnete, hing einerseits mit Wunschdenken der Ampelparteien und ihrer Anhängerinnen und Anhänger zusammen. Man wollte sich nur ungern präventiv mit den Folgen eines Trump-Sieges auseinandersetzen. In der CDU/CSU, die traditionell den Republikanern viel nähersteht, war ein Trump-Sieg durchaus erwartet worden. Aber ganz geheuer schien selbst ausgewiesenen GOP⁵-Fans ein potenzieller Sieg des selbsternannten Größten Präsidenten ALLER US-Zeiten nicht. Man wusste ja aus der ersten Amtszeit, wie erratisch der POTUS⁶ regierte und dass er das Bündnis mit den Europäern und insbesondere mit Deutschland auf eine harte Probe stellen würde. Nichts würde mehr so sein wie vorher, wenn Trump gewinnen würde – und er gewann.

haetten-besser-machen-koennen

5 GOP: Grand Old Party. »GOP« ist eine in den USA gängige Abkürzung für die Republikanische Partei. Dabei ist die Republikanische Partei (gegründet 1854) jünger als die Demokratische Partei (gegründet 1828). Der Ehrentitel spielt auf den historischen Sieg der Republikaner im Bürgerkrieg und ihren prägenden Einfluss auf die USA im 19. Jahrhundert an.

6 „POTUS“ : Abkürzung für »President of the United States«. Von Donald Trump intensiv auf Twitter, X und Truth Social genutzt.

Die Fehleinschätzung der US-Situation hing auch mit deutlichen Schwächen des Fernseh-Journalismus zusammen, der in seiner Berichterstattung offenbar die Stimmungslage in den USA über weite Strecken falsch eingeschätzt hatte.

Manuel Schwalm schreibt dazu in einer treffenden Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung:

»Laut CNN-Nachwahlbefragungen hatten sich ca. 80 Prozent der Trump-Wähler schon vor September für ihn entschieden. Das Rennen war nie eng. Doch genau das wurde sehr lange von den Wahlbeobachtern in den deutschen Medien vermittelt. Und das wirft Fragen auf.«⁷ Und weiter: »Wenn Medien ihrem Auftrag, sachlich und objektiv zu informieren, nicht nachkommen, ist das für uns alle von Schaden. Und der Schaden ist noch größer, wenn sie nicht mehr berichten, wie die Welt ist, sondern wie sie gern hätten, dass sie ist.«⁸

Es war nicht das einzige dramatische Geschehen gegen Ende des Jahres 2024.

⁷ Schwalm, Mario (2024).

⁸ Schwalm, Mario (2024).

Vertrauensfrage und geschäftsführende Regierung

Am 6. November 2024 kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) an, die Vertrauensfrage im Bundestag zu stellen.⁹ Das erfolgte gleichzeitig mit dem rabiaten Rauswurf von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) und dem damit zusammenhängenden Aus der Ampelregierung; zwei weitere FDP-Minister sowie mehrere parlamentarische FDP-Staatssekretäre traten konsequenterweise mit Lindner zurück. Übrig blieb ein Kabinett aus SPD- und Grünen-Ministern sowie dem nun parteilosen Volker Wissing, der die FDP verließ, um noch ein paar Monate weiter als Verkehrsminister agieren zu können. Er war nicht bereit, das D-Day-Spektakel¹⁰ von Lindner mitzuspielen.

9 DLF (2024): Scholz entlässt Lindner - Vertrauensfrage am 15. Januar 2025. <https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.deutschlandfunk.de/scholz-entlaesst-lindner-vertrauensfrage-am-15-januar-im-bundestag-100.html&ved=2ahUKewjJkqmHy4-QAxS2QIHHRucFD4QFnoEC-B4QAAQ&usg=AOvVaw2XBsgKVxtnr9XeZlFfEWMc>. rbb (2024): Ampel-Aus – Scholz stellt Vertrauensfrage am 15. Januar.

10 Unter dem Codenamen D-Day wurde das Regierungs-Sabotage- und Koalitionsbruch-Szenario der Bundes-FDP bekannt, von dem Lindner nichts gewusst haben wollte.

Mit dem Ausscheiden der Liberalen verlor die Regierung ihre Mehrheit: Aus vormals 415 von 733 Mandaten wurden 325 – die Scholz-Regierung agierte fortan als Minderheitskabinett.

Als Termin für die Vertrauensfrage nannte Scholz zunächst den 15. Januar 2025. Das war taktisch bedingt – auch mit Blick auf die verfassungsrechtlich kürzestmöglichen Fristen für eine vorgezogene Wahl und auf die Hamburger Bürgerschaftswahl am 2. März 2025.

Die vorgezogene Bundestagswahl hätte dann frühestens Ende März stattfinden können. Scholz hoffte nach den dramatischen Ereignissen im November auf einen politischen Turnaround bis zum Frühjahr 2025. Das hatte sich der amtierende Kanzler fein ausgedacht. Seine Partei unterstützte ihn dabei. Aber er hatte die Rechnung ohne den politischen Gegner gemacht.

Denn die Opposition drückte unterdessen aufs Tempo. Thorsten Frei (CDU), Klaus Ernst (BSW) und Bernd Baumann (AfD) forderten am 8. November 2024 im Parlament in einer Aktuellen Stunde einen früheren Termin für die Vertrauensfrage.¹¹ Besonders scharf formulierte es Frei:

11 Aktuelle Stunde zur 198. Sitzung: Der politischen Handlungsunfähigkeit entgegen treten – Den Weg für Neuwahlen freimachen und die Vertrauensfrage umgehend stellen

»Olaf Scholz hat die Ampel begründet. Olaf Scholz hat die Ampel geführt. Der Bankrott der Ampel ist der Bankrott von Olaf Scholz.«¹²

Und zur Problematik fehlender parlamentarischer Mehrheiten, selbst für Verfahrensfragen: » Rot und Grün haben noch nicht einmal eine Verfahrensmehrheit. Der Bundeskanzler kann noch nicht einmal eigene Gesetzgebungsvorhaben hier im Bundestag ohne die Beteiligung anderer aufsetzen. Er kann die Vorlagen nicht aus den Ausschüssen holen. Wie wollen Sie das eigentlich machen? Wenn Sie Verantwortung für unser Land übernehmen wollen, dann darf man nicht auf diesen Plätzen kleben, dann muss man den Weg für eine Neuwahl freimachen. Wir brauchen schnell eine neue stabile Mehrheit und einen neuen Bundeskanzler für dieses Land.«¹³

Heidi Reichinnek (Gruppe Die Linke) sprach sich zwar auch für Neuwahlen aus. Sie erläuterte aber: »Ich verstehe alle Wähler/-innen da draußen, die schnell Klarheit wollen. Auch wir unterstützen Neuwahlen. Aber so eine Wahl organisiert man nicht von heute auf morgen. Die Neuwahl muss geordnet ablaufen, und das wissen auch die Schreihälse von AfD, Union und FDP.« Die Politiker*innen dieser Parteien hofften aber, aus dem Chaos des Koalitionsbruchs und der aktuellen Unzu-

¹² Aktuelle Stunde zur 198. Sitzung.

¹³ Aktuelle Stunde zur 198. Sitzung.

friedenheit der Bevölkerung politisch Kapital zu schlagen. Sie warf den »Schreihälsen« reines Machtdenken vor. »Sie wollen Macht – wir wollen den Menschen helfen,« rief Reichinnek. »Die Ampel hat es Ihnen ja auch wirklich verdammt leicht gemacht; denn die Ampel ist nicht diese Woche gescheitert. Sie ist seit Jahren gescheitert, und zwar daran, eine gute Politik für die Mehrheit in diesem Land umzusetzen. Und diese Menschen da draußen, die können nicht mehr, die ackern, die leisten, die liefern, und sie kommen trotzdem nicht voran.«¹⁴

Es war nicht nur die zweite Reihe der Fraktionen, die auf einem früheren Termin bestanden. Auch Friedrich Merz, Christian Lindner, Sahra Wagenknecht und Alice Weidel forderten eine schnelle Vertrauensfrage von Bundeskanzler Scholz.

Ein ebenfalls denkbares konstruktives Misstrauensvotum nach Artikel 67 des Grundgesetzes lehnte Merz ab, um nicht mit AfD-Stimmen zum »Übergangskanzler« gewählt zu werden.

Die Bundeswahlleiterin Ruth Brand warnte allerdings vor einem Wahltermin im Januar 2025 wegen organisatorischer Risiken in der Weihnachtspause. Das wäre für die vielen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer und die organisierenden Kommunen zu kurzfristig – was Scholz' Präferenz für einen späteren

14 Aktuelle Stunde zur 198. Sitzung.

Termin stützte und bei der Union den (unsinnigen) Vorwurf der »Instrumentalisierung« auslöste.

Der Union ging es tatsächlich in erster Linie um die Ausnutzung des Momentums, um den Überraschungseffekt beim Wähler, um Schlagzeilen – und um Polarisierung. Es war am Ende aber richtig, sich etwas mehr Zeit zur Vorbereitung zu lassen. Das war ein Punkt für Heidi Reichinnek. Die Union schwenkte um auf Vernunft. Politisch einigten sich die Verantwortlichen schließlich fraktionsübergreifend (SPD und Union, unterstützt von Grünen und FDP) auf den 23. Februar 2025 als Wahltag. Scholz sollte am 11. Dezember die Vertrauensfrage formell im Parlament stellen; das geschah auch.¹⁵ Die Abstimmung wurde für den 16. Dezember terminiert, wie es die Verfassung für solche Fälle vorsieht. Das letzte Wort über Auflösung und Termin liegt beim Bundespräsidenten – Frank-Walter Steinmeier billigte den Zeitplan nach Gesprächen mit Merz, Mützenich, Haßelmann und Dröge. Die Grünen erwiesen sich zum wiederholten Mal als Verfechter einer kompromissfähigen Vernunft-Politik der Mitte. Damit konnte noch im Dezember 2024 über die Vertrauensfrage debattiert und abgestimmt werden.

15 BT Drs. 20/14150. »Antrag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes. Gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes stelle ich den Antrag, mir das Vertrauen auszusprechen. Ich beabsichtige, vor der Abstimmung am Montag, dem 16. Dezember 2024, hierzu eine Erklärung abzugeben.«

Abrechnung mit der Ampelpolitik

In seiner von unzähligen Zwischenrufen unterbrochenen Erklärung zur Vertrauensfrage am 16. Dezember 2024¹⁶ verteidigte Scholz die Entlassung Christian Lindners als notwendig und unvermeidlich. Wie schon bei der Entlassung argumentierte Scholz ungewöhnlich kalt und hart gegenüber dem FDP-Chef. »Politik ist kein Spiel. In eine Regierung einzutreten, dafür braucht es die nötige sittliche Reife. Wer in eine Regierung eintritt, der trägt Verantwortung für das ganze Land, Verantwortung, die über das eigene Parteiprogramm, die eigenen Wählerinnen und Wähler hinausgeht, Verantwortung für 84 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger.«¹⁷ Damit sprach er Lindner indirekt die sittliche Reife ab. Scholz warf Lindner vor, Politik als

16 Die Union fiel auf mit Zwischenrufen zur Scholz-Rede wie »Blanke Demagogie«, »infam« (beide von Friedrich Merz, später auch von Dorothee Bär, CSU), »Populist!«, »Sie müssen sich schämen als Bundeskanzler«, »Was für ein Schwachsinn!« (alle von Thorsten Frei, CDU). Auch Ex-Partner FDP war nicht zimperlich: »Sie leben wirklich in Ihrer eigenen Welt« (Christian Dürr, FDP), »Cum-Ex!« (Julia Klöckner, CDU; Wolfgang Kubicki, FDP).

17 Die Bundesregierung (2024): Bulletin 124-1: Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz zum Antrag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes vor dem Deutschen Bundestag am 16. Dezember 2024 in Berlin. Auch BT, Pl.Pr.

Spiel zu betreiben.« Das war ungewöhnlich scharf und wurde von der Opposition in Zwischenrufen hart kritisiert.

Lindner habe dem Land geschadet, sagte Scholz und das Vertrauen des Kanzlers missbraucht. »Wochenlange Sabotage«, »kleinkrämerisches« Verhalten, Schaden durch »Schauspiel«, »Wirklichkeitsverweigerung« – ein knallharter Verriss gegenüber dem eigenen Vizekanzler, das hatte Shakespear-sche Qualitäten.

Gleichzeitig hielt Scholz eine typische Wahlkampfreden – mit einer schöngefärbten Bilanz und blumigen Versprechungen für die Zeit nach der Wahl. Schlüsselwörter waren: Brücken bauen, Kompromisse schmieden, kraftvoll investieren, sichere Arbeitsplätze, gute Zukunft, bezahlbares Leben, Respekt. Fairness und Gemeinsamkeiten - mit ihm als Kanzler. Das war völlig illusorisch und ein Scheingefecht für die Galerie und das Fernsehpublikum, an das er sich direkt wandte.

Scholz läutete so den nahezu aussichtslosen Kampf ums eigene politische Überleben ein – ein durchsichtiges parteipolitisches Manöver ohne Weitsicht.¹⁸ Sein Problem war, dass er der vermutlich unbeliebteste Kanzler des 21. Jahrhunderts war und dass er viele Vorschläge, die er erneut auf die Tagesordnung setzte, als Bundeskanzler hätte umsetzen können.

¹⁸ Dt. Bundestag, PlPr. 20/205 v. 13.11.2024.

Die Scholz-Rede war weder ein echter Kampf um Vertrauen und Zustimmung noch eine emotionale Wahlkampfrede. Sie war begeisterungsfreie Durchschnittsware, gehalten von einem politisch-bürokratischen Notar, der seine Aktennotizen abarbeitete. So redet kein Bundeskanzler von Format. Aber es war ein typischer Scholz. Scholz scholzte. Er verschenkte die Chance, mit einer Obama-gemäßen Motivationsrede (»Yes we can«) einen Schnitt zu ziehen und einen Neuanfang einzuleiten.

Friedrich Merz konterte scharf: Zunächst sprach er Scholz den Respekt gegenüber anderen ab. »Die Redner der FDP können es vielleicht nicht selber sagen, deswegen will ich es hier sagen: So wie Sie die FDP und insbesondere Christian Lindner hier heute Morgen adressiert haben [...] Herr Bundeskanzler, das ist nicht nur respektlos, sondern es ist auch eine blanke Unverschämtheit, was Sie hier gemacht haben.«¹⁹ Scholz habe jahrelang in vielen Funktionen 22 Jahre lang Verantwortung getragen (SPD-Generalsekretär, Arbeitsminister, Finanzminister, Bundeskanzler). Man müsse fragen, warum er all das nicht umgesetzt habe mit seiner Richtlinienkompetenz, was er nun angemahnt habe. »Waren Sie auf einem anderen Stern unterwegs? Sind Sie in einer anderen Welt unterwegs gewesen?

19 PIPr 20/205, 26502. Das war seinerseits eine Frechheit eines potenziellen künftigen Kanzlers. Man schenkte sich nichts.

Wo waren Sie in den letzten 22 von 26 Jahren?²⁰« Die Chance zur »Zeitenwende«, die er nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine verkündet hatte, habe er zweimal verpasst. Es habe sich nichts geändert. Das traf allerdings zu, ungeachtet aller Polemik.

Merz sprach Scholz die Führungsfähigkeit ab. Der CDU-Chef suchte die totale Konfrontation, etwa beim Thema Außenpolitik und Europa:

»Es ist peinlich, wie Sie sich auf europäischer Ebene verhalten. Sie blamieren Deutschland. Es ist zum Fremdschämen, wie Sie sich in der Europäischen Union bewegen!«²¹ Da klatschten sogar die Abgeordneten der FDP, nicht nur die der Union, während die SPD heftig protestierte. Merz kündigte Zuminutungen für die Arbeitnehmer und Erleichterungen und Investitionen für die Wirtschaft an. Und dass die sehr Reichen verschont bleiben sollen, weil dies doch die investierenden Familienunternehmer seien - wie abgeschrieben vom Programm der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) oder dem umstrittenen Verband »Die Familienunternehmer«. Merz kündigte drastische Änderungen beim Bürgergeld und in der Energiepolitik an. Man kann nicht behaupten, er habe den Wählerinnen und Wählern nicht offen angekündigt, was er will.

20 PIPr 20/205, 26502..

21 PIPr 20/205, 26503.

Die Schlusspassage von Merz:

»Ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie ist der Artikel 68 des Grundgesetzes. Sie stellen hier heute die Vertrauensfrage. Herr Bundeskanzler, Sie haben Ihre Chance gehabt; Sie haben diese Chance nicht genutzt. Und es gilt für den heutigen Tag wie auch für den 23. Februar 2025, dem voraussichtlichen Tag der Bundestagswahl: Sie, Herr Scholz, haben Vertrauen nicht verdient.«²² Das war eine sehr heftige²³ Replik des damaligen CDU/CSU-Fraktionschefs und Unions-Kanzlerkandidaten Merz, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Merz inszenierte sich als »harter Hund«.

Der bisherige Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) begann seine Rede mit den Worten, man sei erleichtert - Rolf Mützenich zitierend.

»Klar, wir waren alle drei genervt voneinander, und die Ampel hat in vielerlei Hinsicht zu Recht einen schlechten Ruf gehabt. Aber während wir hier diskutieren und der Bundeskanzler die Vertrauensfrage stellt, während also Deutschland auf eine Neuwahl zuläuft, haben wir eine gescheiterte Regierung in Frankreich. Wir haben nach langen Monaten der Koalitionsverhandlungen keine Regierung in Österreich, wir haben eine

22 PlPr 20/205, 26506.

23 ...und böse war die Antwort auch.

niederländische Regierung, die hochzerstritten ist; wir haben keine belgische Regierung. Sehr geehrte Damen und Herren, während wir uns in Teilen Europas weitgehend mit uns selbst beschäftigen, steht die Welt nicht still.«²⁴

Auch Habeck kritisierte die FDP scharf. Man dürfe eine Regierung verlassen, wenn man meine, es gehe nicht weiter. Aber »man darf sie nicht von innen zerstören wollen.« Und: »Man kann in einer Regierung nicht gegen eine Regierung sein.«²⁵

Das Scheitern der Ampel bezeichnete Habeck als »Menetekel, das weit über den Bruch der Ampel hinausgeht«.²⁶ Es sei ja »nicht zu vermuten, dass die Union, die SPD, die Grünen oder irgendjemand anderes eine absolute Mehrheit bekommt.«²⁷

Und es sei auch nicht zu vermuten, dass sich die Wirklichkeit ändere. Deshalb sei es ja »eine Lehre dieser Regierung, dass in einer so schwierigen Konstellation alle Akteure über den eigenen Schatten springen müssen.«²⁸

Das aber wollten weder die CDU noch die CSU noch die SPD hören, auch nicht die FDP und schon gar nicht die Outlaws der

24 PIPr 20/205, 26507.

25 PIPr 20/205, 26507.

26 PIPr 20/205, 26507.

27 PIPr 20/205, 26507.

28 PIPr 20/205, 26507.

AfD, denen alle anderen eine Absage erteilt hatten. Mit Blick darauf, was nach einer vorgezogenen Neuwahl passieren könnte, sagte Habeck an jenem 16. Dezember 2024:

»Nehmen Sie doch bitte mal zur Kenntnis, was in Europa um uns herum los ist. Es gibt keine Garantien, dass wir nach einer Neuwahl schnell und reibungslos zu einer neuen Regierung kommen. Es gibt auch keine Garantie, dass diese Regierung dann geräuschlos und leise weiterarbeitet.«²⁹

Da ist einer lange genug im Geschäft, um abseits von den (einst großen) Blöcken SPD und Union auf Selbstverständlichkeiten in einer nervösen Welt des Umbruchs und einer verstorbenen Republik hinzuweisen, die für das Funktionieren einer Demokratie essentiell sind. Nach den Umfragen aller Meinungsforschungsinstitute war tatsächlich nicht zu erwarten, dass die Union einen überragenden Sieg davontragen würde, wie es die Parteistrategen der CDU im Konrad-Adenauer-Haus großspurig anvisiert hatten. Eher war mit komplizierten und möglicherweise langwierigen Koalitionsgesprächen der jetzt schon im Bundestag vertretenen Parteien zu rechnen.

Als einer der wenigen Redner in dieser Debatte³⁰ bewies der Grünen-Politiker Robert Habeck sehr viel Weitblick – un-

29 PlPr 20/205, 26507.

30 vielleicht sogar als einziger Politiker

abhängig von Partei-Ideologien –, als er sagte, möglicherweise hätten nicht alle verstanden, was da gerade verhandelt werde und was dieser Tag wirklich markiere:

»Er könnte rückblickend eine Wasserscheide in der Geschichte und in der Parteiendemokratie der Bundesrepublik Deutschland markieren, wenn wir nicht verstehen, warum diese Regierung gescheitert ist.

Deswegen ist diese Vertrauensfrage meiner Ansicht nach gegenüber den Menschen so zu beantworten, dass wir versuchen, die eigene Position zwar laut und klar darzustellen, dass wir aber immer im Kopf haben, dass wir am Ende in der Lage sein müssen, aufeinander zuzugehen und Kompromisse zu schließen, um den nächsten Schritt zu gehen, genauso wie wir – und das darf ich für mich beanspruchen in dieser Regierung – es drei Jahre lang bis zur Selbstverleugnung getan haben.«³¹

Dass die CDU und die CSU die Grünen mit einer geradezu arroganten und verantwortungsvergessenen Brutalität verteilten, war für viele Wählerinnen und Wähler der politischen Mitte nicht nachvollziehbar.³²

31 PIPr 20/205, 26508.

32 Das ist es bis heute nicht, da sich die Union damit Koalitionsmöglichkeiten verbaute, nur um rechtsgerichtete Wähler:innen zurückzugewinnen, die zur AfD abgewandert sind.

Erklärbar ist diese extreme Polarisierung in Verbindung mit überbordender Überheblichkeit der Parteistrategen um Friedrich Merz und Markus Söder nur dadurch, dass sich die Union nach dieser Vertrauensabstimmung absolut siegessicher war – in der Gewissheit, bei einer vorgezogenen Bundestagswahl 40 Prozent plus x zu erzielen, wie es CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann avisiert hatte.

Allerdings war dann auch Habeck nicht zimperlich.

Er warf der Union und auch der FDP mit Blick auf die Schuldenbremse »Selbstbetrug«³³ und »Blindheit gegenüber der historischen Zeit«³⁴ vor. Die Union habe Schuld auf sich geladen. »Die Schuld ist nicht im Haushalt zu finden, sondern in einer heruntergewirtschafteten Bundeswehr, bei bröselnden Brücken, bei verspäteten Bahnen, bei nicht sanierten Schulen, bei fehlender Investitionstätigkeit im Lande.«³⁵

Damit traf Habeck einen wunden Punkt. Seit 2018 habe Deutschland kein richtiges Wachstum mehr verzeichnet.

Sein Fazit, zutreffend, wie die »Wirtschaftsweisen« 2025 betätigten: »Wir haben es mit einer tiefen Strukturkrise dieses Landes zu tun, die ausgesessen wurde in 16 Jahren unter

33 PIPr 20/205, 26507.

34 PIPr 20/205, 26507.

35 PIPr 20/205, 26507.

Führung der Union.«³⁶ Das saß. Einerseits. Andererseits muss man sagen: Habeck war der aktuelle Wirtschaftsminister, niemand anderes. Und der hat die Jetztzeit zu verantworten – zusammen mit dem Bundeskanzler und dem Finanzminister.

Ex-Finanzminister und FDP-Chef Christian Lindner hatte in dieser Debatte den problematischsten und schwierigsten Part. Lindner war tatsächlich der Anti-Held und der Schurke im Spiel, der die eigene Regierung monatelang sabotiert hatte. Das waren Methoden einer Intrigantenrepublik, nicht einer parlamentarischen Demokratie. Lindner entschied sich für Attacke und Fundamental-Opposition und startete mit Frontalangriffen gegen Bundeskanzler Olaf Scholz, dessen Vizekanzler er immerhin drei Jahre war.

»Deutschland befindet sich in einer sich zuspitzenden Wirtschaftskrise. Tausende, Zehntausende, vielleicht Hunderttausende Menschen müssen fürchten, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren, von dem sie geglaubt hatten, dass er sicher – vielleicht sogar lebenslang sicher – und gut bezahlt wäre, weil die Ampelkoalition des Bundeskanzlers Olaf Scholz auf diese Herausforderung keine gemeinsame Antwort gefunden hat. Deshalb hat diese Regierung die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern verloren.«³⁷

36 PIPr 20/205, 26507.

37 PIPr 20/205, 26511.

Das traf zu, war allerdings eine Bankrotterklärung der eigenen Politik, die Lindner entscheidend mit geprägt hat mit seiner restriktiven und konfrontativen Politik, die in Richtung Austerität ging. Für Lindner war es eine der letzten Chancen, abzurechnen und die von ihm seit Jahren geprägte Politik des Neoliberalismus zu schärfen. Anders als Scholz ging Lindner »all in«.

Seit Jahren habe Deutschland kein Wachstum mehr. Das sei nicht nur eine Statistikfrage. Nach Jahren des Wachstums spürten die Menschen die Wachstumskrise am eigenen Lebensstandard. »Sie können ihr Leben nicht mehr finanzieren.«³⁸ Für einen FDP-Politiker und »Sparkommissar« war dies eine bemerkenswert klare Aussage, die die Realitäten richtig beschrieb. »Deshalb ist eine wachstumsorientierte Politik immer auch die sozialste Politik, die man für unsere Gesellschaft machen kann«³⁹, fuhr Lindner fort.

Bundeskanzler Scholz habe die Struktur- und Wachstumskrise jahrelang geleugnet, bis in die letzten Tage vor dem Scheitern der Ampel. Deshalb müssten jetzt »Tausende, Zehntausende, vielleicht Hunderttausende Menschen« fürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.«⁴⁰ Und warum? Weil »die Ampelko-

38 PIPr 20/205, 26511.

39 PIPr 20/205, 26511.

40 PIPr 20/205, 26511.

alition des Bundeskanzlers Olaf Scholz auf diese Herausforderung keine gemeinsame Antwort gefunden hat.«⁴¹ Das sagte der gefeuerte Vizekanzler, der zweitwichtigste Mann dieser gescheiterten Koalition, der als Bundesfinanzminister mehr als jeder andere Investitionen und Anschubfinanzierungen ausgebremst hatte – eine geradezu schizophrene Situation in der Debatte. Lindner agierte wie eine Jekyll-und-Hyde-Figur – ganz so, als sei er selbst nie Teil dieser Regierung gewesen. Da muss man schon Chuzpe haben, so aufzutreten. Lindners Vorwurf: Der Bundeskanzler verteile Milliarden Geschenke (Mehrwertsteuersenkung), von denen Rentner genauso wie Milliardäre profitieren und habe »sich der notwendigen Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik verweigert.«⁴² Deshalb habe er »kein Vertrauen mehr verdient.«⁴³

Immer wieder fragte Lindner mit Blick auf die Schuldenbremse: »Wo ist eigentlich die Notlage?«⁴⁴ Wie im Fußball: Nach einer roten Karte nachtreten. Nach dem Motto »Haltet den Dieb!« schob Lindner alle Verantwortung auf Scholz.

Die Menschen müssten sich mehr anstrengen. Der »Sonderweg« in der Energiepolitik müsse gestoppt werden. Man brauche

41 PIPr 20/205, 26511.

42 PIPr 20/205, 26511.

43 PIPr 20/205, 26511.

44 PIPr 20/205, 26511.

eine Wirtschaftswende – selbstverständlich mit Kernenergie und Verbrennermotor, auch wenn beide Technologien in Abstiegsszenarien ganz oben zu finden sind. Keine Steuererhöhungen für Reiche, einseitig Entlastung für die Wirtschaft: So reden neoliberale Politiker, die offensichtlich empathiefrei argumentieren.

Sozialdemokraten und viele Bürger im Land fragten dagegen:

Wo bleibt die Verantwortung für das Gemeinwesen und das Ganze? Als ob es nur um abstrakte Fiskalregeln ginge, als sei Politik nicht auch hoch komplexes Aushandeln zwischen Rechtsstaat, Sozialstaat und Fiskalregeln. Der Ex-Finanzminister zeigte sich ein weiteres Mal in seiner Lieblingsrolle als eiskalter Technokrat ohne Bezug zur Bevölkerung.

Es ist tatsächlich die kapitalfixierte Scheuklappenpolitik der Liberalen (und von Teilen der Union), die die Friktionen in Deutschland ausgelöst hat und immer noch auslöst. Lindner spekulierte auf einen Wahlerfolg nach vorgezogenen Neuwahlen, um dann mit der Union diese neoliberale Wirtschaftswende durchzuziehen.

Die Krönung von Lindners Auftritt war ein Kalauer mit Büttenredenniveau für den Orden wider den tierischen Ernst: Die Senkung der Mehrwertsteuer »sichert keinen Job, das schafft keinen neuen Arbeitsplatz, das bringt kein Wachstum und keinen Aufschwung. Prinz Karneval kann am Rosenmontag Ka-

melle verteilen, um populär zu werden, aber die Bundesrepublik Deutschland darf so nicht regiert werden.«⁴⁵

Das war der peinliche Abgang eines der wichtigsten liberalen Politiker der letzten zehn Jahre. Er war sich sehr sicher, nach der Wahl wieder im Parlament und in der Regierung zu sitzen – dann aber in der liberal-konservativen mit der Union. Welch eine Hybris, dachten viele. Möglicherweise wäre dies auch aufgegangen, wenn nicht das D-Day-Szenario der FDP-Separatisten aufgedeckt worden wäre...

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich mahnte angesichts der hohen Bedeutung des Instruments der Vertrauensfrage im Grundgesetz mehr Ernsthaftigkeit an. Diese Vertrauensfrage sei »nicht für den politischen Alltag gemacht«⁴⁶, sondern für außerordentliche Momente.

An die Opposition, insbesondere an die Union, gewandt, sagte Mützenich:

»Sie mögen sich in der Opposition über das Scheitern der Regierung freuen. Gleichwohl sollten auch Sie bedenken, dass wir der Vertrauensfrage in Zukunft noch öfter gegenüberstehen könnten. Die Zersplitterung unseres Parteiensystems birgt Risiken, die die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes

45 PIPr 20/205, 26511.

46 PIPr 20/205, 26513.

nicht vorhersehen konnten. Und dafür gibt es auch kein verfassungsrechtliches Passepartout. Deswegen ist die einzige Chance, um Misstrauensvoten und Vertrauensfragen abzuwenden, Ernsthaftigkeit und die Fähigkeit zum Kompromiss.«⁴⁷

Seine Befürchtung: »dass Leichtsinn und Heuchelei sich in diesem Haus breitmachen«⁴⁸. Davor müsse sich die Parlament schützen. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass der »provozierte Koalitionsbruch«⁴⁹ nicht neu sei. Auch unter Helmut Schmidt waren es die Freien Demokraten, allerdings mit einem wichtigen Unterschied: »Das Scheidungspapier von Otto Graf Lambsdorff – davon hatten Sie in den letzten Monaten ab und zu gesprochen⁵⁰ –, das zum Ende der sozialliberalen Koalition führte, wurde vor 40 Jahren immerhin mit offenem Visier geschrieben.«⁵¹

Kritisch und provokativ fügte er hinzu:

»Was wir aber jetzt aus der FDP-Zentrale lesen mussten, ist an Niedertracht nicht zu überbieten.

47 PlPr 20/205, 26513.

48 PlPr 20/205, 26514..

49 PlPr 20/205, 26514..

50 Es ist das erste Mal, dass ein führender Koalitionspolitiker der Ampel davon sprach, dass das Lambsdorff-Papier noch während der Ampel-Zeit ein latent akutes Thema war.

51 PlPr 20/205, 26514..

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Schämen Sie sich!)

Der Vertrauensbruch, meine Damen und Herren, war von langer Hand vorbereitet. Obwohl Sie wissentlich und willentlich die Koalition – die Koalition! – und den Bundeskanzler stürzen wollten,

(Ria Schröder [FDP]: Stürzen? – Zuruf der Abg. Christine Aschenberg-Dugnus [FDP])

haben Sie uns noch wochenlang etwas vorgemacht. Schwer erarbeitetes Vertrauen wurde im Handstreich zerstört.«⁵²

Diese Rhetorik war allerdings nicht geeignet, Zustimmung in den Reihen der Alt-Opposition und der Lindnerschen Neu-Opposition zu gewinnen. Das war auch nicht die Absicht von Mützenich, der für Klartext bekannt ist.

Er hatte aber auch Recht, als er bemerkte:

»Was mich vor allem aufgewühlt hat, sind die Begriffe ›Feldschlacht‹, ›Torpedo‹, ›D-Day‹. Sich aus einer Regierung herauszustehlen, ist das eine. Aber die Befreiung vom deutschen Faschismus damit in Verbindung zu bringen: Schämen Sie sich eigentlich nicht dafür, Herr Kollege Lindner?

52 PIPr 20/205, 26514..

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Widerspruch bei der FDP)

Sind Sie jemals über die Friedhöfe der Normandie gegangen?

(Zurufe von der FDP – Christian Dürr [FDP]: Das sind Unterstellungen, die sind unfassbar, Herr Mützenich! – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Dafür sollten Sie sich schämen!)

17-, 18-, 19-jährige Soldaten liegen dort. Die Brandung am Morgen des 6. Juni 1944 war von Blut gefärbt. Wie kann man nur diesen Heldenmut begrifflich mit einem schnöden Regierungssturz in Verbindung bringen? Schämen Sie sich!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Zuruf des Abg. Dr. Marco Buschmann [FDP])

Deswegen, Herr Kollege Lindner: Ja, Ihnen fehlt die sittliche Reife, um unser Land anständig zu regieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Schämen Sie sich! – Christian Dürr [FDP]: Unfassbar, Herr Mützenich! Das ist der gleiche Herr Mützenich, der den Krieg in der Ukraine einfrieren wollte!)

Das ist die bittere Wahrheit, und andere sollten sich das gut merken. Das ist die Quintessenz aus dieser Geschichte.«⁵³

53 PlPr 20/205, 26514.

Womit Mützenich vermutlich einen wunden Punkt bei der FDP getroffen hatte.

Der SPD-Politiker musste kein Hellseher sein, um zu prognostizieren, wie schwierig die Lage auch nach der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 sein würde. Es nutzt ja nichts, den Kopf angesichts der Probleme in Deutschland und der Welt in den Sand zu stecken. Die seien ja »nicht verschwunden«, auch nach der Wahl nicht:

»Egal wer den Auftrag zu einer Regierungsbildung erhalten wird, er muss sich zwei fundamentalen Fragen stellen: Wie können wir die notwendigen Investitionen in Sicherheit und in unsere Infrastruktur stemmen, wenn die Einnahmen dafür nicht ausreichen? Und wie können wir die Ungleichheit zwischen der Mehrheit mit normalem Einkommen und den wenigen mit sehr großen Vermögen mindern, um mehr Gerechtigkeit im Land zu schaffen? Das sind die fundamentalen Fragen für eine Regierung nach dem 23. Februar.«⁵⁴

Ganz Europa müsse investieren, das gehe aus dem Draghi-Report hervor. Erfahrung, Verlässlichkeit und Integrität seien heute wichtiger denn je und für Deutschland wie eine Versicherung für die Zukunft. Angesichts der Komplexität der Gegenwart verlange die Zeit neue, flexible Konzepte statt alt-

54 PIPr 20/205, 26514.

bekannter Muster. »Die oft anzutreffende Floskel vom »Kalten Krieg 2.0« mag sich für Talkshows eignen. Aber auf eine komplexe Gegenwart darf es in diesen Tagen keine unterkomplexen Antworten geben«⁵⁵, sagte Mützenich kritisch, gerade mit Blick auf Politiker der Union.

Veränderungen und globale Machtverhältnisse zeigten sich oft mehr in kleinen Gesten als in großen Schlagzeilen. Beim letzten G20-Gipfels habe der Ukraine-Krieg für die brasilianischen Gastgeber eine erhebliche geringere Rolle gespielt als etwa für die Europäer. Man habe dort andere Prioritäten gesetzt. Das zeige, wie unterschiedlich Krisen international gewichtet werden. Das Risiko einer Eskalation bleibe hoch. Umso wichtiger sei das tägliche Bemühen um strategische Stabilität. Auch darum werde es am 23. Februar gehen – durch eine umsichtige Politik in der Welt und in Europa. Wer das verkenne, könne Deutschland nicht verantwortungsvoll regieren. »Die neuen Realitäten der Welt dulden keine Schönfärberei«⁵⁶, sagte der SPD-Fraktionschef.

Mützenich griff Friedrich Merz und die Opposition frontal an: Der SPD-Fraktionschef warf Friedrich Merz widersprüchliche Aussagen und fehlende Verantwortung vor: etwa zur Energiepolitik, zu Russlandsanktionen und zur Schuldenbremse.

55 PlPr 20/205, 26516.

56 PlPr 20/205, 26516..

Die CDU/CSU habe »aus Engstirnigkeit und Eigennutz«⁵⁷ parteiübergreifende Gespräche zu Investitionen in Deutschland abgelehnt. »Wir haben leider wertvolle Zeit verloren.«⁵⁸

Mützenich kündigte an, die Sozialdemokraten wollten nicht zulassen, dass Sozialleistungen gegen Ukraine-Hilfen ausgespielt werden. Die SPD stehe für einen Kurs der Modernisierung und internationalen Verantwortung. Die Vertrauensfrage solle Klarheit über Geleistetes und Notwendiges schaffen und einen politischen Richtungsentscheid ermöglichen.

Erwartungsgemäß radikal fiel die Rede der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel aus. Sie warf der Regierung »Realitätsverweigerung« und »wirtschaftliche Zerstörung« vor. Weidel diffamierte in ihrer bekannt demoagogischen Art Ampel und Union als Versager in Wirtschaftspolitik und bei der inneren Sicherheit.

An den Schäden, die die Ampel in dieser Zeit angerichtet habe, hätten die Deutschen noch in Jahrzehnten zu tragen: »die Automobilindustrie dank gigantischer Fehlinvestitionen im freien Fall, der Maschinenbau im Niedergang, die chemische Industrie auf der Flucht vor explodierenden Energiekosten, die Stromversorgung ruiniert, viel zu teuer und von Dunkelflaute zu Dun-

57 PIPr 20/205, 26517.

58 PIPr 20/205, 26517.

kelflaute stets am Rande des Blackouts, das Land geflutet von fordernd auftretenden Migranten, die das Vorgefundene verachten, die innere Sicherheit im Zusammenbruch, das Sozialsystem überspannt, während Steuerlast und Inflation den Bürgern Kaufkraft und Wohlstand rauben und sie erdrücken.«⁵⁹

NGOs nannte sie »Stasi«, sprach von »Majestätsbeleidigungsparagrafen« und »Internetspitzeln«, warf der Politik »Deindustrialisierung« vor.⁶⁰

Sie sprach sich in radikalen Tönen für sofortige Rückführung von Migranten und gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Ihr Attacken gegen SPD, Grüne und Friedrich Merz gipfeln in der Passage:

»Sie haben mit den Trümmern der gescheiterten Ampel eine undemokratische Kungelrunde gebildet, um dieses Parlament zu entmündigen und zu verhindern, dass Initiativen zur Korrektur der rot-grünen Chaospolitik vorgenommen werden können.«⁶¹

Ihre Zusammenfassung am Tag der Vertrauensabstimmung - wenige Wochen vor der vorgezogenen Neuwahl:

59 PlPr 20/205, 26518.

60 PlPr 20/205, 26519.

61 PlPr 20/205, 26519.

»Eine schwarz-grüne Koalition der kriegsbesessenen und linken Deutschlandzerstörer ist das Letzte, was Deutschland braucht.«⁶²

Wie man mit einer Demagogin wie Weidel und erst recht mit ihrer in weiten Teilen rechtsextrem gepolten Partei AfD gemeinsame Sache machen kann, ist vielen Beobachtern seit Jahren ein Rätsel. Andererseits ist deren politische Bedeutung als Protestsammelbecken im Laufe der Jahre immer mehr gestiegen. Anders als Teile der CDU hat die CSU die AfD immer als »Feindpartei« betrachtet.

CSU-Fraktionssprecher Alexander Dobrindt konterte konsequenterweise mit einer Frontalattacke gegen die AfD-Chefin und ihre demagogischen Aussagen:

»... das, was Sie hier gerade abgeliefert haben, das ist unterstes Niveau – das ist absolut unterstes Niveau. Wir, CDU und CSU, stehen seit 75 Jahren für den Frieden, und die NATO ist Teil unserer Friedenssicherung. Sie haben am Wochenende dazu aufgerufen, Deutschland solle die NATO verlassen, weil die NATO Russlands Interessen gefährde.«⁶³ Damit gefährde die AfD die Sicherheit Deutschlands, schlimmer noch:

»Als CDU und CSU gegründet wurden, da hatten wir zwei

62 PIPr 20/205, 26519.

63 PIPr 20/205, 26519.

klare Gegner: zum einen die Ewiggestrigen und zum anderen die Agenten Moskaus. Sie haben es geschafft, beides gleichzeitig zu sein.«⁶⁴ Dem gescheiterten Bundeskanzler Scholz warf Dobrindt mangelnde Selbstkritik und Selbstgerechtigkeit vor. Es sei »geradezu grotesk«⁶⁵, das sich Scholz als Gescheiterter erneut zur Wahl als Bundeskanzler stelle.

Alexander Dobrindt (CSU) nutzte die Debatte über die Vertrauensfrage von Olaf Scholz für eine fundamentale Generalabrechnung mit der Ampelregierung, der AfD – und dem Kanzler persönlich. Rhetorisch aggressiv, inhaltlich breit aufgestellt, taktisch zugespitzt ging Dobrindt in die finale Auseinandersetzung vor der Vertrauensabstimmung.

Dobrindt begann mit einer scharfen Replik auf die vorangegangene Rede von Alice Weidel (AfD). Er warf der AfD vor, deutsche Sicherheitsinteressen zu verraten, da sie einen NATO-Austritt ins Spiel gebracht habe. »Unsere Sicherheitsgarantie für jeden deutschen Bürger ist die NATO, und Sie wollen die aufgeben und begründen das noch mit den Interessen Russlands.«

Der CSU-Politiker ging noch einen Schritt weiter mit einer historischen Zuschreibung: »Als CDU und CSU gegründet wur-

64 PlPr 20/205, 26520.

65 PlPr 20/205, 26520.

den, da hatten wir zwei klare Gegner: die Ewiggestrigen und die Agenten Moskaus. Sie haben es geschafft, beides gleichzeitig zu sein.«

Dann richtete sich Dobrindt an Olaf Scholz, die Hauptperson dieses Tages der Vertrauensabstimmung. Der Oppositionspolitiker Dobrindt kritisierte in seiner Rede die Regierung Scholz scharf und wurde dabei auch persönlich gegenüber dem Bundeskanzler:

»Das war eine verdammt selbstgerechte Rede, die Sie heute hier abgeliefert haben.«⁶⁶

Scholz zeige trotz exekutiven Versagens keinerlei Selbstkritik, so der CSU-Politiker.

Das war Wahlkampf pur – gemünzt auf die vorgezogene Bundestagswahl.

Die »illegale Migration« bezeichnete Dobrindt als »Thema, das unsere Gesellschaft polarisiert, emotionalisiert und zur Spaltung führt.« Es sei »geradezu zwingend, in dieser Phase darüber zu sprechen«, wobei er den Fokus auf Syrer richtete. Er forderte von Scholz Antworten, wie nach dem Sturz des Assad-Regimes und dem Wunsch der syrischen Übergangsregierung mit der Frage der Rückkehr umzugehen sei. Der CSU-

⁶⁶ Dass allerdings ausgerechnet Dobrindt von Selbstgerechtigkeit spricht, hat schon einen besonderen Hautgout.

Politiker warnte davor, das brisante Thema »zum Tabu zu erklären« und verlangte einen Fahrplan und klare Antworten zu brisanten Fragen.

Seine Forderung: »Verfahren wir nach einem ganz einfachen Prinzip: Wenn Schutzgründe wegfallen, dann muss auch Ausreise wieder möglich sein. Im gleichen Maße sagen wir aber: Wer gut integriert ist, auskömmliche Arbeit hat, der kann natürlich eine Bleibeperspektive haben. Aber wer Straftäter ist, der muss auch schnellstmöglich wieder zurückgeführt werden. Hier stehen Sie im Wort, Herr Bundeskanzler, und das haben Sie bisher nicht gehalten.« Es war der Versuch des CSU-Politikers, das eigentliche AfD-Topthema Migration zum Unions-Wahlkampfhit zu machen und dabei die Ampelregierung vorzuführen. Es war und ist ein riskantes Unterfangen, mit der Übernahme und der polarisierenden verbalen Zuspitzung von AfD-Kernthemen Punkte für die Union zu machen. Nach bisherigen Erkenntnissen funktioniert dies nicht.

Die grüne Wirtschaftspolitik Robert Habecks bezeichnete Dobrindt als »eine einzige politische Bankrotterklärung«. Er habe mit seiner »Energiepolitik nicht nur die Bürger in Deutschland massiv verunsichert und aufgebracht, sondern auch unsere europäischen Nachbarn«. In einer scharfen Schlusspointe wandte sich Dobrindt direkt an Scholz und Habeck: » Sie sind als Fortschrittskoalition angetreten. Eine Rezessionskoalition

sind Sie geworden. Als Respektloskoalition haben Sie regiert. Als Restekoalition stehen Sie heute vor dem Scherbenhaufen Ihrer Politik. Gehen Sie mit Gott, aber gehen Sie!«

Ausgerechnet Dobrindt, der der Ampel mangelnden Respekt vor den Menschen vorgeworfen hatte, erwies sich mit dieser Angriffsrede als gnadenloser Meister der Respektlosigkeit.

FDP-Fraktionschef Christian Dürr suchte in seiner vergleichsweise harmlosen Rede bereits den Schulterschluss zur CDU und zu Friedrich Merz, den er ausdrücklich lobte. Gleichzeitig kritisierte der liberale Spitzenpolitiker, der auch nach eigenem Bekunden an vielen Koalitionsrunden teilgenommen hatte, erneut die eigene Regierung und insbesondere Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne).

Im Sport würde man diese Art des Nachtretens als Revanchefoul bestrafen. Das Wenige, das in der Koalition gelungen sei, sei nicht wegen, sondern trotz Scholz und Habeck und dank Christian Lindner (FDP) gelungen, behauptete Dürr. Es war der Abgesang der Wirtschaftsliberalen auf die eigene verkorkste Regierungsarbeit.

Zum Abschluss sagte Dürr: » Das Problem Ihrer Politik – ob bei den Vorschlägen in Ihrem Wahlprogramm oder bei denen, die Sie heute gemacht haben – ist, dass Ihnen langsam, aber

sicher das Geld ausgeht. Deswegen greifen Sie in die Taschen der Kinder und Enkel, und das werden wir verhindern.«

Eine bemerkenswert mutige Prognose, für die die Umfragen zum damaligen Zeitpunkt keinerlei Grundlage boten. Es war das, was man „Pfeifen im dunklen Wald“ nennt. Schließlich war es die FDP, die mit ihrer Sabotagepolitik den Kurzschluss der Ampel verursacht hatte. Und nachdem die Medien das »D-Day-Strategiepapier« der FDP aufgedeckt und publiziert hatten, wusste die Öffentlichkeit auch, wer die Urheber des Koalitionsbruchs waren - wie einst die Liberalen unter Otto Graf Lambsdorff, nur dilettantischer und am Ende erfolglos.

Verlorene Vertrauensabstimmung, kritische Medien-Reaktionen und ein gefährliches Interregnum

Am 16. Dezember verlor Scholz die Vertrauensabstimmung wie erwartet deutlich (394 verweigerten die Zustimmung, es gab 207 Ja-Stimmen und 116 Enthaltungen; Mindestschwelle wären 367 Ja-Stimmen gewesen). Er empfahl dem Bundespräsidenten die Auflösung. Frank Walter Steinmeier löste am 27. Dezember 2024 den 20. Deutschen Bundestag auf und setzte die Neuwahl für den 23. Februar 2025 an. Bis dahin regierte eine rot-grüne Minderheitsregierung (mit dem nun parteilosen Volker Wissing) geschäftsführend. Die SPD kürte Scholz am 25. November einstimmig zum Spitzenkandidaten und bestätigte ihn beim SPD-Parteitag am 11. Januar 2025. Das war ein vermeidbarer Fehler. Scholz war der Falsche.

Die internationale Reaktion fiel kritisch aus: Der Bruch einer deutschen Regierungskoalition in wirtschaftlicher Stagnation, mit Investitionsstau und unzureichender militärischer Bereitschaft sandte weltweit negative Signale. Beobachter warnten vor Folgen für EU-Kooperation und -Integration sowie vor Rückenwind für populistische Kräfte – insbesondere die AfD.

Politikwissenschaftliche Analysen setzen unterschiedliche Schwerpunkte: Karl-Rudolf Korte von der Universität Duisburg-Essen sah die »Wutrede« von Bundeskanzler Olaf Scholz anlässlich der Entlassung von Finanzminister Christian Lindner als strategischen Schachzug in der Vorphase des Wahlkampfes⁶⁷. »Es war eine kalte Wutrede, die mich an die Zeitenwende-Rede (nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022) erinnert hat«, sagte Korte in seinem Podcast.⁶⁸ Das sei untypisch für »diesen Bundeskanzler⁶⁹« gewesen, der sonst eher ein »still in sich hinein reflektierender Typ« sei.⁷⁰

Korte fühlte sich nach eigenen Worten an 2005 erinnert (»2005 reloaded«⁷¹), als die damalige Regierung unter Gerhard Schröder und Franz Müntefering ebenfalls vorzeitig Neuwahlen anstrebte, was Schröder durch die Vertrauensfrage erreichte. Die Scholz-Rede belege, »wie stark zerrüttet die persönliche Beziehung zwischen Scholz und Lindner sein müsse« und habe den FDP-Chef persönlich tief getroffen.

67 VRM-Podcast »Korte & Rink«. Zitiert nach: lab (2024): Korte: Scholz hat noch nicht verloren. Allgemeine Zeitung Mainz (AZ), 12.11.2024.

68 Korte & Rink.

69 Korte & Rink.

70 Korte & Rink.

71 Korte & Rink.

Das allerdings ist überraschend angesichts der FDP-Sabotage-Aktivitäten und der ständigen Querschüsse Lindners in der Ampelkoalition. Als erfahrener Spitzenpolitiker hätte Lindner irgendwann mit einer solchen Reaktion des Bundeskanzlers rechnen müssen, der laut Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt.⁷²

Korte analysierte, Lindner habe sich »verzockt«⁷³. Mit dieser Einschätzung steht der Politikwissenschaftler nicht allein. Er habe sich als eine Art »Verfassungsminister« inszeniert, der nur die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse im Visier gehabt habe. Er sei als Finanzminister gescheitert. Man müsste hinzufügen: Lindner ist auch als Politiker und als Mensch gescheitert.

Lindner hat tatsächlich aufs falsche Pferd gesetzt und seit 2023 die Koalitionspartner immer wieder genervt. Seine Sturheit hatte schon vor dem Ampel-Aus im November 2024 mehr als einmal die Regierung Scholz an den Rand des Scheiterns gebracht. Damit traf Lindner den Bundeskanzler persönlich und politisch mitten ins Herz. Der revanchierte sich auf ziemlich rabiate Weise.

Der populäre Politikwissenschaftler Korte kritisierte die FDP-Kommunikation rund um das »D-Day«-Papier als »rui-

⁷² Art. 65 GG.

⁷³ Korte & Rink.

nös«. Das seien »sehr düstere Tage für die FDP«, die sich zunächst als Opfer inszeniert habe und dann als Täter entlarvt wurde - und das auf eine unwürdige Weise«. Das könne die FDP auf Dauer beschädigen. Er bezweifelte, dass der heilige Gral Schuldbremse und die marktradikale Haltung der Freien Demokraten ausreiche, die Partei über die 5-Prozent-Hürde zu bringen, auch wenn dies ein Alleinstellungsmerkmal der FDP sei.

Zweifellos war das Ampel-Aus »historisch« ein: erster Koalitionsbruch auf Bundesebene seit Jahrzehnten, erste vorgezogene Bundestagswahl seit 2005. Zugleich verwies er auf strukturelle Schwächen aller Ampel-Parteien, verschärft durch ostdeutsche Wahlverluste und personelle Turbulenzen bei allen Beteiligten (Rücktritt von Kevin Kühnert als SPD-Generalsekretär, Führungswechsel bei den Grünen, massive FDP-Krisen).

Tatsächlich herrschte vor allem bei der FDP eine außergewöhnlich große Orientierungslosigkeit angesichts dramatischer Wahniederlagen in den Bundesländern und vor dem Hintergrund der Unmöglichkeit, das Kernthema »Sparsamkeit und wirtschaftliches Handeln« angesichts des verheerenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeshaushalt in der praktischen Politik umzusetzen. Lindner stand seit diesem Urteil 2023 – dem eigentlichen Drama-Punkt – auf ver-

lorenem Posten. Dass er sich nicht an die Situation anpassen, sondern mit destruktivem Verhalten sein persönliches Profil und das der FDP schärfen wollte, war ein historischer Fehler.

Menschen wollen von der Politik in schwierigen Phasen Lösungen, nicht Rechthaberei. Und sie wollen die Entscheidungen schon gar nicht im Sinne neoliberaler Sonderinteressen.

Uwe Wagschal (Universität Freiburg) betonte die institutionelle Besonderheit und Fragilität von Minderheitsregierungen im deutschen System. Anders als in Schweden, Kanada oder Spanien fehle hier die Tradition tragfähiger Minderheitskonstellationen.

»Im Vergleich zu anderen Ländern, wie etwa Schweden, Kanada oder Spanien, wo Minderheitsregierungen auch über längere Zeiträume funktionsfähig waren, ist dieses Modell in Deutschland traditionell schwieriger umzusetzen. Besonders problematisch könnte es werden, wenn dringende Gesetzgebungsprozesse oder Krisenbewältigungen notwendig werden.« Laut Wagschal »werden die politischen Ränder stärker und Themen wie Steuern, Migration und Staatsverschuldung gewinnen an Bedeutung, während Umwelt- und Klimaschutz sowie kulturelle Debatten weniger zentral werden.« Zudem könnte die Zersplitterung der Parteienlandschaft steigen, und Parteien an oder unter die Fünf-Prozent-Hürde drücken. Eine

weitere Gefahr kommt hinzu: Falsche Freunde.

Medial verschärfte sich der Ton: dpa, General-Anzeiger und Boulevardtitel sprachen von der »ersten Schlacht des Wahlkampfes«.

Merz warf der SPD »schmutzige« Kampagnen vor, verwies auf diffamierende auf KI-Videos über ihn, was zutraf; Scholz gab sich defensiv-versöhnlich und warnte vor »Verteilungskämpfen jeder gegen jeden«. In der Sache blockierten SPD und Union bereits im Dezember gegenseitig zentrale Vorhaben – etwa rasche Energiepreissenkungen. Das war ein großer Fehler der CDU. Man hätte die Wirtschaft massiv entlasten können, wenn man es denn gewollt hätte. Das hat Merz aber nicht.

Die Union verwies auf »fehlende einigungsfähige Konzepte«, SPD-Chef Klingbeil drängte damals vergeblich auf Schulterschluss zur Rettung von Arbeitsplätzen.

Die ZDF-Politbarometer-Werte bleiben zunächst weitgehend stabil: Union deutlich vorn, SPD hinter AfD auf Platz drei, Grüne um 11–12 %, FDP an der Fünf-Prozent-Schwelle, Linke darunter; BSW zwischen 5 und 9 %.

In der Ursachenanalyse einer für Deutschland sehr enttäuschenden Legislaturperiode verwiesen Kommentatoren (u. a. DW) retrospektiv auf das Urteil des Bundesverfassungsge-

richts vom 15. November 2023 zur Umwidmung von 60 Mrd. € aus Corona-Krediten für Klima-/Energiefonds: Mit dem Wegfall dieser finanziellen Grundlage habe die Ampel jeglichen haushaltspolitischen Kitt verloren.

Der Grundgegensatz zwischen stärkeren Staatsausgaben (SPD/Grüne) und schuldenbremsen-zentrierter Austerität (FDP) brach offen aus – die Finanzfrage wurde zum politischen Sprengsatz. Und so war die Grundsatzauseinandersetzung im Wahlkampf geradezu folgerichtig:

Die Union formierte sich mit dem Slogan »Fleiß/Leistung muss sich lohnen«, grenzte sich radikal gegen Koalitionen mit den Grünen ab, was unklug war, und problematisierte ein mögliches Bündnis mit der SPD wegen des Bürgergelds, was kurzfristig war. Absolute Mehrheit sind in Deutschland derzeit nicht mehr zu erreichen. Das ist ein illusionärer Wunschtraum weltfremder Parteistrategen. In der CDU war es vor allem eine Gruppe um Carsten Linnemann, die diese Illusion schürte.

Die SPD setzte auf Mindestlohn, Rente, soziale Gerechtigkeit. Die Linke konzentrierte sich auf Mieten und Lebenshaltungskosten. Die FDP reklamiert den Part als angebliche »Anwältin der Wirtschaft« und der wirtschaftlichen Vernunft, flankiert von BDI-Forderungen nach radikaler Entlastung, nach Bürokratieabbau, Energiekosten-Senkung und Investitionsoffensiven.

Parallel tobte ein Streit um TV-Duelle, insbesondere im Umgang mit der AfD: Habeck lehnt ein Duell mit Weidel ab; Lindner und Wagenknecht bieten sich an.

Dass der Schlagabtausch angesichts des kurzen Wahlkampf sehr schnell sehr hart wurde, überraschte nicht.

SPD und Union bekriegten sich im Kampf um die Kanzlerschaft. Die FDP wurde wegen der demokratieschädlichen »D-Day«-Causa von allen Seiten hart attackiert und sackte in allen Umfragen dramatisch ab, zumal die Medien den Freien Demokraten systematische Täuschung vorwarfen.

In der Sache blieb die Lage bis Weihnachten verfahren: Die Minderheitsregierung Scholz signalisierte Kompromissbereitschaft zur dauerhaften Sicherung der Verfassungsorgane und plädierte für soziale Entlastungen. Die Union hielt allerdings auch nach der Vertrauensfrage Distanz und baute immer wieder Hürden für eine Zusammenarbeit auf.

Noch einigte man sich darauf, dass es keine AfD-Zufallsmehrheiten gebe solle. Am Ende stand der formale Fahrplan: verlorene Vertrauensabstimmung am 16. Dezember, Auflösung am 27. Dezember, Neuwahl am 23. Februar 2025. Es folgte ein dramatischer Wahlkampf, der härter, polarisierter und wirtschaftspolitisch dogmatischer anlief als erwartet.

Das war auch deshalb schlecht, weil die außenpolitischen



Herausforderungen durch den Ukraine-Krieg und die erneute Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten eigentlich eine starke deutsche Regierung und ein starkes Parlament verlangten.

Stattdessen erlebte Deutschland zum ersten Mal ein bedrückendes, lähmendes Interregnum: verfassungskonform, aber in jeder Hinsicht negativ, geprägt von finanziellen Restriktionen, Unsicherheiten, Streit, Hass in den Sozialen Medien.

Eine solche Situation hatte die versagende europäische Führungsmacht Deutschland im 21. Jahrhundert noch nicht erlebt. Es war ein einziges Desaster, verschärft durch die außenpolitischen Zerreißproben Ukraine-Krieg, Russland-Bedrohung, Nato-Spaltung, rechtsradikale US-Einmischungen und EU-Uneinigkeit.

Alle wussten nach der verlorenen Vertrauensfrage von Scholz:

Es ist höchste Zeit für eine stabile deutsche Regierung mit klarem innen- und außenpolitischem Kurs.

Ukraine: Kampf ums Überleben und die Zerreißprobe für die Nato

Besonders prekär war die Sicherheitslage in Europa 2024 durch die gnadenlos-brutale Kriegsführung Vladimir Putins gegen die Ukraine und durch permanente hybride und verdeckte Angriffe sowie Sabotage-Aktionen auf Nato-Staaten vor allem an der Ostflanke. Die Ukraine stand und steht täglich und jede Nacht im Wortsinn unter Feuer. Die Zahl der Opfer steigt und steigt. Der Blutzoll ist hoch. Putin will die Bevölkerung zur Kapitulation zwingen.

Ein Schlachtfeld mit hunderttausenden Toten, Soldaten und zivilen Opfern, das war das Ziel Putins und seiner Generäle, nachdem die zwei Jahre lang so bezeichnete »militärische Spezialoperation« scheiterte.

Russland setzte ab 2024 voll auf Zermürbung der Zivilbevölkerung durch permanente Drohnen- und Raketenangriffe: Pervers, mörderisch und völkerrechtswidrig. Putin und seine Lakaien sind keine Monster oder Dämonen. Friedrich Dürrenmatt schrieb schon 1947/48 in »Sätze für Zeitgenossen«: »Wer einen Diktator einen Dämon nennt, verehrt ihn heimlich.«⁷⁴ Eher schon trifft die Aussage Hannah Arendts aus dem Eich-

74 Dürrenmatt, Friedrich (1966): Sätze für Zeitgenossen, S. 81.

mann-Prozess von der »Banalität des Bösen« zu. Der Ex-Spion Vladimir Putin ist ein skrupelloser mutmaßlicher Massenmörder.

Dieser Angriffskrieg Russlands hat tiefe Wunden hinterlassen und Europa gespalten. Das war auch das Ziel des Angriffskriegers und offenkundigen Kriegsverbrechers Vladimir Putin. Er hat diesen Krieg inmitten Europas mit brutaler Wucht entfesselt, um die Nato und die EU massiv zu schwächen und um zu sich zu rächen, was ihm bisher erstaunlicherweise nicht vollends gelungen ist. Das überrascht angesichts hybrider Kriegsführung, einem Heer von Marionetten, Internet-Trollen, Saboteuren. Und bemerkenswert ist ja auch die Unterstützung Putins durch europäische Rechtsextremisten, Rechtsnationalisten und Populisten von Orbán über AfD⁷⁵-Weidel und Chrupalla bis zur Moskau-hörigen Sahra Wagenknecht.

Kaum zu fassen ist, dass Gerhard Schröder den russischen Potentaten zwei Jahrzehnte zuvor noch als »lupenreinen Demokraten« bezeichnet und ihm als langjähriger Top-Manager im Gasgeschäft noch immer verpflichtet ist.

⁷⁵ Die Russland-Begeisterung sowohl der rechtextremistischen AfD als auch des BSW unter Wagenknecht ist ein Phänomen, das belegt, dass Rechts-Links-Schemata so wenig funktionieren wie historische Antagonismen (Faschisten vs. Kommunisten). Hier ist es wohl die Begeisterung für einen lupenreinen Autokraten und Nationalisten, der bei der Wahl seiner Mittel und Helfershelfer keine Skrupel kennt.

Es ist das dreckigste Geschäft, das je ein Bundeskanzler in der deutschen Nachkriegsgeschichte eingegangen ist. Das schadet dem Ansehen Deutschlands. Denn: Putin ist schon lange ein lupenreiner Autokrat, der Gegner verfolgt und vernichtet.

Schröder ist nicht allein mit seiner positiven Haltung zum Befehlshaber menschenverachtender »Schlächter«, wie man seit dem Massaker in Butscha kritisch sagen darf, solange man in Deutschland seine Meinung äußert. In Russland wäre man mit einer solchen Meinung längst in der Verbannung oder tot.

Trotz der menschenverachtenden Politik der Kreml-Gewaltigen hält sich in der deutschen Linken, im BSW, aber auch in der SPD-Linken eine Auffassung, die Verständnis für Russland und Putin äußert und ihm nicht zu nahe treten will. Es ist eine Politik, die nicht annähernd gerechtfertigt ist angesichts der zigtausendfachen Völker- und Menschenrechtsverletzungen des Autokraten und Angriffskriegers Putin. Man darf sie verblendet nennen.

Ob Olaf Scholz, der ja durchaus der Linken in der SPD lange nahestand, in seinen Entscheidungen oder Nicht-Entscheidungen durch diese Ambivalenzen gehemmt war, wissen wir nicht. Wir können es aber ahnen, zumal Rolf Mützenich als Chef der SPD-Bundestagsfraktion eine wichtige Rolle spielte.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist strategisch, materiell, politisch und moralisch zur extremen Dauerbelastung geworden. Die Folge war und ist eine schwerwiegende humanitäre und politische Krise im Herzen Europas, mit Millionen Binnenvertriebenen, massiven Zerstörungen der Infrastruktur und anhaltenden Angriffen auf zivile Ziele. Für Millionen Menschen in der Ukraine ist die Lage seit 2022 von Unsicherheit, Gewalt und teils katastrophalen Lebensbedingungen geprägt.

Dass die Verfügbarkeit von Munition, schweren Waffen und Ersatzteilen für die Ukraine defizitär war, spielte Putin in die Karten. Es war wohl fundamentaler Bestandteil der russischen Angriffsstrategie. Für die ukrainische Verteidigung ist es bis überlebenswichtig, Russland auch mit dem notwendigen Waffenmaterial paroli bieten zu können. Dieses Problem ist nach wie vor nicht gelöst. Putins Strategie der militärischen Zermürbung, einschließlich wiederholter Raketen- und Drohnenangriffe auf Städte, Energieversorgung und andere zivile Einrichtungen, zeigt bis heute Wirkung und setzt die Ukraine unter extremen Dauerstress.

In dieser komplexen und belastenden Situation, die Deutschland und den gesamten Westen politisch, militärisch und wirtschaftlich herausfordert, hat Olaf Scholz nach Einschätzung zahlreicher Beobachter und eigener Regierungs-

partner geostrategische, europäische und humanitäre Führungsqualitäten vermissen lassen.

Leadership? Fehlanzeige. Gerade in einer solchen Konstellation wäre erwartbar gewesen, dass der Bundeskanzler eine klar erkennbare, konsistente Führungsrolle einnimmt. Während Scholz betonte, Deutschland gehöre zu den zentralen Unterstützern der Ukraine, verwiesen Kritiker innerhalb und außerhalb der Regierung auf wiederholte Verzögerungen bei Entscheidungen zu zusätzlichen Hilfspaketen und zu bestimmten Waffensystemen. Der von Teilen seiner Partei als »besonnen« beschriebene Kurs wurde von Kritikern in Politik und Medien häufig als Verzögerungstaktik und Blockade interpretiert. So erklärte der Grünen-Politiker Anton Hofreiter Anfang 2025: »Alle unsere internen Informationen sind, dass der Kanzler blockiert.«⁷⁶

Hofreiter kritisierte das Vorgehen von Scholz als »beschämend«. Der Grünen-Politiker wies darauf hin, dass die zusätzlichen Kapazitäten für die Luftabwehr in der Ukraine »dringend benötigt werden«, vor allem »für den Schutz der Infrastruktur und der Zivilbevölkerung«.⁷⁷ Die Argumentation des Kanzlers,

76 tagesschau24 (2025): Scholz weist Blockade-Vorwurf der Grünen zurück. tagesschau24 13.1.2025. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ukraine-debatte-unterstuetzung-100.html>

77 alle Zitate: tagesschau24 (2025): Scholz weist Blockade-Vorwurf der Grünen

die zusätzlichen Hilfen seien ohne Kürzungen bei den Sozialleistungen nicht zu realisieren, nannte Hofreiter eine »Ausrede«. Bei drei Milliarden Euro sei es möglich, sie auch ohne Sozialkürzungen zu finanzieren, sagte er.⁷⁸ »Und deshalb ist das einfach eine falsche Argumentation des Kanzlers und eine plumpe Ausrede, um davon abzulenken«, so Hofreiter. Seiner Einschätzung nach sei es auch realistisch und möglich, das Hilfspaket noch vor der Bundestagswahl zu beschließen.⁷⁹

In diesem Zusammenhang wird Scholz vorgeworfen, dass er bei zentralen Fragen der Ukraine-Unterstützung seine Führungsverantwortung nicht wahrgenommen habe, wie es viele Partnerstaaten und Teile der eigenen Koalition erwartet hätten.

Er reagierte immer erst auf den Druck seiner Koalitionspartner, der Opposition und anderer europäischer Staaten, etwa bei der Frage der Aufstockung von Hilfspaketen oder der Ausgestaltung weiterer militärischer Unterstützung. Die Bun-

zurück. tagesschau24 13.1.2025. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ukraine-debatte-unterstuetzung-100.html>

78 Von den Milliarden Euro, die dem Staat durch Cum-Ex-Räubereien verloren gingen, ist noch gar nicht die Rede. In Zwischenrufen gegen Scholz ist das Thema aber präsent.

79 alle Zitate: tagesschau24 (2025): Scholz weist Blockade-Vorwurf der Grünen zurück. tagesschau24 13.1.2025. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ukraine-debatte-unterstuetzung-100.html>

desregierung verweist demgegenüber darauf, dass Entscheidungen im Bündnisrahmen abgestimmt und Risiken für eine direkte Eskalation mit Russland sorgfältig abgewogen werden müssten.

Demgegenüber traten Politikerinnen und Politiker von Grünen und FDP früh und deutlich für eine umfassendere und raschere Unterstützung der Ukraine ein. Annalena Baerbock setzte sich als Außenministerin wiederholt für stärkere Sanktionen gegen Russland, eine viel härtere Linie gegenüber Putin und umfangreiche Hilfen für Kiew ein.

Robert Habeck betonte als Wirtschaftsminister die Notwendigkeit, die Energieabhängigkeit von Russland zügig und massiv zu reduzieren und die Ukraine wirtschaftlich zu stützen. Medial besonders stark präsent war Agnes Strack-Zimmermann (FDP). Ihr Engagement zur militärischen Unterstützung der Ukraine einschließlich der Lieferung weitreichender Waffensysteme war auffallend stark und letztlich auch wirksam.

In den Reihen der SPD galt Verteidigungsminister Boris Pistorius als einer derjenigen, die die besondere sicherheitspolitische Bedeutung der Ukraine-Unterstützung klar herausstellten. Er warb für eine verlässliche Ausstattung der Bundeswehr und betonte wiederholt, dass die militärische Unterstützung

der Ukraine Teil der Verantwortung Deutschlands für die europäische Sicherheitsordnung sei.

Insgesamt zeigt sich damit ein Spannungsfeld innerhalb der Ampel-Koalition: zwischen dem sehr vorsichtig-taktierenden, zum Teil verzögernden Kurs des Kanzlers und den stärker offensiv argumentierenden Akteuren in Regierung und Koalitionsfraktionen, die früh auf eine klarer definierte, langfristige Unterstützung der Ukraine drängten.

Druck machte auch die CDU/CSU mit Friedrich Merz, die Bundeskanzler Olaf Scholz und seine zerstrittene und teilweise nicht handlungsfähige Ampelregierung immer wieder wegen ihres Zauderns und Zögerns attackierte.

Die »Druck-Macher« Pistorius, Baerbock, Habeck, Strack-Zimmermann und Merz erzielten dann doch immer wieder Wirkung, wenn auch mit Verzögerung.

Deutschland investierte 2024 trotz eigener logistische Defizite bei der Bundeswehr über 7,1 Milliarden Euro in seine »Ertüchtigungsinitiative«, mit der Rüstungslieferungen und Vorhaben zur Wiederbewaffnung finanziert werden. Zudem gab die Bundesregierung an, bis zu diesem Zeitpunkt Ende 2024 Material aus Bundeswehrbeständen mit einem Wiederbeschaffungswert von etwa 5,2 Milliarden Euro abgegeben zu haben. 2024 erreichten deutsche Rüstungsexporte einen his-

torischen Höchststand: Genehmigt wurden Ausfuhren im Wert von rund 13,2 Milliarden Euro, 62% dieser Exporte entfielen auf die Ukraine.⁸⁰

Deutschland hatte überdies zugesagt, 18 Radhaubitzen des Typs RCH 155 an die Ukraine zu liefern. Zunächst blieb es aber bei symbolischen Auslieferungen oder schrittweisen Übergaben. Immerhin kündigte Verteidigungsminister Pistorius ein Hilfspaket über 500 Millionen Euro an, darunter 10.000 Schuss Munition sofort und weitere 180.000 Munition bis Jahresende sowie 100 geschützte Fahrzeuge und Ersatzteile.

Damit wurde Deutschland faktisch einer der Hauptwaffenlieferanten für Kiew – eine Wende gegenüber der früheren Zurückhaltung.

Für diese Haltung stand in der SPD vor allem Boris Pistorius. Ihm wurden wegen seiner Fähigkeit, Beschlüsse schnell

80 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2024): Vorläufige Rüstungsexportzahlen für das Jahr 2024 veröffentlicht und Rüstungsexportbericht für das Jahr 2023 verabschiedet. <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/12/20241218-vorlaeufige-ruestungsexportzahlen-2024-ruestungsexportbericht-2023.html> ZDF (2025): 13 Milliarden Euro im Jahr 2024. Deutsche Rüstungsexporte auf Höchststand. ZDF 22.1.2025. https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/ruestungsexporte-waffenlieferungen-deutschland-rekord-100.html?utm_source=chatgpt.com. Quelle: Deutscher Bundestag (2025): Schriftliche Fragen mit den in der Zeit vom 23. Dezember 2024 bis 3. Januar 2025 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Frage Sevim Dagdelen, Drs. 20/14393, S.4-5.

umzusetzen und klar zu kommunizieren, Chancen auf eine Kanzlerkandidatur eingeräumt.

Scholz war Ende 2024 extrem unpopulär und selbst in der eigenen Partei umstritten. Teile der SPD legten ihm den Rückzug von der Kanzlerkandidatur nahe. Scholz war aber nicht bereit, zurückzuweichen. Am Ende ersparte Pistorius seinem Genossen Scholz die demütigende Entmachtung. Das rächte sich später für die SPD bei der vorgezogenen Bundestagswahl.

Russland aber nutzte jede Schwäche und Verzögerung der Westeuropäer und insbesondere Deutschland gnadenlos. Die Taktik Putins und seiner Generäle: Luftangriffe auf kritische Infrastruktur, Druck auf Nachschublinien, Cyberangriffe und Drohnen-Attacken – die Ukraine musste mit knapper werden- den Ressourcen haushalten und oft improvisieren.

Ungeachtet der deutlich ausgeweiteten Waffenlieferungen der Europäer war der Bedarf in der Ukraine wegen der massiven russischen Angriffe auf die wehrlose Zivilbevölkerung nämlich weit größer. Vor allem der Munitionsverbrauch war immens. Um zu helfen, startete Tschechien 2024 eine Munitionsinitiative, um dringend benötigte Artilleriegranaten (800.000 Stück) zu beschaffen – auch aus Nicht-EU-Quellen – und bat andere Staaten (darunter Deutschland) um Mitwirkung.

Die westliche Verteidigungsallianz geriet durch die ver-

heerende humanitäre Lage in der Ukraine unter Druck: Jeder Engpass, jede Verzögerung bei Nachschub, jede logistische Schwäche offenbaren, wie fragil das militärische Rückgrat der Nato war und weiterhin ist – weil es extrem unterschiedliche Interessen gibt. Zudem wird die Nato oft genug durch ego-manische nationalistische Russlandfreunde wie Viktor Orbán gelähmt.

Ein wichtiger internationaler und innenpolitischer Streitpunkt war die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern. Der Taurus ist ein deutscher Marschflugkörper (KEPD-350) mit großer Reichweite (über 500 km), der von Kampfflugzeugen aus gestartet wird, um mit seinem Jet-Triebwerk und hochentwickelter Navigation wie Geländefolger und GPS autonom Ziele wie Bunker und Brücken anfliegen und zerstören kann, ohne dass sich das Trägerflugzeug in den feindlichen Luftraum begeben muss. Taurus-Marschflugkörper sind nach Expertenmeinung in der Lage, stark gesicherte Anlagen zu durchdringen und sich vor feindlicher Flugabwehr zu verstecken.

Während einige Nato-Partner diese Waffe als Schlüssel zur Bekämpfung strategischer Ziele betrachteten, zögerte Deutschland – aus Furcht vor einer Eskalation, was durchaus nachzuvollziehen ist.

Die NATO rang in dieser schwierigen Situation immer wie-

der um eine gemeinsame Linie:

Macron war schon im Februar 2024 bei der Pariser Ukraine-Unterstützerkonferenz⁸¹ vorgeprescht: Die Entsendung von Bodentruppen in die Ukraine dürfe nicht ausgeschlossen werden.⁸² Es sei nicht die Zeit, feige zu sein.⁸³ Macron warnte mit großer Geste vor einem »Geist der Niederlage«⁸⁴, der um sich greife. Es brauche einen »strategischen Aufbruch«⁸⁵.

Die Tagesschau kommentierte: »Wie dieser aussehen muss, glaubt Macron zu wissen. Das Stichwort heißt »strategische Ambiguität«: Putin im Ungewissen halten, sich nicht in die Karten schauen lassen und vor allem keine roten Linien

81 Am 27. Februar 2024 hatte Staatspräsident Macron sehr kurzfristig 20 Staats- und Regierungschefs, darunter 15 Vertreter der EU-Staaten sowie Großbritannien, die USA und Kanada zu einer Ukraine-Konferenz nach Paris eingeladen. Dies geschah unter dem Eindruck der äußerst schwierigen Lage an der ukrainischen Front und eines möglichen Wegfalls der Militärhilfen aus den USA an die Ukraine. (Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung KAS: Deutsch-Französische Spannungen und europäischer Handlungsdruck. <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/ukraine-konferenz-in-paris>)

82 KAS-Länderbericht; tagesschau.de; DLF.

83 Borutta, Julia (Tagesschau/ARD) (2025) Unterstützung der Ukraine. Was ist Macrons Strategie beim Thema Bodentruppen? Tagesschau 9.3.2025. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/macron-truppen-ukraine-100.html>

84 Borutta (2025).

85 Borutta (2025).

formulieren.«⁸⁶

In Berlin war man entsetzt. Bundeskanzler Scholz erwiderte harsch: »Auch für die Zukunft gilt, dass es keine Bodentruppen, keine Soldaten auf ukrainischem Boden geben wird.«⁸⁷ Es habe bei der Pariser Ukraine-Konferenz am 26. Januar 2024 nicht nur »keinen Konsens für Bodentruppen«⁸⁸ gegeben. Frankreich sei mit seiner Position sogar isoliert gewesen.⁸⁹ Einige Staaten forderten, den Druck auf Deutschland zu erhöhen, andere warnten vor einem großen Streit im Bündnis.

Eines war zu diesem Zeitpunkt klar erkennbar:

Das deutsch-französische Verhältnis war zerrüttet. Nie war es nach dem Elysée-Vertrag so schlecht wie zu Scholz-Zeiten. Die beiden wichtigsten EU-Mächte stritten auf offener Bühne. Das muss man im Nachhinein als außenpolitisches Totalversagen des Hanseaten und Transatlantikers Olaf Scholz werten.

Scholz hat den so wichtigen Nachbar Frankreich und seine Historie nie verstanden. Macron seinerseits machte als Präsident mit Außen- und Sicherheitspolitik wie alle seine Vorgänger immer auch Innenpolitik. Er demonstrierte Stärke, auch

⁸⁶ Borutta (2025).

⁸⁷ Borutta (2025).

⁸⁸ Borutta (2025).

⁸⁹ Borutta (2025).

gegenüber den Feinden im Inneren, insbesondere zum rechtsradikalen RN von Marine Le Pen. Das hätte der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland erkennen und verstehen müssen – und seine Reaktionen darauf ausrichten müssen.

Olaf Scholz ist ein Gescheiterter

So gesehen war Scholz auch europapolitisch ein Gescheiterter. Sein Versagen ist offenkundig. Er war der falsche Mann am falschen Platz - erst recht in diesen wilden Zeiten, in denen Autokraten und Aggressoren weltweit im Aufwind waren.

All das geschah in einem Umfeld, in dem der öffentliche Rückhalt in einzelnen Staaten gegenüber der Ukraine erheblich zu bröckeln begann – trotz allgemeiner Solidarität mit Kiew. In vielen Staaten machten sich Ermüdungserscheinungen und Frust breit, Debatten über Verhandlungen und Teilfriedensinitiativen kursierten. Auch die Verteilungskämpfe nahmen nach den globalen Wirtschaftseinbrüchen der Corona-Pandemie erheblich zu. Plötzlich wurden Sicherheitspolitik, Ukraine-Unterstützung und Konsolidierungsprogramme gegeneinander abgewogen und ausgespielt – eine legitime und durchaus notwendige Debatte. Sie hätte nur ehrlich geführt werden müssen. Aber mit der Wahrheit ist es nicht so weit her.

Für Deutschland war die Situation besonders prekär: innenpolitische Instabilität, Koalitionsbruch, parlamentarische Blockade – all das reduzierte die Handlungsfähigkeit inmitten einer dramatischen Weltlage. International war Deutschland nun weitgehend handlungsunfähig.

Damit es auch in dieser Stelle klar analysiert wird:

Die Handlungsunfähigkeit Deutschlands auf internationalem und nationalem Parkett ist vor allem durch zwei Politiker verursacht worden: Den Regierungssaboteur Christian Lindner und »seine« auf ihn zugeschnittene FDP mit all seinen Mitläuferinnen und Mitläufern und Claqueuren aus befreundeten Medien, Wirtschaftsverbänden und Thinktanks. Und durch einen führungsschwachen und stets lavierenden, nie vernünftig kommunizierenden Bundeskanzler Olaf Scholz, der ganz offensichtlich der falsche Mann zur falschen Zeit war. Seine Wahl war der Schwäche der CDU geschuldet – ein Zufallsprodukt der Geschichte. Dieser Zufallssieg hat für die deutsche Sozialdemokratie allerdings verheerende Folgen gehabt.

Der Dezember 2024 brachte Kälte und Lähmung. Die parlamentarische Demokratie steckte in einer tiefen Krise.

Nahost: Eskalation im Gazastreifen und die Geiselfrage

Nicht nur das Verhältnis zu Frankreich entwickelte sich in dieser Zeit höchst problematisch. Noch schwieriger wurde 2024 das Verhältnis zu Israel. Das lag allerdings ganz und gar nicht am Bundeskanzler oder den zuständigen Ministerinnen und Ministern der Bundesregierung.

Nach dem 7. Oktober 2023, als die Terrororganisation Hamas bei einem koordinierten mörderischen, pogromartigen Angriff 1182 israelische Zivilisten tötete und 250 Menschen als Geiseln nahm, gab es weltweit Solidaritätsbekundungen für die Opfer des Terrors und den jüdischen Staat, auch von Deutschland. Man muss zwei Jahre danach an die Abläufe erinnern, um das Ausmaß des Massakers und die Folgen für die israelische Gesellschaft und die weltweite Sicherheitsarchitektur im Zusammenhang zu erkennen: Bis zu 3000 schwer bewaffnete Hamas-Kämpfer drangen morgens gegen 6:30 Uhr an einem Schabbath, dem Feiertag Simchat Tora, ins küstennahe israelische Gebiet an der Grenze zu Gaza ein. Ihr Auftrag: Morden. Code-Name des Überfalls: Al-Aksa-Flut.⁹⁰

90 Quellen: Tagesschau vom 7. Oktober 2024 (Bericht Julio Segador und Anne Armbricht); Theinert, Lukas (2025): Neue Realität in Nahost nach dem 7. Oktober 2023: Zweifacher Paradigmenwechsel in der israelischen Sicherheitspolitik. Z Außen Si-

»Ganz offenkundig waren weder das israelische Militär noch die Geheimdienste auf einen solchen aus unmittelbarer Nähe vorgetragenen massiven Angriff vorbereitet. Obwohl seit Jahrzehnten bekannt war, dass die Hamas nichts anderes als die Auslöschung Israels verfolgt, hatte man sich in der Illusion bewegt, dass sie in militärisch-operativer Hinsicht gar nicht dazu in der Lage sein würde, eine derartige Attacke durchzuführen. [...] Sicherheitsexperten waren sich rasch einig, dass ein derartig orchestrierter, gleichzeitig zu Lande, über die See und aus der Luft durchgeführter Angriff nur nach monatelanger Planung und unterstützt von Instruktoren anderer Streitkräfte wie der Hisbollah an der Tat hatte umgesetzt werden können.«⁹¹

Die Regierung Netanjahu konzentrierte sich zu jenem Zeitpunkt auf Attacken im Westjordanland und an der Grenze zum Libanon. Sie ignorierte Warnungen, auch von ausländischen Geheimdiensten (auch von ägyptischer Seite) in dem Glauben, die Hamas sei zu einem massiven Angriff nicht in der Lage.

Das war eine fatale Fehleinschätzung. Die Wachsamkeit waren leichtsinnig geworden. Die Terrororganisation Hamas hatte die Israelis über Monate getäuscht. Zu diesem falschen

cherheitspolit 18, 297–319 (2025). <https://doi.org/10.1007/s12399-025-01034-9>.

91 Kraushaar, Wolfgang (2024): Israel: Hamas – Gaza – Palästina: Über einen scheinbar unlösbaren Konflikt.

Sicherheitsgefühl hatte wohl auch der hochmoderne Metallzaun an der Grenze zum Gazastreifen beigetragen, der mit Milliardenaufwand gebaut worden war. Er versprach 65 Kilometer Sicherheit. Das war offenkundig eine Illusion. Die Hamas schaltete die Grenzschutzanlagen und die Kameras mit tausenden Raketen, roher Gewalt und Consumerdrohnen aus.

Was weltweit Entsetzen auslöste, war der Bluttausch der Hamas, die menschenverachtende Brutalität des mörderischen Überfalls, die unfassbare Grausamkeit, auch gegen Frauen, Kinder, alte Menschen.

»Sie kommen auf dem Land- und Seeweg, sie fliegen sogar mit Paragliden ein. Weisen den Bodentruppen den Weg, schießen alles nieder, was sich ihnen in den Weg stellt. In mehr als 20 Kibbuzim dringen die Terroristen ein. Auch in israelischen Städten wie Sderot, einer 30.000-Einwohner-Stadt, angrenzend an den Nordosten des Gazastreifens, wüten Hamas-Kämpfer. Zeugen berichten später, wie Terroristen in die Stadt fahren, wahllos auf Passanten und Fahrzeuge schießen. Von Hamas-Kämpfern, die in die Kibbuzim eindringen, plündern, morden. Die Terroristen stellen viele ihrer Gräueltaten online, in Bildern und Videos in den sozialen Medien. Der Angriff auf Israel kann quasi weltweit in Echtzeit verfolgt werden.«⁹²

92 Segador/Armbrecht (2024).

Dieser Überfall, den die Hamas als angeblichen Triumph feierte, war ein barbarischer Akt ohne Vorbild. Es sollte eine Auslöschung biblischen Ausmaßes werden.

Das sah auch die deutsche Regierung so. Die Reaktionen waren von Verantwortungsbewusstsein und Humanität geprägt. Dafür muss man Olaf Scholz und seine Minister bis heute ausdrücklich loben.

»Die Außenministerin [Annalena Baerbock] erklärte in Israel, in diesen Tagen seien wir alle Israelis. Der Bundeskanzler [Olaf Scholz] versicherte wenige Tage danach, es gebe nur einen Platz für Deutschland, und zwar an der Seite Israels.«⁹³

Damit verwiesen sie auch in Kontinuität zu Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den Begriff der Staatsräson. Am 18. März 2008, der 60. Jahrestag der Gründung des Staates Israels, hatte Angela Merkel als erste Bundeskanzlerin vor der Knesset gesprochen, dem israelischen Parlament. »Merkel stellt mit Blick auf den Holocaust klar: »Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.«⁹⁴

93 Lintl, Peter (2025): Ontologische Dissonanz: Die deutsche Überforderung mit dem Israeldiskurs seit dem 07.10. In: GWP Volume 74, Issue 1: Jg. 74, Nr. 1-2025; S. 8; <https://doi.org/10.3224/gwp.v74i1.02>

94 Langenstraß, Markus & Beham, Sandra (BR)(2023): Deutsche Staatsräson:

Dieser 7. Oktober 2023 markiert ebenso wie der 24. Februar 2022 (Russischer Überfall auf die Ukraine) ein historisches Datum, das die Welt verändert hat. Der pogromartige Hamas-Überfall war ein Fanal mit historischen Dimensionen. Es war »das schlimmste Pogrom an Juden seit dem Holocaust«⁹⁵.

Darauf bezog sich auch Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 12. Oktober 2023.

»Unsere Herzen sind schwer angesichts des großen Leids, das Terror, Hass und Menschenverachtung über euer Land, über Israel, gebracht haben. Wir verdammen die Gewalt der Terroristen in aller Schärfe. Und wir sagen in aller Klarheit: Israel hat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich und seine Bürgerinnen und Bürger gegen diesen barbarischen Angriff zu verteidigen. Die Sicherheit in und für Israel muss wiederhergestellt werden, und darum muss Israel sich verteidigen können. In diesem Moment gibt es für Deutschland nur einen Platz: den Platz an der Seite Israels. Das meinen wir, wenn wir sagen: Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson. Unsere eigene Geschichte, unsere aus dem Holocaust erwachsene Verantwortung macht es uns zur immerwährenden Aufgabe, für die Existenz und für die Sicherheit des Staates Israel ein-

Was bedeutet das eigentlich? BR 24 v. 26.10.2023. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/deutsche-staatsraeson-was-bedeutet-das-eigentlich,TtnrdpA>

95 Tagesschau vom 7. Oktober 2024 (Bericht Julio Segador und Anne Armbricht).

zustehen. Diese Verantwortung leitet uns.«

Das war glasklar. Bundeskanzler Olaf Scholz gab im Namen der deutschen Bundesregierung und des deutschen Volkes ein unmissverständliches Bekenntnis zur Sicherheit des Staates Israel, zu dessen Existenzrecht und zu dessen völkerrechtlich verbrieftem Verteidigungsrecht gegen barbarische Angriffe ab.

Im Nachhinein betrachtet war diese Regierungserklärung Scholz' mit dem Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und zur historischen Verantwortung Deutschlands einer der stärksten und wichtigsten Momente seiner ganzen Amtszeit als Bundeskanzler.

Unterdessen eskalierte die Gewalt im Nahen Osten weiter. Israel reagierte auf das Massaker, auf Mord und Geißelnahme, die im Kern Ausdruck eines Versuchs der Verjagung und partiellen Vernichtung Israels durch die Hamas und die mit ihr verbündete Hisbollah waren, mit massiven Luft- und Bodenoffensiven im Gazastreifen. Es war zunächst Verteidigung und präventiver Schutz. In Israel hieß es: »Unser Kampf ist nicht nur legitim, er ist unverzichtbar.« Das war nachvollziehbar. Schließlich ging es um das Unschädlichmachen einer mörderischen Terrororganisation und um die Befreiung von 250 Geiseln.

Aber schon nach kurzer Zeit wurde deutlich, dass es Benjamin Netanjahu und den Rechtsextremen in seiner Regierung nicht in erster Linie um die Freilassung der Geißeln und um Verteidigung ging, sondern um Auslöschung der Hamas. Die Inkarnation menschenverachtenden Terrors sollte um jeden Preis total vernichtet werden. Auch das war beispiellos. Und weltweit wurde auch über einen sehr privaten Aspekt in der Militäraktion geschrieben: Netanjahu steht in Israel unter Anklage. Mit dem Krieg gegen die Hamas und die Zivilbevölkerung konnte »Kriegsherr Bibi« Netanjahu von seinen mutmaßlich kriminellen Aktivitäten der Vergangenheit ablenken und einer Absetzung entgehen, da er ja strafrechtliche Immunität in Anspruch nimmt. Darüber hinaus, auch das wurde schnell in den Hintergrund gedrängt, vor dem 7. Oktober 2023 in einer heftigen innenpolitischen Auseinandersetzung um den Umbau der israelischen Justiz und die Entmachtung kritischer Oppositionspolitiker.

Dass Israel Zerstörung, Massenvertreibungen, zigtausende zivile Opfer und Hungerkatastrophen vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu einer massiven Kriegswaffe machte, löste international heftige Reaktionen aus. Man warf Netanjahu vor, mit den gleichen Waffen zuzuschlagen, wie sie auch die Hamas nutzt, nur um ein Vielfaches stärker. Selbst in Israel wurde Netanjahus mutmaßlich völkerrechtswidriges Rache-

regime heftig kritisiert, weil es das Leben der noch in Hamas-Gewalt befindlichen Geiseln massiv bedrohte. Die Angehörigen der Geiseln ließen sich nicht mundtot machen. Woche für Woche demonstrierten sie verzweifelt auf den Straßen von Tel Aviv. Netanjahu ließ sich nicht beeindrucken.

Sowohl die Regierung in Jerusalem als auch die Hamas torpedierten Waffenstillstands-Bemühungen und diplomatische Aktivitäten. Es waren jeweils kurze Auszeiten in einem unvorstellbar grausamen Gemetzel. Zwar kam es zu einzelnen Geisel- und Gefangenenerfreilassungen, aber ernsthafte Versuche, im Interesse der schwer Not leidenden Zivilbevölkerung einen Waffenstillstand zu schließen, die Menschen zu versorgen und ihnen zumindest für eine gewisse Zeit eine Atempause zu gewähren, wurden von Netanjahu und den Rechtsextremen in seinem Kabinett kompromisslos hintertrieben.

Allerdings war die Hamas, die den Krieg mit ihrem mörderischen Al-Aksa-Flut-Überfall am 7. Oktober 2023 erst ausgelöst hatte, nicht bereit, zu kapitulieren. Nach der Auge-um-Auge-Mentalität der Falken auf beiden Seiten musste die Grausamkeit weitergehen.

Und damit begann das Dilemma der deutschen Politik, das nach dem Ampel-Aus nicht geringer wurde. Wie sollte man umgehen mit Israel? Anklagen? Verurteilen? Oder mit Blick

auf die historische deutsche Schuld der Shoa die israelische Regierung von Kritik verschonen?

Im Bundestag wurde die Debatte über Deutschland und die Rolle im Nahen Osten hitzig geführt. Während die Bundesregierung ihre historische Verantwortung gegenüber Israel betonte, pochten Oppositionsparteien auf eine Einhaltung des humanitären Völkerrechts, die Sicherung humanitärer Korridore, die Freilassung der Geiseln und eine Zweistaatenlösung.

Deutschland kritisierte öffentlich einzelne Operationen und Abtransport-Sperren: Insofern war das Handeln diplomatisch heikler geworden – man musste Israel Loyalität zeigen, zugleich aber zunehmend Kritik zulassen, beispielsweise über UN-Untersuchungskommissionen und den Zugang humanitärer Hilfe.

Druck kam aus der Zivilgesellschaft, von NGOs, Kirchen und linken Parteien: In Israel und Gaza starben Zivilisten, darunter auch Kinder, und die Versorgung mit Wasser, Energie, Medikamenten und Nahrung war oftmals abgeschnitten. Deutschland engagierte sich humanitär mit Geldern (2024: 184 Mio. Euro) und Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine, doch die Debatte zeigte: Deutschland war nicht Teil der direkten militärischen Front in Nahost – und doch in der moralischen Zwickmühle.

Die Bundesregierung warnte vor einseitiger Kriegsparteinahme, betonte gleichzeitig die Notwendigkeit von Waffenruhe und Hilfslieferungen. Doch die öffentliche Stimmung war gespalten: Solidarität mit Israel – aber kein Freifahrtschein für alle Maßnahmen. Der Graben ging quer durch Gesellschaft, Medien und Parteien.

Und er ist mittlerweile noch viel tiefer geworden.

Deutschland hat Problem mit seiner Rolle als mächtige Wirtschaftsmacht. Und möglicherweise auch mit Ethik und Moral.

Literatur

- Anders, Lisa.; H., Braun, Daniela. & Libman, Aleander (2025): Crises, Adaptation, and Resilience—Exploring Crises Responses of Regional Organizations from the Perspective of EU Studies and Comparative Regionalism. *Polit Vierteljahresschr* 66, 507–524 (2025). <https://doi.org/10.1007/s11615-025-00617-7>.
- Berger, Wilhelm (2009): *Macht*. Wien: Facultas Verlag.
- Bourdieu, Pierre (2015): *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Durchgesehene Neuauflage der Erstauflage 1992). Hamburg: vsa.
- Braun, Daniela & Carteny, Giuseppe C. (2024): How does Eurosceptic party consolidation transform competition over European issues. *Politische Vierteljahresschrift*.
- Brodocz, André/ Llanque, Marcus/Schaal, Gary (Hrsg.)(2008): *Bedrohungen der Demokratie*. Wiesbaden: VS.
- Bundesrechnungshof (2023): Bericht nach § 88 Absatz 2 BHO an das Bundesministerium der Finanzen über die Sondervermögen des Bundes und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Haushaltstransparenz sowie die Funktionsfähigkeit der Schuldenregel. https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2023/sondervermoegen-volltext.pdf?__blob=publicationFile&v=6
- Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (2008): *Neoliberalismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Die Bundesregierung (2024): Statement des Bundeskanzlers: Kanzler Scholz zur Entlassung des Finanzministers Christian Lindner. Mitschrift Pressekonferenz 6. November 2024. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bk-statement-zur-entlassung-des-finanzministers-2319062>
- European Union (2024): STANDARD EUROBAROMETER 102 Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union Nationaler Bericht: Deutschland Umfragezeitraum: Oktober-November 2024

- Fischer-Lescano, Andreas; Spengler, Peter (2002): Colère publique politique im Bundesrat: Und ob das Zuwanderungsgesetz zum 1. Januar 2003 in Kraft treten wird. In: Kritische Justiz. Vol. 35, No. 3 (2002), 337-346.
- Frankfurter Rundschau (2024): Lindner wird nach Rauswurf von früherem Vertrauten mit Hohn überzogen. FR 10.11.2024. Update. <https://www.fr.de/politik/fdp-spd-hilfe-merz-bundestag-vertrauensfrage-ampel-koalition-regierung-scholz-kanzler-lindner-93399784.html>
- Giebler, Heiko & Wagner, A.iko (2024): Eine Frage der Perspektive: Zur Einordnung von Wahlergebnissen aus Anlass der Europawahl 2024. Z Politikwiss 34, 503–513 (2024). <https://doi.org/10.1007/s41358-024-00395-5>
- Jensen, Uffa (2017): Zornpolitik. Berlin: edition suhrkamp.
- Jun, Uwe & Niedermaier, Oskar (2023): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021. Neueste Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.
- Kainz, Constanze (2024): D-Day: Wie die FDP die »offene Feldschlacht« geplant hat. ZEIT online, 1.12.2024. <https://www.zeit.de/politik/2024-11/d-day-fdp-strategiepapier-nachrichtenpodcast>
- König, Armin (2024): Politik und Verfassungsgericht. Illingen: art & research südwest.
- König, Armin (2024): Wird Bundeskanzler Scholz nach der Europawahl gestürzt? In POLYGON2/2024, 8-18.
- König, Armin (2025): Polygon-Polit-Chronik 2024 : Deutsche Innenpolitik, Europapolitik, unkonventionelle Partizipation, Hochwasserprävention und Rezensionen aus Polygon 1 bis 3. Illingen: art & research südwest.
- Laboda, Alexander (2024): Von Asyl bis Zeitenwende: Die Bilanz der Ampel-Regierung. MDR vom 18. November 2024. <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/ampel-koalition-ende-umgesetzte-gesetze-fdp-spd-gruene-104.html>
- Mannewitz, Tom & Rudzio, Wolfgang (2022): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Springer. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-39078-5>

- Mauk, Marlene (2020): Rebuilding Trust in Broken Systems? Populist Party Success and Citizens' Trust in Democratic Institutions. *Politics and Governance* 2020, Volume 8, Issue 3, Pages 45–58 DOI: 10.17645/pag.v8i3.2896
- Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90 / Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP). Präambel S. 5.
- Mudde, Cas and Cristóbal Rovira Kaltwasser (2017): *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Nicoli, Francesco & Zeitlin, Jonathan (2024): Introduction: escaping the politics trap? EU integration pathways beyond the polycrisis. *Journal of European Public Policy* <https://doi.org/10.1080/13501763.2024.2366395>.
- Niedermayer, Oskar (2025): Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems. In: Decker, Frank & Neu, Viola (eds) *Handbuch der deutschen Parteien*. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-47391-4_4
- Schäfer, Karsten (2024): Schäfer, K. Schwerpunkt: Wahljahr 2024. *Z Politikwiss* 34, 499–502 (2024). <https://doi.org/10.1007/s41358-024-00399-1>
- Schmidt, Manfred G. (2022): *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. München: C.H. Beck.
- Schmidt-Mattern, Barbara (2024): Politologe. Vertrauensfrage muss zügig gestellt werden. *Deutschlandfunk* 8.11.2024. <https://www.deutschlandfunk.de/interview-mit-albrecht-von-lucke-dlf-96e82889-100.html>
- Süddeutsche Zeitung (2013): Vier Jahre schwarz-gelbe Koalition: Von Supergrundrechten und Scherbenhaufen. <https://www.sueddeutsche.de/politik/vier-jahre-schwarz-gelbe-koalition-von-supergrundrechten-und-scherbenhaufen-1.1755964>
- Witting, Volker (2023): FDP zwischen Kuscheln und Krawall. *Deutsche Welle* vom 23.2.2023. <https://www.dw.com/de/fdp-zwischen-kuscheln-und-krawall/a-64782695>;
- Zohlnhöfer, Reimut; Saalfeld, Thomas (2019): *Zwischen Stillstand, Politikwandel und Krisenmanagement- Eine Bilanz der Regierung Merkel 2013-2017*. Wiesba-

den: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

**Wird Friedrich Merz
Bundeskanzler?**

Viel spricht dafür

Wird Friedrich Merz Bundeskanzler?

Warum wir uns auf einen Leit-Kultur-Wolf einstellen müssen

Friedrich Merz ist nicht »Everybody's Darling«, schreiben die Medien¹, sondern eher Rabauke². Das Gegenmodell zu Angela Merkel sei oft unbeherrscht, polternd, arrogant, eitel³ und stehe sich damit selbst im Weg. Fast wäre er Ende Januar, Anfang Februar 2025 kurz vor der vorgezogenen Bundestagswahl sogar darüber gestolpert – und das mit Ansage und entgegen vieler Warnungen. Plötzlich war er wieder beratungsresistent. Das ist eine der besonderen Spezialitäten des sehr selbstbewussten CDU-Politikers Friedrich Merz: Selbstverliebtheit in Verbindung mit Besserwisserei, Beratungsresistenz und Unbeherrschtheit.

Nach dem Mordanschlag eines Afghanen in Aschaffenburg

1 So schreibt beispielsweise die ZEIT (»Der Merz-Effekt, 6.6.2022), Merz habe Chuzpe. »Das polarisiert – mobilisiert aber auch die eigenen potenziellen Anhänger, die Fehler zu verzeihen scheinen. Everybody's Darling wird man in Konsens-Deutschland damit nicht. Aber das muss Merz derzeit auch nicht sein.«

2 Jan Fleischhauer (2021): Der Rabauke.

3 Fleischhauer.

zeigte sich Merz auch öffentlich extrem zornig, was angesichts der Brutalität der Tat auch nachvollziehbar war. Der CDU-Vorsitzende war gar nicht mehr zu bremsen. Hochemotional, in diesem Fall sehr wütend, erklärte Merz öffentlich, dies sei ein weiterer Fall von Ausländerkriminalität nach den Anschlägen und Amok-Aktionen von Mannheim, Solingen, und Magdeburg. »Es reicht jetzt!«

In einem Pressestatement der CDU schrieb Merz: »Ich weigere mich anzuerkennen, dass die Taten von Mannheim, Solingen, Magdeburg und jetzt Aschaffenburg die neue Normalität sind. Das Maß ist endgültig voll. Wir stehen vor dem Scherbenhaufen einer seit zehn Jahren fehlgeleiteten Asyl- und Einwanderungspolitik.«⁴

Das war eine Generalangriff auf die langjährige Kanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel, seine Todfeindin.

Er legte einen Forderungs- und Ankündigungskatalog mit fünf Punkten vor, die eine von ihm »geführte Bundesregierung sofort zu ergreifen hat:

1. Ich werde im Fall meiner Wahl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland am ersten Tag meiner Amtszeit

4 CDU Deutschlands: Pressestatement des Kanzlerkandidaten der Union, Friedrich Merz, vom 23. Januar 2025. <https://www.cdu.de/app/uploads/2025/01/Pressestatement-Friedrich-Merz-vom-23.01.2025.pdf>

das Bundesinnenministerium im Wege der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers anweisen, die deutschen Staatsgrenzen zu allen unseren Nachbarn dauerhaft zu kontrollieren und ausnahmslos alle Versuche der illegalen Einreise zurückzuweisen.«⁵

2. »Faktisches Einreiseverbot in die Bundesrepublik« für alle, die »nicht über gültige Einreisedokumente verfügen oder die von der europäischen Freizügigkeit Gebrauch machen.« Dies gelte »ausdrücklich auch für Personen mit Schutzanspruch.«⁶ Begründung: Da die europäischen Regelwerke wie Dublin, Schengen und Eurodac aus seiner Sicht nicht mehr funktionierten⁷, wollte Merz nationales Recht vorrangig anwenden.⁸

5 Pressestatement Merz.

6 Mit diesem Statement verließ Merz erkennbar und mit Ankündigung den Boden des geltenden europäischen Rechts. Erstaunlich war, dass der Vorsitzende der seit Konrad Adenauer »ewigen« Europapartei CDU erkennbar vorsätzlich europäisches Recht brechen wollte. Bewusst begab Merz sich auf eine Stufe mit europafeindlichen Rechtspopulisten und der in weiten Teilen rechtsextremen AfD. Das war der offenkundige Abschied eines konservativen Populisten von den europapolitischen Grundsätzen der CDU. Dem Vernehmen nach wurde er von Politikern wie Wolfgang Bosbach, Jens Spahn und Roland Koch dazu ermuntert.

7 Pressestatement Merz. Er nannte sie »dysfunktional«

8 Mit der Ankündigung, »ab dem ersten Tag seiner Kanzlerschaft« nationales Recht über europäisches Recht zu stellen, agierte Merz wie die Brexitisten, die britischen Konservativen, wie Orban und Kaczyński. Ein bemerkenswerter Rechtsruck.

Das ist eigentlich auf europäischer Ebene nur als Ausnahmetatbestand bei einem nationalen Notstand⁹ vorgesehen.¹⁰ Zudem sollte die Bundespolizei Haftbefehle beantragen dürfen; ein entsprechender Antrag im Bundestag sei angekündigt.

3. Konsequente Inhaftierung und schnellere Abschiebung Ausreisepflichtiger: Wer zur Ausreise verpflichtet ist, soll künftig »nicht mehr auf freien Fuß gesetzt werden«¹¹, sondern »in Ausreisegewahrsam oder in Ausreisehaft genommen und so schnell wie möglich abgeschoben werden.«¹² Der Bund müsse dazu eigene Unterbringungskapazitäten schaffen – etwa durch die Nutzung leerstehender Kasernen oder neuer Containerunterkünfte –, um die Zahl der Gewahrsamspätze deutlich zu erhöhen.¹³

9 Die Idee findet ihre Grundlage vor allem im Art. 347 AEUV: Er erlaubt Maßnahmen eines Mitgliedstaats »bei einer schwerwiegenden innerstaatlichen Störung der öffentlichen Ordnung, im Kriegsfall, bei einer ernsten, eine Kriegsgefahr darstellenden internationalen Spannung« usw.; es ist faktisch eine allgemeine Notstandsklausel, mit der ein Staat sich vorübergehend über Unionsrecht hinwegsetzen kann. Art. 4 Abs. 2 EUV stellt außerdem klar, dass die »nationale Sicherheit« in der alleinigen Verantwortung der Mitgliedstaaten liegt; daraus werden Sicherheits-Ausnahmen und Schutzklauseln hergeleitet.

10 So leicht soll es also inzwischen möglich sein, »Notstandsrecht« in der demokratischen verfassten Bundesrepublik Deutschland anzuwenden und damit verfassungsrechtliche Grundsätze außer Kraft zu setzen. Das war eigentlich ein Skandal.

11 Pressestatement Merz.

12 Pressestatement Merz.

13 Hier macht Merz tatsächlich einen Punkt. Er wies darauf hin, » dass in Deutsch-

4. Stärkere Bundesverantwortung bei Abschiebungen: Der Bund soll über die Bundespolizei aktiv und dauerhaft selbst Abschiebungen durchführen, statt diese Aufgabe allein den Ländern zu überlassen. Rückführungen sollen täglich stattfinden und zahlenmäßig die illegalen Neueinreisen übersteigen.

5. »Wir werden unter meiner Führung das Aufenthaltsrecht so ändern, dass jeder ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder in zeitlich unbefristeten Ausreisearrest genommen werden kann, bis er die ihm mögliche freiwillige Ausreise antritt oder die zwangsweise Abschiebung gelingt«. ¹⁴ Dies wäre seiner Ansicht nach auch für den Täter von Aschaffenburg schon lange geboten gewesen.

Merz erklärte in seinem offiziellen Pressestatement, diese

land zurzeit bei etwa 42.000 vollziehbar ausreisepflichtigen Personen und weiteren 180.000 Personen mit Duldung, die gleichwohl ausreisepflichtig sind, nur rund 750 Plätze zur Verfügung stehen, um sie in Gewahrsam zu nehmen«.

14 Der von Merz skizzierte unbefristete Ausreisearrest für alle ausreisepflichtigen Straftäter und Gefährder würde weder die unionsrechtlichen Höchstfristen noch die Anforderungen von EMRK und Grundgesetz an Zweckbindung, Verhältnismäßigkeit und richterliche Einzelfallprüfung einhalten. »In diesem Fall gibt es aber eine gefestigte Rechtsprechung sowohl des Bundesverfassungsgerichts wie des EGMR, dass unbefristete Inhaftierungen generell unzulässig sind und immer eine gerichtliche Einzelfallprüfung erfolgen muss.« (Verfassungsblog v. 4.2.2025). Zeitlich unbefristeter Arrest ohne richterliche Entscheidung zur Freiheitsentziehung wäre der Abschied vom Rechtsstaat. Dass der Jurist und ehemalige Richter Friedrich Merz dies auch nur äußert, erscheint skandalös.

Forderungen sollten »eine unverhandelbare Bedingung« für eine mögliche Regierungsbildung sein.

Merz kündigte darüber hinaus im Trump-Ton der Überheblichkeit an, sollte er Kanzler werden, am ersten Tag von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen, was in diesem Zusammenhang ziemlich dick aufgetragen ist, da in Deutschland die verfassungsrechtliche Gewaltenteilung gilt. Ungeachtet dessen rief Merz ganz nach Trump-Art:

»Ich werde [...] am ersten Tag meiner Amtszeit das Bundesinnenministerium im Wege der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers anweisen, die deutschen Staatsgrenzen zu allen unseren Nachbarn dauerhaft zu kontrollieren und ausnahmslos alle Versuche der illegalen Einreise zurückzuweisen.«¹⁵

Der entscheidende Satz aber war dieser, geäußert in Fernsehen und Rundfunk:

»Mir ist es völlig gleichgültig, wer diesen Weg politisch mitgeht – ich sage nur: Ich gehe keinen anderen. Und wer ihn mit mir gehen will, muss sich nach diesen fünf Punkten richten. Kompromisse sind in diesen Themen nicht mehr möglich.«¹⁶

¹⁵ Pressestatement Merz.

¹⁶ Zitat nach WELT v. 23.1.2025; DLF (2025): Ende der Brandmauer? 2.2.2025. Diese Aussage, die von vielen vielfach Fernsehsendern übertragen und die millionenfach in den Sozialen Medien reproduziert wurde, konnte nur eines bedeuten: Wenn die SPD nicht mitstimmt, laden wir eben die AfD ein, mit uns zu stimmen. Merz und seine

Demokratie aber ist niemals gleichgültig, und es ist auch niemals »völlig gleichgültig, wer diesen Weg politisch mitgeht.« Das war das Einreißen der Brandmauer zur AfD.

Selbst nach massiver Kritik der Öffentlichkeit, der Kirchen und Verbände ließ sich Merz nicht von seinem Plan abbringen.

In der ZDF-Sendung »Berlin direkt« sagte Merz:

»Wir machen in der Unionsfraktion das, was wir in der Sache für richtig halten. Und wenn die AfD zustimmt, dann stimmt sie zu.¹⁷ Wenn sie nicht zustimmt, soll sie es bleiben lassen. Es gibt keine Gespräche, es gibt keine Verhandlungen, es gibt keine gemeinsame Regierung.« sagte Merz, dessen Glaubwürdigkeit nun von vielen Beobachtern massiv in Zweifel gezogen wurde.

Mit populistischen Aktivitäten und Reden war Merz jetzt ganz nah bei der AfD, die er gleichzeitig verbal bekämpfte und unter Beschuss nahm. Das war unglaublich. Es war die erklärte Taktik der CDU-Führung, unterstützt von Alt-Politikern wie Wolfgang Bosbach und Roland Koch. Der frühere hessische Ministerpräsident spielt in der Merz-Umgebung eine

Getreuen wussten das von Anfang an. So kam es ja auch in der entscheidenden Abstimmung im Plenum.

17 Das war von Anfang an der Plan: radikaler Kurswechsel mit Hilfe der AfD als Testballon.

Rolle, die bis heute ungeklärt ist.¹⁸ Zu klären wäre aber auch die mutlose Art, wie Unions-Politikerinnen und -Politiker der Mitte im CDU-Präsidium und in der Fraktion Merz aus wahltaktischen Gründen freie Hand in einer so fundamentalen Frage ließen und das Vorgehen zumindest tolerierten. Sie mussten eigentlich wissen, dass dies zu extrem kritischen Kommentaren und einer für die CDU unangenehmen öffentlichen Diskussion führen würde. Es gab allerdings auch Politiker der Mitte mit Charakter, die Merz aus Gewissensgründen die Gefolgschaft verweigerten. Diese haben Respekt verdient. Aber sie hatten keine Chance, sich durchzusetzen. Merz zog »sein Ding« durch.

Oppositionsführer Friedrich Merz nahm wissentlich und willentlich und damit vorsätzlich in Kauf, dass ein gesetzesmäßig bedeutungsloser Beschlussantrag von einer rechtsrechtsextrem-Kooperation beschlossen wurde.

Im parteipolitischen Schlagabtausch im Deutschen Bundestag war dies der Entschließungsantrag 20/14698 »der Fraktion der CDU/CSU zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zu aktuellen innenpolitischen Themen« (5-Punkte-Sofortprogramm). Mit 348 zu 344 Stimmen fiel die Entscheidung äußerst knapp aus. Neben CDU, CSU

18 Ist Roland Koch Berater? Andenpakt-Kumpel? Freund? Gesprächspartner? Sparingspartner?

und AfD stimmte auch die immer weiter nach rechts rückende FDP¹⁹ zu.

Die scharfe Tonlage, die Merz unter dem Beifall von Union, FDP und AfD anschlug, entsprach ganz dem extrem rechten Narrativ: »Was muss eigentlich in Deutschland noch passieren? Wie viele Menschen müssen noch ermordet werden? Wie viele Kinder müssen noch Opfer solcher Gewalttaten werden, bevor Sie auch der Meinung sind, dass es sich hier um eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung handelt? Was muss eigentlich noch geschehen?«²⁰

19 In der FDP gibt es seit Jahrzehnten eine konservativnationale Richtung. Die Freie Demokratische Partei war wie die CDU ein Sammelbecken wirtschaftlich gut situierter Alt-Nazis. Diese spielten bis weit in die 1980er Rolle in Bund und Ländern eine wichtige Rolle. Die Freie Demokratische Partei (FDP), 1948 als Sammlungspartei des deutschen Liberalismus gegründet, vereinte von Beginn an linksliberale und national-liberale Strömungen. In mehreren Landesverbänden – vor allem in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen – stand die Partei Anfang der 1950er Jahre politisch rechts von der Union und warb mit national orientierten Positionen gezielt um ehemalige Nationalsozialisten sowie Funktionselementen des „Dritten Reiches“. Die Rückgliederung des Saarlandes wurde maßgeblich vom Altnazi und DPS-Vorsitzenden Heinrich Schneider betrieben. In neuerer Zeit versuchte Jürgen Möllemann(+), nach FPÖ-Art Wahlerfolge einzufahren. Die Wahl des rechtsgerichteten FDP-Politikers Thomas Kemmerich unter Mithilfe von Björn Höcke und des AfD zum Kurzzeit-Ministerpräsidenten von Thüringen war negativer Höhepunkt einer solchen Entwicklung. Aber auch Äußerungen von Wolfgang Kubicki haben mehrfach Irritationen ausgelöst.

20 Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 20/209, S. 27040..

Die AfD jubelte und feixte, warf Merz vor, die Punkte fürs Sofortprogramm bei ihr abgeschrieben zu haben²¹, während SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich dem Kontrahenten Merz zwei Tage später zurief, das »Tor zur Hölle« könne man »noch gemeinsam schließen«²².

Die bundesweite Empörung über diese gemeinsame Abstimmung der CDU/CSU und der FDP mit der AfD war groß. Sie galt insbesondere dem CDU-»Leitwolf« Friedrich Merz.

Dominik Rzepka analysiert in einem Bericht für das ZDF, dass bei Merz' kontroversen Aussagen ein bestimmtes Muster vorherrsche: »Provozieren, Grenzen verschieben, zurückrudern.«²³

Es gab Demonstrationen, Kritik von Altkanzlerin Merkel, Austritte aus der CDU, aber auch Eintritte. Zwei Tage später brachte die Union im Bundestag das »Zustrombegrenzungs-gesetz« zur Abstimmung, wobei weder die Union noch die FDP geschlossen hinter Merz standen. Aus Gewissensgründen verweigerten Union-Abgeordnete ihrem »Chef«²⁴ Friedrich Merz die Gefolgschaft – nicht zuletzt wegen heftiger Proteste aus

21 Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 20/209, S. 27040.

22 Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 20/211, S. 27517.

23 Rzepka (2023): Debatte über Asylbewerber.

24 Chef oder Fraktionschef ist ein problematischer Begriff. Frei gewählte Abgeordnete haben eigentlich keinen Chef. Die Fraktion hat aber einen Vorsitzenden.

der Wählerschaft, auch aus christlich-sozialer und liberaler Sicht. So stimmten etwa Angela Merkels Kanzleramtsminister Helge Braun und die ehemalige Kulturministerin Monika Grütters sowie die stets kritische Yvonne Magwas nicht mit. Das gilt auch für Roderich Kiesewetter, Annette Wiedmann-Mauz und Marco Wanderwitz. Bei der FDP verweigerten sogar 23 Abgeordnete die Gefolgschaft, darunter Ex-Justizminister Marco Buschmann (aus gutem Grund).

Trotz der erwartbaren Stimmen der AfD erreichte das Gesetz der Union deshalb keine Mehrheit. Für Merz und seine Mitstreiter war dies eine klare und eigentlich vermeidbare Niederlage.

Die Abstimmung endete in Schuldzuweisungen, zornigen Statements zwischen CDU/CSU, AfD und SPD und führte zu harter öffentlicher Kritik an Merz und seinen Mitläuferinnen und Mitläufern.

Dass prominente Abgeordnete wie Serap Güler, Armin Laschet und Nadine Schön sich von Merz einnorden ließen, war für viele Wählerinnen und Wähler allerdings überraschend und enttäuschend. In den sozialen Medien wurden heftige Kontroversen ausgetragen – mit harten Vorwürfen gegen Unions- und FDP-Abgeordnete, die gemeinsame Sache mit der AfD gemacht hatten. Die umstrittene Strategie des CDU-/CSU-

Fraktionschefs Friedrich Merz zahlte sich laut Umfragen zu- nächst nicht aus.

Andererseits wandten Beobachter ein, wenn Merz nicht die harte Linie gefahren wäre, hätte die AfD das Thema für sich beansprucht. Die konnte diesmal tatsächlich nicht punkten.

Selbst die konservative, Merz-freundliche »Welt am Sonntag« ließ anlässlich des CDU-Parteitags in Berlin Zweifel zu Wort kommen und berichtete von murrenden Delegierten, um schließlich festzustellen, dass »Merz‘ Migrationsinitiativen weder die Union noch ihn als Kanzlerkandidaten selbst nach unten gezogen haben – im Gegenteil«. ²⁵ Erstmals sei er laut Umfragen »beliebter als seine Partei«. ²⁶

Ungeachtet dessen hat Merz einen Tabubruch begangen, und es spricht viel dafür, dass er mit dem Kopf durch die Wand wollte, um sich als »harter Hund« zu inszenieren. Das zieht bei einem Teil der Wählerschaft, aber eben nur bei einem Teil. Ein anderer Teil wendet sich enttäuscht oder gar entsetzt ab. In solchen Erregungs-Momenten bleibt der Merz unberechenbar. Das mag für einen Oppositionsführer opportun sein.

Die Frage bleibt, ob er das auch als Bundeskanzler tun darf.

25 Doll (2025): Erst Aufruhr dann Aufwind. WELT 6.2.2025.

26 Doll (2025): Erst Aufruhr dann Aufwind. WELT 6.2.2025.

Der Grünen-Politiker Felix Banaszak hat in der Debatte am 31. Januar 2025 eine spannende Frage gestellt, die auch in den Sozialen Medien vielfach auftauchte:

» Herr Kollege Merz, ich muss Ihnen nach der Abstimmung, die Sie am Mittwoch herbeigeführt haben, nach dieser Rede und nach der Unklarheit über ein mögliches Abstimmungsergebnis in dieser Sache eine sehr simple Frage stellen, und Sie können und sollten – ich würde es empfehlen – diese Frage mit einem simplen Ja oder Nein beantworten. Herr Merz, schließen Sie aus, dass Sie oder jemand anderes aus Ihren Reihen sich bei der Wahl des Bundeskanzlers mit den Stimmen der AfD ins Amt wählen lässt oder eine Minderheitsregierung bildet, die von den Stimmen der AfD ähnlich abhängig wäre wie die Entscheidungen am Mittwoch und heute?«²⁷

Schon die Zwischenfrage wurde in der Debatte mit heftigen, zum Teil dümmlichen Zwischenbemerkungen etwa von Dorothe Bär (CSU), Beatrix von Storch, Bernd Baumann (beide AfD) und Wolfgang Kubicki (FDP) begleitet.

Dass eine solche Frage zu erwarten war, überraschte nicht. Es war zu erwarten, dass die Glaubwürdigkeit des machtbewussten CDU-Kanzlerkandidaten (»Brandmauer zur AfD«) öffentlich in Frage gestellt würde.

27 Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 20/211, S. 27520-27521.

Erstaunlich ist, dass der große Profi Merz bei dieser simplen Zwischenfrage ins Schwimmen kam, wie der Protokollauschnitt vom 31.1.2025 belegt:

„Herr Kollege Banaszak, ich weiß nicht, ob Sie in den letzten Tagen, Wochen und Monaten irgendwann mal die Zeitungen gelesen haben.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Nee! Nee!)

Wenn Sie das getan hätten, wäre eine solche Frage von Ihnen völlig überflüssig gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich denke überhaupt nicht daran, mich auf dieses Niveau in einer solchen Debatte hier einzulassen.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Schülerparlament! – Felix Banaszak [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja oder nein?)

Die Antwort von mir ist jederzeit klar gewesen, und die ist und bleibt klar.

(Katja Mast [SPD]: So wie „Keine Mehrheit mit der AfD!“?)

Die Antwort ist, dass wir uns von dieser Fraktion hier rechts nicht in eine Mehrheit oder in eine Bundesregierung bringen lassen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Herr Nehammer!)

Das ist und bleibt klar. Und auch mit solchen Suggestivfragen, wie Sie sie hier stellen, ändert sich daran gar nichts, Herr Kollege.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Patrick Schnieder [CDU/CSU], an den Abg. Felix Banaszak [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] gewandt: Setzen, sechs! – Dorothee Bär [CDU/CSU], an den Abg. Felix Banaszak [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] gewandt: Ein Lob von Herrn Bsirske und Frau Baerbock! Da hat er alles richtig gemacht! Das war ein Eigentor!

*Mein Gott! Aber Herr Bsirske hat gelobt!)*²⁸

Verblüffend ist vor allem die Unbeherrschtheit von Politikerinnen wie Dorothee Bär, die einmal für einen »anderen Stil in der Politik« standen. Nicht ganz unbegründet ist auch der Verweis des AfD-Abgeordneten Bernd Baumann auf Österreich und die Bündnisse und Küngeleien zwischen ÖVP und FPÖ. Vor allem rechte Medien (BILD, WELT, NIUS, CICERO, Neue Zürcher Zeitung) haben sich auf die »Brandmauer« eingeschossen und verlangen von Merz und der CDU, sie aufzugeben.

Hätte Friedrich Merz rational und strategisch gehandelt, wäre ihm die Glaubwürdigkeitsdebatte über das Verhältnis zu den Rechtsextremen erspart geblieben. Der Kanzlerkandidat hat aber nach Bauchgefühl entschieden, populistische »Volksreden« zu halten und sich auch im Parlament so zu verhalten. Vom »Prinzip Verantwortung« (Hans Jonas) ist Merz

28 Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 20/211, S. 27521.

als populistischer Scharfmacher aber weit entfernt. Dabei ist die Gefahr ja real, dass Rechtsextremisten in Verantwortung kommen. In Thüringen waren sie schon für ein, zwei Tage. Da kommt Heinrich Heine ins Spiel: Die Zeile »Denk ich an Deutschland in der Nacht« ist der berühmte Anfang des Gedichts »Nachtgedanken«. Von den Nachtgedanken ist es nicht weit zu Hans Jonas: »Je dunkler die Antwort, desto heller gezeichnet die Verantwortung«.²⁹ Das schrieb Jonas in seinem »Prinzip Verantwortung«. Und: »Auch Ehrfurcht und Schauern sind wieder zu lernen, daß sie uns vor Irrwegen unserer Macht schützen [...]«.³⁰

Dabei ist Merz tatsächlich kein erklärter »Rechter«, anders als Jens Spahn. Merz sieht sich und seinen Platz in der bürgerlichen Mitte. Der Multimillionär spricht aus, was er denkt, was das Volk denkt, mit dem er allerdings wenig Kontakt hat. Es gilt als gesichert, dass er große Aversionen gegen die AfD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag hat. Wenn er »von denen da« und »dieser Fraktion hier rechts« abfällig spricht, dann meint er das auch so.³¹

29 Jonas, 2003, 391.

30 Jonas, 2003, 392.

31 Dazu heißt es im Spiegel: »Die Bekämpfung von illegaler Migration solle »Populisten ihre politische Arbeitsgrundlage« entziehen, heißt es weiter. Ausdrücklich nimmt die Union hier Bezug auf die AfD. Die AfD wolle, dass Deutschland aus EU und Euro austrete und sich stattdessen der Eurasischen Wirtschaftsunion zuwende. »All das

Denoch hat er sich von seinen Gefühlen und insbesondere seinem Bauchgefühl dazu verführen lassen, ein schwarz-blau-es Abstimmungsszenario beim Asylthema zu erproben. Das war unklug.

Über die Unbeherrschtheit von Friedrich Merz wird schon seit Jahren geschrieben. Geändert hat sich wenig. Man muss es wohl als gegeben hinnehmen.

Die SPD hoffte, daraus Vorteile zu ziehen und hofft noch immer. Bundeskanzler Olaf Scholz ließ noch im Mai 2024 ver-lauten, ein Gegenkandidat Merz sei ihm »ganz recht«³².

Wenn man die aktuellen Wahlumfragen betrachtet, hat sich der Hamburger mit dieser Auffassung aber offenbar ge-täuscht. Obwohl Scholz auf Angriff gegen den CDU-Chef schaltete, den Kontrahenten sogar mit peinlichen Sottisen at-tackierte³³, konnte Scholz niemals zu Merz aufschließen.

gefährdet Deutschlands Stabilität, Sicherheit und Wohlstand.« Merz betonte in der »Bild«-Zeitung: »Es wird keine Zusammenarbeit mit der AfD geben. Darauf können sich alle verlassen.« <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/merz-kaempft-mit-politik-von-rechts-um-erkennung-der-mitte-a-235c9d90-dec2-4ae6-907e-0969fe15dc85>

32 DER SPIEGEL (2024): Kanzler im Wahlkampfmodus: Scholz über Merz als CDU-Kandidat – »wäre mir ganz recht«: »Es klingt nach einer kleinen Gemeinheit – und das soll es wohl auch: Kanzler Olaf Scholz gibt sich betont entspannt mit Blick auf seinen möglichen Konkurrenten von der CDU.« 12.5.2024.

33 Im ZDF: »Fritze Merz erzählt gern Tünkrum«. Das war eines Bundeskanzlers un-

Dessen Sympathiewerte halten sich zwar in Grenzen, obwohl die Zustimmungswerte zu Olaf Scholz und seiner Ampelkoalition im Keller sind.

Allerdings muss Deutschland sich allmählich an den Gedanken gewöhnen, dass Friedrich Merz Bundeskanzler werden kann und vermutlich auch wird. Zu groß ist sein Vorsprung vor dem gescheiterten Ampelkanzler, der es nie geschafft hat, einen Amtsbonus aufzubauen.³⁴

Merz mag noch als Polterer angesehen werden, aber das muss für ihn später nicht negativ sein, wenn er Kanzler werden will. Denn es ist nicht nur tatsächlich, sondern auch in der öffentlichen Rollenwahrnehmung ein Unterschied, ob ein Politiker als Bundeskanzler oder als Oppositionsführer agiert³⁵. Als Oppositionsführer muss Merz die Regierung angreifen.³⁶

würdig. Siehe auch: <https://www.arminkoenig.de/blog/scholz-und-der-fritze-merz-und-sein-tuenkram-wie-billig-herr-kanzler/>: »Fritze Merz«? Oh je, Herr Scholz, das ist billig, niveaulos und unangemessen.» AK.

34 Sinus-Milieu-Untersuchung (2025): Kein klarer Favorit fürs Kanzleramt. Pressemitteilung vom 30.1.2025: »Die Ergebnisse zeigen, dass Olaf Scholz sich nicht auf einen Amtsbonus stützen kann. In der Konkurrenz mit Friedrich Merz und Robert Habeck um Wählerinnen und Wähler aus der Mitte des demokratischen Spektrums wäre er als Kandidat bei einer Direktwahl deutlich abgeschlagen.«

35 vgl. Gabriel (2019).

36 vgl. Gabriel (2019).

Damit ist noch nichts über seine Eignung als Kanzler gesagt.³⁷

Dass Merz seit Jahren den unbedingten Willen hat, Kanzler zu werden, steht außer Frage.

Klar ist: Merz kann Machtpolitik. Politik und Macht gehören untrennbar zusammen¹⁵. Entscheidend wird dann allerdings die uralte Frage vom vernünftigen oder gar guten Gebrauch der Macht – von Aristoteles über Machiavelli, Hobbes, Locke, Kant, Jaspers, Arendt und Jonas bis in die Postmoderne (Butler). Das ist der Schlüssel jeglicher Politik und ihrer Legitimität.

³⁷ vgl. Ohr (2013).

Wer Politik macht, braucht Macht - das ist der Schlüssel

Ohne Macht ist gestaltende Politik nicht möglich. Angesichts divergierender Meinungen und des Pluralismus der Interessen ist ein Interessenausgleich über Kompromisse unverzichtbar. Zu erwarten ist, dass Merz dies kann. Seine berufliche Erfahrung spricht dafür. Als CDU-Vorsitzender ist ihm dieser Interessenausgleich entgegen vielen Erwartungen oder Befürchtungen relativ gut gelungen. Allerdings hat er seine Richtlinienkompetenz als Parteivorsitzender ganz machiavellistisch genutzt, um Angela Merkel und ihre Anhänger*innen ins Abseits zu stellen und deren Grundzüge der Politik in Teilen zu eliminieren, um die CDU zu profilieren. Ent-Merkelung nennt man dies mittlerweile.³⁸

»Bequemere« Teile der Merkel-Anhängerschaft hat er eingebunden und ins Team integriert – mit der Aussicht auf Karrierechancen: Es ist das alte Prinzip der Deferred oder Delayed Gratification Pattern³⁹ - der Hoffnung auf künftige persönliche

38 so Helge Lindh (SPD) im Deutschen Bundestag: » Es ist die Austreibung von Merkel, die Entmerkelung der CDU am Beispiel der Migrationspolitik, deren Zeuge wir hier werden.« Weit älter noch ist ein taz-Blog von 2009, wo Detlef Guertler die »Entmerkelung« als Wahl-Wortschöpfung präsentiert.

39 Mischel et al (1989): Marshmellow-Test.

Gratifikationen durch ein Prinzip der aufgeschobenen Belohnung. Möglicherweise zieht es ja.

Charismatische Macht und Leadership sind als Bundeskanzler*in notwendige Erfolgs-Voraussetzungen, wobei das Charismatische durchaus ambivalent zu sehen ist. Bei Scholz wartet die Öffentlichkeit noch auf diese Voraussetzungen.

Merz traut man immerhin Leadership zu⁴⁰, charismatische Macht wird ihm dagegen bisher nicht zugeschrieben, autoritäres Gehabe schon eher. Das ist eine zweifelhafte Qualität im 21. Jahrhundert. Längst gelten im Wirtschafts- und Arbeitsleben andere Qualitäten.⁴¹

Möglicherweise ist Merz schnell lernfähig. Das muss er dann auch, wenn er gewählt werden sollte. Derzeit ist kein anderer aussichtsreicher Kandidat in Sicht.

Zwingend notwendig sind Netzwerke der Macht in der Digital- und Informationsgesellschaft, seit den bahnbrechenden Arbeiten von Castells⁴² ist dies Allgemeingut.

Mit der Institutionalisierung kommt auch Macht. Wer für

40 vgl. Falke-Ischinger & Goffart (2024). Friedrich Merz. Die Biographie.

41 vgl. Mintzberg et al (2012): Strategy Safari; Goleman (1996): Emotionale Intelligenz; Hering et al. (2010): Leadership statt Management: Führung durch Kommunikation

42 Castells (2001): Das Informationszeitalter Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur.

ein wichtiges Amt gewählt ist, dem wird auch Macht verliehen. Das gilt in besonderem Maße für das Amt des Bundeskanzlers. Er oder sie bestimmt nach dem Grundgesetz (Art. 65) die Richtlinien der Politik. Ohne die Macht des Bundeskanzlers und seiner Regierung wäre die Realisierung der deutschen Einheit nicht möglich gewesen, um ein Schlüsselereignis der europäischen Geschichte anzuführen. Für ältere Politik-Beobachter ist dies ein Déjà-Vu-Moment: Als »der Pfälzer« Helmut Kohl sich anschickte, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden, trauten ihm viele dieses Amt nicht zu. Der größte Kritiker kam aus den eigenen Unions-Reihen und saß in München: Der ewige Möchtegern-Kanzler Franz-Josef Strauß (CSU) schmähte den einstigen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und Oppositionsführer der CDU/CSU-Op-
position im Bundestag.

Trotzdem wurde Kohl Bundeskanzler, nicht Strauß. Der setzte zum Tigersprung an und landete als zahnloser bayerischer Löwen-Bettvorleger.

Kohl, Merz und die Macht

Dagegen entwickelte sich Helmut Kohl völlig unerwartet trotz vieler medialer Schmähungen (»Birne«) zu einem der mächtigsten und prägendsten Politiker der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Kohl wurde der »Kanzler der Einheit«, der Langzeit-Regierungschef, der alle Angriffe von Feinden und Freunden stets abwehrte und bei internationalen Gipfeltreffen, Staatsbesuchen (Mitterrand) und geheimen Diplomatie-Aktivitäten zur deutschen Einheit (Gorbatschow, Bush) seine Qualitäten unter Beweis stellte.

Kohl war ein Profi der Macht.⁴³ Er schaffte es, mit seiner jovialen Art, die konservative Wählerschaft zu einer Kanzlerwahlvereinigung zusammenzuschließen und die Mitte gleichzeitig mitzunehmen. Frondeure wie Lothar Späth und Heiner Geißler stellte Kohl in einer seiner schwierigsten Kanzlerphasen kalt. Seine Macht sicherte er sich über die Landesverbände und die Provinz. Nicht selten telefonierte er mit lokalen Politikern, um zu zeigen: Auch als Bundeskanzler will ich wissen, wie es in den Orts-, Stadt- und Gemeindeverbänden läuft – und ich bin auch bestens informiert. Der Autor hat selbst erlebt, dass Kohl sich telefonisch meldete und wissen wollte, ob einer der Landespolitiker (»der grauköpfige Griesgram«) im-

43 Bahnerts (2017): Helmut Kohl - Der Charakter der Macht.

mer noch so kritisch gegenüber der Bundespolitik sein. Wäre nicht die Spendenaffäre gewesen, wäre Kohl in Rückblick einer der denkmal-geeigneten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts der Cum-Ex-Verstrickungen von Olaf Scholz, der wie Helmut Kohl zur Entlastung seiner selbst Erinnerungslücken und Gedächtnisschwächen geltend macht (– bei Kohl hieß es »Blackout« –), relativiert sich Kohls gravierendes Parteispenden-Fehlverhalten vielleicht ein wenig. Und der von ihm oft beschworene »Mantel der Geschichte« überdeckt mittlerweile negative Seiten seiner Kanzlerschaft.

Man kann Friedrich Merz, den einstigen Blackrock-Finanzmanager, allenfalls in Sachen Körpergröße mit dem jovialen, geerdeten Pfälzer Riesen vergleichen. Ansonsten trennen die beiden Welten in Habitus und Auftreten, strategischem Auftreten und politischer Ausgleichsfähigkeit. Merz fordert wirtschaftsfreundlichen Konservatismus, Kohl sprach nur von »geistig-moralischer Wende«, beließ es dann aber bei warmen Worten und gefühligen Reden »in diesem unserem Lande«.

Wie Kohl ist auch Merz innerhalb und außerhalb der Union umstritten. Er wird von Medien und Politiker*innen attackiert. Anders als Kohl reagiert er nach außen und innen cholerisch und dünnhäutig, zuweilen erratisch, während Kohl viele Probleme aussitzen konnte. Insbesondere die Entmachtung durch Angela Merkel 2002 hat Merz nie verwunden und verkraftet.

Das wirkt bis heute nach.

Was also spricht dafür, dass ausgerechnet der vielfach heftig kritisierte und wenig charismatische Friedrich Merz zum Kanzler werden könnte?

Merz ist ein Profi der Macht mit innerparteilicher Autorität

Merz ist ein Profi der Macht, der ganz klassisch auf Autorität und Gefolgschaft setzt. Loyalität ist ihm enorm wichtig. Gegen Illoyale kann er sehr nachtragend sein. Aber mit genau diesen Qualitäten hat er die gespaltene CDU nach emotionalen Kampf-abstimmungen um den Vorsitz und heftigen Richtungsstreitereien hinter sich vereint.

Offenbar braucht die CDU derzeit diese straffe Führung. Manche nennen dies Leadership. Mit Leadership und Demokratie hat dies aber wenig zu tun, zumal bekannt ist, dass Friedrich Merz schon mal Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter strammstehen lässt, auch im Beisein von Abgeordneten anderer Parteien.

Diese Art straffer Führung entspricht nicht nur klassischen Wirtschaftsvorstellung von Führungsstärke, sondern erstaunlicherweise auch der alten Kader-Geschlossenheit sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien. Weil die Wählerschaft Geschlossenheit liebt, zelebriert man sie, um an die Macht zu kommen und dort zu bleiben. Über den Weg wird später gestritten, wie man an der Ampelkoalition sieht.

Die hat Merz geradezu eingeladen, Bundeskanzler zu wer-

den. Außerdem hat die CDU nach übereinstimmender Meinung aller Kommentatoren ihr konservatives Profil geschärft. Sie wird womöglich Wählerinnen und Wähler der Mitte verlieren, die andererseits aber derzeit kaum Alternativen haben.

Die FDP erscheint nach Ansicht vieler Beobachter angesichts der Dauerblockade der Ampelkoalition derzeit unwählbar. »Regieren« kann man dies nicht nennen, eher Selbstdemontage und Sabotage.

Die Grünen stehen unter Dauerbeschuss fast aller anderen Parteien, und sie haben auch aus ideologischen Gründen viele vermeidbare handwerkliche Fehler gemacht. Deshalb sind sie kurz vor der Bundestagswahl unpopulär. Die SPD hat sich selbst geschwächt; ihre Richtung ist kaum erkennbar: sie ist weder links noch Mitte, weder Fisch noch Fleisch. Eigentlich fehlt eine Partei der sozial-liberalen Mitte in Deutschland.

Dafür hat Merz die Konservativen in der eigenen Partei besänftigt und der Mitte-Gruppierung und den Sozialausschüsslern der CDA wieder Machtoptionen eröffnet.

Und genau darum geht es in der Politik.

Warum Friedrich Merz wohl Bundeskanzler wird

1. Friedrich Merz ist die klare Nummer eins in der CDU. Er hatte damit von Anfang an in der gesamten Union den ersten Zugriff auf die Kanzlerkandidatur. Das wusste auch Markus Söder. Er hat zwar hin und wieder Pfeile abgeschossen, wenn es um die Grünen als potenzielle Koalitionspartner ging, aber ansonsten hielt er sich weitgehend an Absprachen, um den positiven Trend nicht zu stören. Frühere Erfahrungen haben ihn womöglich gelehrt, dass Attacken gegen die CDU-Führung dem Störer nicht nutzen, sondern schaden – nachzulesen in meinem Buch »Bayernbeben«.

2. Friedrich Merz hat in der Union eine Sehnsucht nach Aufbruch geweckt. Die CDU ist wieder kämpferischer geworden. Siege durch Demobilisierung, wie sie Angela Merkel praktiziert hat, sind nicht mehr up to date. Selbst in kritischen Debatten hat sich ein Großteil der CDU-Funktionäre und Mitglieder hinter Merz geschart. Und wenn einstige Merkelaner ausgesichert sind, wie beim gescheiterten »Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz-Entwurf« der Union, hat man dies niedrig gehängt und zur Kenntnis genommen.

3. Friedrich Merz zeigt, dass es ihm ernst ist. Anders als andere konservative Parteien in Europa setzt er aber nicht

auf einen radikalen Rechtsruck, sondern auf starke Signale des Konservativismus, ohne die Mitte komplett aufzugeben. Selbst die »Merkelner« danken es ihm mit Gefolgschaft (– was erstaunt).

4. Albrecht von Lucke sieht einen gewandelten Merz, auch wenn der »Spiegel« noch immer der Meinung ist, Merz selbst sei sein größter Feind. Lucke: »Der größte Gegner von Friedrich Merz war immer Friedrich Merz selbst, in seiner ganzen Egozentrik, in seiner ganzen Arroganz, in seiner ganzen auch neoliberalen Eindimensionalität.« Der neue CDU-Chef habe aber begriffen, wie er sich selbst im Wege stehe – und er habe sich inhaltlich breit aufgestellt. Zudem habe er sich ein junges Team gesucht und Menschen, die ihn in den Themen ergänzen. (Deutschlandfunk) Insbesondere Carsten Linnemann hat sich als Glücksfall für Merz erwiesen. Er sprang mehrfach in die Bresche für seinen Chef, auch als Prügelknabe.

5. Friedrich Merz profitiert seit mindestens 2023 von Totalversagen der Ampelregierung und der Uninspiriertheit von Bundeskanzler Olaf Scholz, dem vermeintlichen Mann ohne Eigenschaften und ohne Leidenschaften und ohne Führungsqualitäten. Ob diese Charakterisierung tatsächlich zutrifft, ist nicht entscheidend: Es ist Meinung über die Tatsachen, die entscheidet.

6. The trend is your friend: Die Umfragen sehen Merz und seine CDU seit Monaten stabil bei 30 Prozent. Lange wurde dies nicht ausreichend gewürdigt. In diesen wilden Zeiten der Verunsicherung, der Zersplitterung und des Populismus ist dies ein geradezu sensationell gutes Ergebnis – auch im europaweiten Vergleich. Dabei profitiert Merz auch vom ungewohnt solidarischen Verhalten der eigenen Parteimitglieder.

7. Der CDU-Parteitag 2024 hat die CDU zusammenschweißt. Sie ist nach einem erkennbaren Rechtsruck zusammengerückt. Es gibt wieder ein »Wir-Gefühl«, von dem allerdings die einstigen Merkel-Anhängerinnen und Anhänger ausgeschlossen sind. Das ist auch das größte Risiko:

8. Friedrich Merz hat die Merkel-Zeit auf geradezu brutale und unanständige Art entsorgt. Es war die »Ausmerzungen« eines über lange Jahre erfolgreichen Politikstils. Die Gnadenlosigkeit, die Brutalität, die Emotionsfreiheit, mit der diese Entmerkung erfolgte, macht frösteln und lässt dann doch auf politcharakterliche Defizite schließen.

9. Mittlerweile hat sich auch das Argument erledigt, dass Merz keine Regierungserfahrung hat. Ampel-Kabinettsmitglieder haben – ob mit oder ohne Regierungs- und Verwaltungserfahrung – nicht nachweisen können, dass solche Kabinetts-Referenzen irgend eine Bedeutung für den Erfolg einer

Koalition haben. Entscheidend sind längst Management-, Personalführungs- und Kommunikationsfähigkeiten. Als Fraktionschef hat Merz gezeigt, dass er über Fähigkeiten verfügt, die in der Politik gefragt und gefordert sind. Seine Kontakte und Erfahrungen aus der Wirtschaft und aus seiner Zeit als international vernetzter Wirtschaftsanwalt werden als positiv angesehen in einer Zeit der Globalisierung, in der noch immer Clintons Satz »It's the economy, stupid« als Maßstab gilt.

10. Die rückwärtsgewandte, engstirnige, auf Identität ausgerichtete Idee der »deutschen Leitkultur«, die für Deutschland nie charakteristisch war – man denke an all die Komponisten, Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Malerinnen und Maler, Wissenschaftlerinnen, Schauspielerinnen, Philosophinnen mit europäischen Wurzeln, die das geistige und politische Leben in den letzten vierhundert Jahren geprägt haben – hat in einem Teil der Öffentlichkeit mittlerweile Rückhalt. Massenmedien wie BILD, WELT, Focus und andere konservative Meinungsmacher haben an dieser Verengung maßgeblichen Anteil. Auch die Alterung der Bevölkerung im demografischen Wandel trägt dazu bei, dass der reaktionäre Backlash bei Wahlen zunehmend von Bedeutung ist. man wünscht sich wehmütig die »guten alten Zeiten« zurück, die es nie gab.

Literatur

- Bahners, P. (2017): Helmut Kohl - Der Charakter der Macht. München: C.H. Beck.
- Bublitz, H. (2003). Foucaults „Ökonomie der Machtverhältnisse“ und Luhmanns „Politik der Gesellschaft“. Zum Begriff von Politik und Macht in den Theorien von Michel Foucault und Niklas Luhmann. Das System der Politik: Niklas Luhmanns politische Theorie, 314-325.
- Butler, J. (2001). Psyche der Macht: Das Subjekt der Unterwerfung. Suhrkamp.
- Butler, J. (2020). Die Macht der Gewaltlosigkeit: über das Ethische im Politischen. Suhrkamp Verlag.
- Castells, M. (2001): Das Informationszeitalter Wirtschaft - Gesellschaft- Kultur. Teil 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft; Teil 2: Die Macht der Identität; Teil 3: Jahrtausendwende.
- DER SPIEGEL (2024): Kanzler im Wahlkampfmodus: Scholz über Merz als CDU-Kandidat – »wäre mir ganz recht«. Spiegel online 12.5.2024. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-ueber-friedrich-merz-als-cdu-kanzlerkandidat-waere-mir-ganz-recht-a-8cf3606a-24dd-4cc9-8d53-dd0f0158cb02>
- Deutschlandfunk (2025): Ende der „Brandmauer“? Umstrittener Schulterschluss in der Asylpolitik zwischen Union und AfD. DLF vom 2.2.2025. <https://www.deutschlandfunk.de/merz-cdu-grenz-schliessungen-afd-100.html>

- Doll, N. (2025): Erst Aufruhr, dann Aufwind. Die Aufregung war groß, als Friedrich Merz für seine Initiativen zur Begrenzung der Migration Mehrheiten mit der AfD in Kauf nahm. WELT am SONNTAG Nr. 6, 9. Februar 2025, S.2.
- Falke-Ischinger, J. & Goffart, D. (2024). Friedrich Merz. Die Biographie. München: LMV 8Langen-Müller).
- Fleischhauer, J. (2021): Der Rabauke. <https://janfleischhauer.de/der-rabauke/>
- Gabriel, O.W. (2019). Der Einfluss emotionaler Botschaften auf die Einstellungen zum politischen Führungspersonal. In: Mayerl, J., Krause, T., Wahl, A., Wuketich, M. (Hrsg.) Einstellungen und Verhalten in der empirischen Sozialforschung . Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-16348-8_12
- Goleman, D. (1996): EQ. Emotionale Intelligenz. München: Hanser.
- Habermas, J. (1992): Faktizität und Geltung : Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Jonas, H. (2003): Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation.
- König, A. (2024): Merz wird's wohl. Warum wir uns auf einen Leitkultur-Wolf einstellen müssen. <https://www.arminkoenig.de/blog/merz-wirds-wohl/>
- König, A. (2024): Scholz und der Fritze Merz und sein Tünkram. Wie billig, Herr Kanzler. <https://www.arminkoenig.de/blog/scholz-und-der-fritze-merz-und-sein-tuenkram-wie-billig-herr-kanzler/>: »Fritze Merz«? Oh je, Herr Scholz, das ist billig, niveaulos und unangemessen.»
- König, A. (2024): Provoziert Christian Lindner den Koalitionsbruch? 12 Punkte zur Beschleunigung der »Wirtschaftswende« isolieren die FDP und empören die Ampel-Partner. In: Polygon 2024. 1.

Jag, H. 2, S. 33-43.

König, A. (2024): Absturz unter der Norman-Foster-Kuppel der PolitMagne. Ampel-Ende mit Schrecken und Knalleffekt. In: Polygon 3, S. 8-58.

König, A. (2025): Polygon-Polit-Chronik 2024 : Deutsche Innenpolitik, Europapolitik, unkonventionelle Partizipation, Hochwasserprävention und Rezensionen aus Polygon 1 bis 3. Illingen: art & research südwest.

König, A. (2025): Diese Machtbesoffenheit der CDU/CSU. Wider die Einschüchterung der Zivilgesellschaft – gegen Diffamierung von Kritikern. Offener Brief an Friedrich Merz und die Unionsfraktion. <https://www.arminkoenig.de/blog/diese-machtbesoffenheit-der-cdu-csu/>

König, A. (2025): Mutiger Protest gegen radikale Populisten. Demokratische Wachsamkeit gegen Bedrohungen des Rechtsextremismus: die Rolle von Demonstrationen und Partizipation. Illingen: art & research südwest.

Korte, K.-L. (2020): Über den elastischen Sicherheitskonservatismus der CDU-Wähler. In: Lammert, N. (Hg.): Christlich-Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU. S. 335-359.

Landes, L., Stössel, S. (2025): Merz will am ersten Tag als Kanzler „faktisches Einreiseverbot“ für Illegale verhängen. WELT Online 23.1.2025. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article255217696/CDU-Merz-will-am-1-Tag-als-Kanzler-faktisches-Einreiseverbot-fuer-Illegale-verhaengen.html>

Lucke, A.v. (2022): Wie Friedrich Merz Kanzlerkandidat werden kann. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/merz-cdu-vorsitzender-100.html>

Mayer, T., & Kronenberg, V. (2022). Die Macht der charismatischen (Ver-) Führung. Zur Soft Power von Persönlichkeiten in der interna-

tionalen Politik. Macht und Machtverschiebung: Schlüsselphänomene internationaler Politik – Festschrift für Xuewu Gu zum 65. Geburtstag, 159.

Mintzberg, H et al. (2012): Strategy Safari.

Mischel, W. et al (1989): Delay of gratification in children. In: Science 244, 1989, S. 933–938.

Mischel, W. (2015): Der Marshmallow-Test: Willensstärke, Belohnungsaufschub und die Entwicklung der Persönlichkeit. München: Siedler

Ohnesorge, H.W. (2022): Macht und Machtverschiebung. Macht und Machtverschiebung. Schlüsselphänomene internationaler Politik – Festschrift für Xuewu Gu zum 65. Geburtstag. München: Oldenbourg.

Ohr, D., Klein, M., & Rosar, U. (2013). Bewertungen der Kanzlerkandidaten und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009. Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, 206-230.

Otto, F. (2022): Der Merz-Effekt. Die Union liegt in Umfragen wieder stabil an der Spitze. Irgendwas muss CDU-Chef Friedrich Merz also richtig machen. Aber was eigentlich? In: Zeit online 6.6.2022: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-06/friedrich-merz-cdu-chef-umfrage>

Pache, T. (2024): Merz ist dem Kanzleramt ein Stück näher gekommen. Capital online, 10. Mai 2024. <https://www.capital.de/wirtschaftspolitik/friedrich-merz-ist-dem-kanzleramt-ein-stueck-naeher-gekommen-34701276.html>

Roll, E. (2009): Die Kanzlerin: Angela Merkels Weg zur Macht. Berlin: Ullstein.

Rzepka, Dominik (2023): Debatte über Asylbewerber - Sozialtourismus bis Zahnarzt: Das Muster Merz. ZDF heute, 28.9.2023. <https://>

www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/merz-kritik-strategie-opposition-zahnarzttermine-100.html

Schlieben, M. (2023): Er hat »Merkel« gesagt. ZEIT online 22.6.2023. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-06/friedrich-merz-cdu-bundestag-opposition>

Schwarz, H.-P. (2011): Helmut Kohl. Eine politische Biografie. München: DVA.

Senge, K. (2022): Schlüsselwerke der Emotionssoziologie. Wiesbaden: Springer VS.

Sinus-Milieu-Untersuchung (2025): Kein klarer Favorit fürs Kanzleramt. Pressemitteilung vom 30.1.2025

Walter, F. et al. (2014): Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit. 2. überarb. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

ZDF-Politbarometer (2023): Mehrheit hält Merz als Kanzler für ungeeignet. 18.8.2023. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/politbarometer-merz-k-frage-ampel-koalition-zu-friedenheit-100.html>

Ein Graben zwischen Europa und den USA

There Is A New Sheriff In Town

Vance und der Scheidebrief am Valentinstag

Undiplomatische Verbalkriegsdepesche bei der Münchener Sicherheitskonferenz und Steinmeiers diplomatische Antwort

Armin König

Nein, das hat Europa noch nicht erlebt. Der Auftritt des US-Vizepräsidenten J.D. Vance bei der 61. Münchner Sicherheitskonferenz am 14. Februar 2025 war ein Fanal, ein Schock, ein Frontalangriff auf Europa und die Nato. Erstaunlicherweise hatte zuvor keiner der europäischen Großstrategen auf dem Schirm, was dort am Valentinstag geschah. Die Rede von Vance war eine Mischung aus Schelte, Häme, Zorn, Gift, Lügen und diplomatischem Affront. Eine undiplomatische Verbalkriegsdepesche am Valentinstag. Motto – mit Blick auf die neue

Amtszeit von Donald Trump als US-Präsident: »There Is A New Sheriff In Town«¹. Und er meinte es auch so.

Wusste kein Thinktank davon?

War kein Geheimdienst eingeweiht?

Oder ließ man die Politik ins Messer laufen?

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius nannte die Vance-Rede »not acceptable«.

Was sind die Folgen der Skandalrede, die Vance in München hielt? Ist damit die Nato als Ganzes in Gefahr? Hat sie eine Zukunft, nachdem auch Trump in der Vergangenheit schon Nato-Bashing betrieben hatte?

Ist Europa jetzt gar zu einem Erzfeind der USA geworden, weil es wirtschaftlich erfolgreich und damit Konkurrenz zu Amerika ist? Und warum hat niemand wirklich gegengehalten? All diese Fragen sind noch unbeantwortet.

Dass bei der Münchener Sicherheitskonferenz etwas Episches geschehen ist, scheint mittlerweile klar.

Die Skandalrede des rechtsgerichteten US-Republikaners, AfD-Fans und Trump-Kronprinzen Vance markiert für viele Beobachter einen Einschnitt in der Geschichte der transatlantischen Beziehungen.

¹ J.D. Vance: Rede zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz 14.2.2025.

Selten hat man die Europäer so sprachlos und so hilflos erlebt. Das war ein Pearl-Harbor-Effekt für Deutschland und seine Partner. Das war nicht einfach eine Rede, die man abhaken konnte. Was die Teilnehmenden der Münchener Sicherheits-Konferenz erlebten, war ein Unsicherheitsschock ohnegleichen. Staats- und Regierungschefs, Abgeordnete und Journalisten rieben sich die Augen und staunten, was da vor sich ging.

München war Epochenbruch und Kulturschock gleichermaßen.

Stand da ein amerikanischer Neofaschist am Pult?

Ganz abwegig ist das nicht, wenn man die bisherigen Reden des Vizepräsidenten der USA nachliest.

Das Thema »täglicher amerikanischer Faschismus« ist seit McCarthy und Nixon weltweit präsent. Der deutsch-amerikanische Schriftsteller Reinhard Lettau (+) hat dazu 1971 ein vielbeachtetes Buch unter dem Titel »Täglicher Faschismus: Amerikanische Evidenz aus 6 Monaten« geschrieben.

Klar ist: Vance ist ein radikaler Politiker, der rhetorisch Europa mit seiner liberalen Demokratie der Freiheit, seiner politischen Kultur, seinen Institutionen und Netzwerken fundamental in Frage stellt. So agiert kein politischer Freund. So hetzen Feinde.

Und zum ersten Mal seit Jahrzehnten stand in München nicht die gemeinsame Abschreckung gegenüber Russland oder die strategische Koordination mit Blick auf China im Zentrum, sondern eine fundamentale Infragestellung Europas.

Es war mehr als ein Affront. Der Vance-Auftritt war eine »beispiellose Abrechnung«² von Seiten der US-Administration, wie man sie in Europa noch nicht gesehen und gehört hatte. Vom »vorläufigen Ende der westlichen Wertegemeinschaft« (Rheinische Post) war die Rede.

Dass diese Abrechnung ausgerechnet vom Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten vorgetragen wurde, irritierte und schockierte:

Die Gesichter der europäischen Delegationen wirkten wie versteinert, die Gesprächsatmosphäre in den Korridoren schwankte zwischen Ungläubigkeit, stillem Entsetzen, Schock, Wut und einer ersten vorsichtigen Suche nach Gegenstrategien.

Vance' begann mit ritualisierten Bekenntnissen zu NATO und gemeinsamer Sicherheit und einem Hinweis auf die weiterhin bestehende militärische Stärke der USA. Doch bereits in den ersten Minuten verlagerte er den Fokus weg von russischen Panzern in der Ukraine und chinesischen Raketen hin zu

² Ruppert (BR) (2025).

dem, was er als »Bedrohung von innen« definierte: eine angebliche Aushöhlung demokratischer Freiheiten in Europa, insbesondere der Presse- und Meinungsfreiheit. Die würde eingeschränkt. Meinungsäußerungen würden als Desinformation verfolgt. Das sei Zensur..

Europa, so sein Argument, lebe von der Fassade freiheitlicher Ordnungen, habe aber den Kontakt zu den eigenen Bevölkerungen verloren; in dieser Diagnose verband sich der Gestus des Anklägers mit dem Selbstbild eines politischen Korrektivs, das aus Washington nach München entsandt war.

Vance warf den europäischen Regierungen vor, die Demokratie in ihren Ländern einzuschränken. Hier gebe es einen fundamentalen Unterschied zu der neuen Trump-Administration in den USA. Welch absurde Vorwürfe von einer US-Regierung unter Trump, der Fake News, Lügen und Desinformation zum Markenzeichen des Regierens gemacht hat, dachten viele Beobachter.

Wie schon zu Jahresbeginn forderte Vance, die Brandmauer zu migrationskritischen Parteien niederzureißen. Die AfD nannte er zwar diesmal nicht, aber die Richtung war klar: Eine Woche vor der vorgezogenen Bundestagswahl hofierte Vance die Rechtsextremisten nicht nur, er gab ihnen auch einen Freibrief für menschenfeindliche Remigrationsaktivitäten.

»Massenmigration«, so Vance, sei das dringlichste Problem in Europa.³

Es war der provokanteste Teil seiner Rede. In einer Konferenz, die sonst von tagespolitischer Zurückhaltung geprägt ist, nutzte er den Anschlag eines afghanischen Asylbewerbers am Vortag in München als exemplarisches Beispiel für das Versagen europäischer Migrationspolitik und behauptete, kein Wähler auf diesem Kontinent habe je für »millionenfache, unzureichend geprüfte Einwanderung« gestimmt.

Damit verband er zwei Botschaften: nach innen die Versicherung an das eigene republikanische Lager, dass die zweite Trump Administration ihren radikalen migrationspolitischen Kurs durchziehen will und nach außen die unverhohlene Drohung an europäische Regierungen, sich an die amerikanischen Vorgaben zu halten und parteipolitische Brandmauern gegenüber der radikalen Rechten aufzugeben. Eine Woche vor der Bundestagswahl war dies nicht nur eine Provokation, sondern eine direkte Einmischung in der Schlussphase Wahlkampfes.

Diese skrupellose Grenzüberschreitung lässt Vance selbst als faschistoid erscheinen. Das erklärt das Erschrecken der europäischen NATO Partner in diesen Februartagen.

Viele hatten befürchtet, Vance werde in München neue

³ J.D. Vance: Rede zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz 14.2.2025.

Strafzölle ankündigen oder eine harte Linie gegenüber der Ukraine durchsetzen. So hatte der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, geunkelt, Vance werde womöglich einen Groß-Abzug von US-Truppen aus Europa verkünden⁴. Der Unions-Kanzlerkandidat und CDU-Chef Friedrich Merz erwartete nach Informationen des Bayerischen Rundfunks eine »brutal harte Ansage«.⁵ Das war die Rede, aber sie hatte einen ganz anderen Schwerpunkt. Völlig unerwartet zielt der US-Angriff ins Herz Europas und der Nato, in die Seele der Verbündeten. Es ging um die Demokratie in Deutschland und ganz Europa. Es war eine Art Pearl-Harbor-Erfahrung für die Gastgeber und die Gäste.

»The US and Europe no longer share the same values.« Die USA und Europa teilen nicht mehr dieselben Werte, schrieb die Presse (Delo, Slowenien). Dieser Verlust gemeinsamer Werte mache die künftige Zusammenarbeit extrem schwierig. Die Verbündeten diesseits und jenseits des Atlantiks drifteten auseinander. Nach 75 Bündnisjahren müsse sich Europa auf einen harten Bruch gefasst machen. Von rechter Seite erhielt Vance Lob. Rechte Medien jubelten, endlich spreche jemand offen die Blindheit Europas gegenüber dem Phänomen der Massenmigration an.

⁴ Ruppert (BR) (2025).

⁵ Ruppert (BR) (2025).

Liberales, progressives und konservativ-liberales Kommentatoren deuteten den Vance-Auftritt dagegen zu Recht als Auftakt einer systematischen, ideologischen Konfrontation Washingtons mit der Europäischen Union. Sie betrachteten den US-Auftritt als »ideologische Kriegserklärung« an die EU mit dem Ziel, die Union künftig gezielt zu schwächen.

Dass Vance die klassischen sicherheitspolitischen Themen subtil umcodierte, war ein weiteres auffälliges Muster. Zwar bekräftigte er die Bedeutung von Verteidigungsinvestitionen und forderte Europa auf, »in großem Umfang für die eigene Verteidigung zu sorgen«, doch seine zentrale Botschaft lautete, dass Russland und China nicht die eigentlichen Probleme Europas seien. Wenn »die wahre Gefahr«⁶ aus der Erosion von Meinungsfreiheit und aus der Entfremdung der politischen Klassen von ihrer Bevölkerung erwachse, dann verwandelte sich die NATO vom Bündnis gegen äußere Feinde zu einem Prüfstein für innere Ordnungsvorstellungen. Viele trauten ihren Ohren nicht.

Implizit stellte Vance die Frage, ob Staaten, deren Gesellschaften sich in Richtung »postnationaler, multikultureller

⁶ Ein klassischer Fall von Verantwortungsverschiebung und Tatsachenverschleierung. Nicht Russland und China sind eine Gefahr, sondern eine vermeintliche Erosion der Meinungsfreiheit – weil Europa die US-Giganten der Social Media dazu zwingt, Fake News und Hassbotschaften zu löschen.

Gebilde«⁷ bewegten, (noch) verlässliche Partner in einem von ihm ethnisch und kulturell gedachten Westen sein könnten. Das ist im Kern neofaschistisch gedacht.

Für viele europäische Delegationen ergab sich daraus ein doppelter Schock. Jetzt ist klar, dass es sich beim neuen Kurs der US Regierung nicht um gelegentliche Ausraster eines erratischen Präsidenten handelte, sondern um eine klar beschriebene, von loyalen Funktionsträgern wie Vance getragene Herrschaftsideologie.

Die unmittelbaren Reaktionen in München fielen dennoch sehr zurückhaltend aus, vielleicht auch zu zurückhaltend.

Eigentlich hätte man Vance unmittelbar konfrontieren und attackieren müssen. Aber kaum jemand in Regierungsverantwortung war bereit, den offenen Bruch zu benennen und dies auch selbst rhetorisch zu dokumentieren. Stattdessen dominierten abwiegelnde Floskeln von »klaren Worten« und »notwendigen Debatten über Lastenteilung«.⁸

Immerhin hatte ein Staatsoberhaupt, das sich sonst eigentlich nie in den politischen Alltagskampf einmischt, den Mut und die Statur, J.D. Vance mit klaren Ansagen und Aussagen die Stirn zu bieten: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

7 J.D. Vance: Rede zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz 14.2.2025.

8 Mit Verlaub: Das war ein ziemlicher Unsinn.

»Diplomatie ist kein Käfigkampf«⁹, sagte der Präsident in seiner Eröffnungsrede. »Seit dem 20. Januar starren alle gebannt aufs Weiße Haus, und jeder fragt sich schon zu den Frühhinrichten: Was kommt als Nächstes, wer ist als Nächster dran? All das füttert ja nicht nur die digitale Erregungsmaschine. Es hat reale Konsequenzen.«¹⁰

Er konkretisierte dies auch: »Was heute auf dem Spiel steht, ist die Selbstbehauptung unserer Demokratie.«¹¹ Damit hatte er Recht.

Ziemlich unweblümt kritisierte Steinmeier die permanenten Schockwellen aus den USA und warnte vor Regellosigkeit in der Welt:

»Die neue amerikanische Administration hat ein sehr anderes Weltbild als wir. Eines, das keine Rücksicht nimmt auf etablierte Regeln, auf Partnerschaft und gewachsenes Vertrauen. Das können wir nicht ändern. Das müssen wir akzeptieren, und damit können wir umgehen. Aber ich bin überzeugt: Es ist nicht im Interesse der Staatengemeinschaft, dass dieses Weltbild das dominierende Paradigma wird. Regellosigkeit darf nicht

9 Steinmeier: Rede zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz 14.2.2025.

10 Steinmeier: Rede zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz 14.2.2025.

11 Steinmeier: Rede zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz 14.2.2025.

zum Leitbild für eine Neuordnung der Welt werden.«¹²

Steinmeier wurde grundsätzlich und warnte vor fatalen Folgen, wenn diese Regellosigkeit weitergehen sollte. Das ging an die Adresse von Donald Trump und J.D. Vance, die mit einer neuen Politik der Regelverletzung und der Regellosigkeit für Besorgnisse in der ganzen Welt sorgen.

»Wir würden brechen mit der entscheidenden zivilisatorischen Errungenschaft, niedergeschrieben vor 80 Jahren in der Charta der Vereinten Nationen – die nicht möglich gewesen wäre ohne die vehemente Unterstützung der USA. Wenn wir das aufgeben, würden wir nur anderen – wie Russland und China – in die Hände spielen, mehr noch: allen, die schon seit Jahren Recht brechen und Regeln aushöhlen, weil sie genau diese Errungenschaft aus dem Weg räumen wollen.«¹³

Denen, die einwenden, das sei ja nicht neu, antwortete Steinmeier:

» Richtig. Aber es macht einen Unterschied, wenn die führende Demokratie und Weltmacht sagt: Es geht auch ohne Regeln.«¹⁴

Klar war auch die Ansage, die Steinmeier an US-Konzer-

12 Steinmeier: Rede zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz 14.2.2025.

13 Steinmeier: Rede zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz 14.2.2025.

14 Steinmeier: Rede zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz 14.2.2025.

ne und Thinktanks im Umfeld von Peter Thiel und Elon Musk machte, die mit Disruption die liberale Demokratie zerstören wollen. Die Zukunft der liberalen Demokratie habe seit Beginn seiner Amtszeit im Mittelpunkt seiner Politik gestanden, erläuterte Steinmeier dem internationalen Publikum.

Und deshalb lautet mein vierter Punkt: Die Demokratie ist keine Spielwiese für Disruption!

›Disruption‹ ist ein Begriff, bei dem Tech-Unternehmer und politische Populisten sich derzeit gerne treffen: Werft das Alte auf den Müllhaufen der Geschichte! Ja, dieser Ruf hat viele Märkte und Geschäftsmodelle umgekrempelt und revolutioniert – aber: Die Demokratie ist kein Geschäftsmodell. Sie ist keine Spielwiese für Disruption.«

Dieser Präsident hat Rückgrat. Und er hat die Courage, den Amerikanern ins Gewissen zu reden, gnaz egal, was Trump und Vance sagen und denken.

Das ist allerdings nicht überall in Europa so.

Hinter verschlossenen Türen zeichneten sich neue Konfliktlinien ab: zwischen jenen, die darauf setzten, dass der Sturm aus Washington vorübergeht und die darauf hoffen, dass nach Trump dieser Kurs mittelfristig korrigiert werden könnte¹⁵, und jenen, die Vance' Auftritt als Weckruf für eine wirkliche euro-

¹⁵ Vermutlich eine große Illusion von Träumen.

päische strategische Autonomie interpretierten.

»Nuts,« was the reaction of former U.S. Ambassador to NATO Ivo Daalder. It's »not the kind of language you would expect in the 21st century and certainly not from the U.S. vice president at Europe's most important security conference,«¹⁶ he told POLITICO's Robbie Gramer.¹⁷

Klar ist: Die zweite Trump Administration hat signalisiert, dass sie das europäische Projekt als konkurrierende Zivilisationsform betrachtet. Europäer und Amerikaner sind in Wahrheit keine echten Verbündeten mehr.

Vance hat einen Kulturkrieg eröffnet (Politico). Die Axiome der gemeinsamen Sicherheits- und Werteordnung werden auf beiden Kontinenten unterschiedlich definiert. Damit wird Europa nun gezwungen, seine Rolle in der Welt neu zu definieren.

Ob Amerika noch Schutzmacht sein wird, ist fraglich.

Dieser Valentinstag 2025 wird in die Geschichte eingehen als Tag des Scheidebriefs.

16 „Verrückt“, lautete die Reaktion des ehemaligen US-Botschafters bei der NATO, Ivo Daalder. „Das ist keine Sprache, die man im 21. Jahrhundert erwarten würde, schon gar nicht vom US-Vizepräsidenten auf Europas wichtigster Sicherheitskonferenz“, sagte er gegenüber Robbie Gramer von POLITICO

17 McLeary et al. (2025): JD Vance attacks Europe over migration, free speech. Politico digital. 14.2.2025. <https://www.politico.eu/article/us-vice-president-jd-vance-attack-europe-migration-free-speech/>

Literatur und Quellen

- Der Bundespräsident (2025): Eröffnung der Münchener Sicherheitskonferenz. Rede. 14.2.2025. <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2025/02/250214-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html>
- Hains, Tim (2025): Full Speech: Vice President JD Vance Tells Munich Security Conference „There's A New Sheriff In Town“. https://www.realclearpolitics.com/video/2025/02/14/full_speech_vice_president_jd_vance_addresses_munich_security_conference.html
- Lynch, Suzanne (2025): JD Vance brings culture war to Europe. 15.2.2025. <https://www.politico.com/newsletters/global-playbook/2025/02/15/jd-vance-brings-culture-war-to-europe-00204492>
- Marquart, Alex et al (2025): Vance turns on European allies in blistering speech that downplayed threats from Russia and China. CNN. 14.2.2025. <https://edition.cnn.com/2025/02/14/europe/jd-vance-munich-speech-europe-voters-intl>
- Münstermann, Kerstin (2025): Das vorläufige Ende der westlichen Wertegemeinschaft. Rheinische Post. 14.2.2025. https://rp-online.de/politik/deutschland/muenchner-sicherheitskonferenz-jd-vance-brueskiert-verbuendete_aid-124156491
- Ross, Andreas et al. (2025): Vance-Rede: Mit diesen Geschichten schreibt die Trump-Regierung Europa ab. FAZ-net. <https://www.faz.net/aktuell/politik/sicherheitskonferenz/mit-diesen-geschichten-schreibt-die-trump-regierung-europa-ab-110299342.html>
- Pérez Royo, Javier (2025): Tirades against the external and internal

enemy. El Diario 16.2.2025.

Ruppert, Jasper (2025): Eine beispiellose Abrechnung mit Europa. US-Vize Vance in München.

Vance, J.D. (2025): Remarks by the Vice President at the Munich Security Conference. Digital: The American Presidency Project. <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-the-vice-president-the-munich-security-conference-0>

ZDF (2025): Münchner Sicherheitskonferenz: Vance kritisiert Europa: „Gefahr von innen“. <https://www.zdfheute.de/politik/vance-rede-muenchner-sicherheitskonferenz-msc-100.html>

Dokumentation

Rede von Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

Eröffnung der Münchener Sicherheitskonferenz 2025 am 14. Februar 2025

Über der Stadt München liegt heute ein dunkler Schatten. Gestern hat ein Attentäter 36 Menschen zum Teil sehr schwer verletzt, darunter auch ein kleines Kind. Ich war eben am Tatort, und ich möchte allen Opfern und Angehörigen mein tiefes Mitgefühl ausdrücken; und ich danke Ihnen, dass Sie es im Saal eben in gleicher Weise getan haben.

Sehr geehrte Gäste aus aller Welt, ich begrüße Sie herzlich zur 61. Münchner Sicherheitskonferenz. Welcome to Munich! Welcome to Germany!

Die meisten von Ihnen sind nicht zum ersten Mal hier, viele sind jedes Jahr dabei, wenn sich die weltweite Sicherheitscommunity zur kalten Jahreszeit in München versammelt. Sie kennen die zuweilen drangvolle Enge hier im Saal und auf

den Fluren. Eine ganz besondere Atmosphäre, die hier Jahr für Jahr entsteht. Mein Wunsch gleich zu Beginn: Nutzen wir sie, diese besondere Konferenz, für respektvollen Austausch, für neue Ideen und Kontakte. Wir brauchen all das in diesen turbulenten Zeiten.

Ich danke dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Münchner Oberbürgermeister für die sprichwörtliche Gastfreundschaft, die wir hier genießen dürfen. Ich danke den Veranstaltern für die Planung und Organisation, für die Auswahl der Themen und die Einladung so vieler hochrangiger Gäste. Und ich danke ganz besonders Christoph Heusgen. Lieber Herr Heusgen, nicht nur für Ihre Führung der MSC in den vergangenen Jahren, sondern auch für ein langes Berufsleben im diplomatischen Dienst zum Wohle unseres Landes danke ich Ihnen als Bundespräsident von ganzem Herzen!

Vor fünf Jahren konnte ich die MSC zuletzt eröffnen. Die Veränderungen in der Welt seitdem könnten kaum dramatischer sein, und sie allein würden ein mehrstündiges Grundsatзреferat rechtfertigen. Aber ich werde schweren Herzens darauf verzichten. Ich möchte stattdessen vier Thesen umreißen, die wesentlich sind für unsere Außen- und Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren und die mir persönlich am Herzen liegen.

Mein erster Punkt: Auf Deutschland ist Verlass. You can count on us! Ich muss mit diesem Punkt beginnen, auch wenn manche ihn für eine Selbstverständlichkeit halten. Aber diese Konferenz fällt in einen besonderen Moment meines Landes. In neun Tagen wählen die Deutschen ein neues Parlament, ein gutes halbes Jahr früher als geplant. Das ist in einem stabilitätsverwöhnten Land, das Pläne liebt, zwar ungewöhnlich, aber es ist kein Grund zur Sorge.

Unseren Partnern und Freunden sage ich: Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bleibt europäisch, transatlantisch und multilateral. Auch in einer Zeit des politischen Übergangs gilt: Wir verfolgen unsere Interessen, wir suchen nach gemeinsamen Lösungen, wir stellen unsere internationalen Partnerschaften breiter auf.

Und ausdrücklich will ich versichern: Europa bleibt Dreh- und Angelpunkt unserer Politik. Eine nächste deutsche Bundesregierung, gleich welcher Zusammensetzung, muss ihr Handeln daran ausrichten, europäische Gemeinsamkeit zu achten und zu fördern. Europäische Politik entsteht selten aus vorgegebenem Konsens, sondern im Suchen und Erweitern von Schnittmengen. Und auch wenn das anstrengend bleibt – seien Sie sicher: Deutschlands Herz schlägt auch in Zukunft für Europa.

Mein zweiter Punkt: Wir haben den Weckruf gehört. We got the message! Der 24. Februar 2022 war ein Epochenbruch – der Tag, an dem Russland völkerrechtswidrig die Ukraine überfiel; der Tag, an dem Putin die europäische Sicherheitsordnung in Trümmer riss.

Seit drei Jahren kämpfen die Ukrainerinnen und Ukrainer Tag für Tag um ihr Land und ihre Freiheit. Seit drei Jahren stehen wir gemeinsam an ihrer Seite: humanitär und finanziell, vor allem auch militärisch – Deutschland als weltweit zweitstärkster Unterstützer nach den USA. Und nach drei Jahren kann ich sagen: Europa hat den Weckruf gehört. Auch mein Land.

Deutschland hat seine Sicherheitsausgaben massiv gesteigert, gestützt von einer großen Mehrheit im Parlament und in der Bevölkerung. Wir wissen, das war notwendig. Aber wir wissen auch: Das ist kein Anlass zur Selbstzufriedenheit. Konkreter: Der Aufwuchs muss weitergehen. Unsere Bundeswehr muss stärker werden. Nicht um Krieg zu führen, sondern um Krieg zu verhindern.

Wenn Gefahren wachsen, müssen unsere Fähigkeiten zur Abwehr von Gefahren mitwachsen. Das Zwei-Prozent-Ziel, wie wir es 2014 in Wales verbindlich gemacht haben, stammt aus einer anderen Zeit, einer anderen Bedrohungslage. Ein Jahr-

zehnt später werden wir deutlich mehr aufwenden müssen als damals vereinbart. Daran geht kein Weg vorbei, und jede neue Bundesregierung wird dafür die notwendigen finanziellen Spielräume schaffen müssen.

Seit 70 Jahren ist mein Land Mitglied der NATO. Ich finde, wir Deutsche sollten nicht nur nostalgisch zurückschauen – dankbar für sieben Jahrzehnte Sicherheit. Nein, wir müssen uns fragen, was wir der NATO heute schuldig sind, damit sie in 70 Jahren noch Freiheit und Sicherheit verteidigt. Ja, we got the message: Wir brauchen eine ausgeglichene Lastenteilung zwischen Europa und den USA. Die NATO muss auf zwei gleich starken Beinen stehen, damit sie für beide Seiten ihren Wert behält. Mein Land wird dazu seinen Beitrag leisten.

Natürlich reden wir dann nicht nur über den Aufwuchs europäischer Truppen, sondern auch über die Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa. Ich habe darüber heute Morgen mit Vizepräsident Vance gesprochen, und ich habe ihm gesagt: Was immer Ihr entscheidet, besprecht es mit uns. Wir teilen das Ziel, also lasst uns den Weg dahin koordinieren. Jedenfalls kann keiner von uns das Interesse haben, Fähigkeiten der NATO kurzfristig zu schwächen oder die NATO gar langfristig in Frage zu stellen. Denn ein solches Bündnis, geboren aus der Stärke der Demokratien im 20. Jahrhundert, wird niemand im 21. Jahrhundert noch einmal gründen können, auch nicht

die USA. Und selbst die Stärksten, auch die USA, werden in diesem 21. Jahrhundert auf Bündnispartner angewiesen sein.

Gemeinsame Stärke – genau das zählt auch jetzt für die Ukraine. Präsident Trump hat mit Präsident Putin und Präsident Selensky telefoniert, und ich bin sicher: Mögliche Wege zur Beendigung des Krieges werden auch hier in München im Zentrum vieler Diskussionen stehen.

Dass dieser Krieg zu Ende geht, wünschen sich alle. Wie dieser Krieg zu Ende geht, hat bleibenden Einfluss auf unsere Sicherheitsordnung und auf die Machtposition Europas und Amerikas in der Welt. Ich bin überzeugt: Ein bloßes „make a deal and leave“ würde uns alle schwächen: die Ukraine und Europa – aber auch die USA. Deshalb erfordert jedes Szenario – sei es vor oder nach dem Ende von Kämpfen – unsere gemeinsame Abschreckungskraft und Stärke. Deshalb muss, in jedem Szenario, unsere Unterstützung der Ukraine weitergehen – die der Europäer, aber auch die der Amerikaner!

Ein dritter Punkt ist mir wichtig. Ich glaube, trotz aller Verwerfungen, an die internationale Gemeinschaft. Diplomacy is not a cage fight! Seit dem 20. Januar starren alle gebannt aufs Weiße Haus, und jeder fragt sich schon zu den Frühlachrichten: Was kommt als Nächstes, wer ist als Nächster dran?

All das füttert ja nicht nur die digitale Erregungsmaschi-

ne. Es hat reale Konsequenzen. Ich war vergangene Woche in Jordanien, just an dem Morgen, an dem Präsident Trump die Umsiedlung der Palästinenser aus Gaza in die Nachbarländer angekündigt hatte, und ich konnte auf den Straßen von Amman die blanke Angst um die Existenz ihres Landes spüren.

Ich will nicht jede Ankündigung, jeden öffentlich gewordenen Plan der letzten Tage im Einzelnen kommentieren oder bewerten. Im Gegenteil, ich wende mich an uns alle, die internationale Staatengemeinschaft, die in diesem Saal vertreten ist.

Ich frage uns: Wie wird diese Atemlosigkeit den Charakter internationaler Politik verändern? Können die nächsten vier Jahre nicht nur die Beziehungen der Weltmacht USA zu anderen Staaten verändern, sondern auch die Beziehungen aller Staaten untereinander? Wird die internationale Gemeinschaft dadurch als Ganze Schaden nehmen? Meine Antwort: Das liegt an uns! Wir sind Subjekte, nicht Objekte der internationalen Ordnung. Wir dürfen uns von der Flut der Ankündigungen nicht lähmen lassen. Wir dürfen nicht aus Angst erstarren, oder wie man im Englischen sagt: Let's not be deer caught in the headlights!

Fest steht: Die neue amerikanische Administration hat ein sehr anderes Weltbild als wir. Eines, das keine Rücksicht nimmt auf etablierte Regeln, auf Partnerschaft und gewach-

senes Vertrauen. Das können wir nicht ändern. Das müssen wir akzeptieren, und damit können wir umgehen. Aber ich bin überzeugt: Es ist nicht im Interesse der Staatengemeinschaft, dass dieses Weltbild das dominierende Paradigma wird. Regellosigkeit darf nicht zum Leitbild für eine Neuordnung der Welt werden.

Wir würden brechen mit der entscheidenden zivilisatorischen Errungenschaft, niedergeschrieben vor 80 Jahren in der Charta der Vereinten Nationen – die nicht möglich gewesen wäre ohne die vehemente Unterstützung der USA. Wenn wir das aufgeben, würden wir nur anderen – wie Russland und China – in die Hände spielen, mehr noch: allen, die schon seit Jahren Recht brechen und Regeln aushöhlen, weil sie genau diese Errungenschaft aus dem Weg räumen wollen. Das ist nicht neu, werden Sie sagen. Richtig. Aber es macht einen Unterschied, wenn die führende Demokratie und Weltmacht sagt: Es geht auch ohne Regeln.

Deswegen ist mein Appell: Bleiben wir bei dem, was uns hilft. Zusammenarbeit hilft uns. Partnerschaften und Bündnisse lohnen sich. Es gibt gemeinsame Interessen, es gibt Regeln und Institutionen, mit denen wir Konflikte lösen können. Das darf nicht nur im Rückblick gelten, sondern das bleibt auch in Zukunft wahr. Diese Wahrheit hat jedes Land, jeder von Ihnen hier im Saal erfahren. Und diese Wahrheit ist jetzt zur Aufga-

be geworden: Es wird zentrale Aufgabe der kommenden Jahre sein, die Idee einer internationalen Gemeinschaft zu erhalten. We have to save the very idea of the international community!

Zuletzt möchte ich ein Thema ansprechen, das vom ersten Tage an im Zentrum meiner Präsidentschaft stand: die Zukunft der liberalen Demokratie. Und deshalb lautet mein vierter Punkt: Die Demokratie ist keine Spielwiese für Disruption!

„Disruption“ ist ein Begriff, bei dem Tech-Unternehmer und politische Populisten sich derzeit gerne treffen: Werft das Alte auf den Müllhaufen der Geschichte! Ja, dieser Ruf hat viele Märkte und Geschäftsmodelle umgekrempelt und revolutioniert – aber: Die Demokratie ist kein Geschäftsmodell. Sie ist keine Spielwiese für Disruption.

Ich spreche davon mit einiger Dringlichkeit, weil geopolitische Gegner, allen voran Russland, im digitalen Kommunikationsraum schon längst ihren hybriden Krieg gegen liberale Demokratien führen. Weil China digitale Technologie zur autoritären Machtentfaltung nutzt und ausbaut. Und als wäre das nicht schon besorgniserregend genug, bildet sich in den USA derzeit eine historisch beispiellose Konzentration von technologischer, finanzieller und politischer Macht heraus. Als Demokrat macht es mir größte Sorge, wenn eine kleine unternehmerische Elite die Macht, die Mittel und den Willen hat,

einen wesentlichen Teil der Spielregeln liberaler Demokratien neu zu bestimmen. Und erst recht macht mir Sorge, wenn einige aus dieser Elite aus ihrer Verachtung für Institutionen und Normen unserer Demokratie keinen Hehl machen.

Was heute auf dem Spiel steht, ist die Selbstbehauptung unserer Demokratie! Und im globalen Gegenwind, in dem wir stehen, braucht die Selbstbehauptung der Demokratie ein starkes Europa. Dazu gehören massive Investitionen in unsere technologische Leistungsfähigkeit und unsere digitale Unabhängigkeit. Aus Brüssel und Paris kamen dazu in dieser Woche klare Botschaften, die ich voll unterstütze: Wir investieren in Europäische KI. Wir legen zu im digitalen Wettbewerb.

Wir haben die Talente, die Forschung, die Unternehmen, die Ingenieurskunst, den riesigen Markt – das Rennen ist noch nicht entschieden. Ich bin sicher, die Kommissionspräsidentin wird dazu gleich einiges mehr zu sagen haben. Und natürlich verlangen wir Europäer, dass sich Tech-Unternehmen, wie alle andern auch, an europäisches Recht halten – ob sie nun TikTok, X oder anders heißen. Wir dürfen und werden nicht zulassen, dass Plattformen unsere demokratischen Gesellschaften zerstören oder unseren Kindern schweren Schaden zufügen.

Ein letztes Wort zu Europa. Ich habe viele Stürme in Europa erlebt, und ich habe jedes Mal erfahren: Europa hat ein brei-

tes Kreuz. Auf wie vielen Münchener Sicherheitskonferenzen wurde schon der Abstieg Europas beschworen, vermutlich auch von manchen auf dieser. Eingetreten ist er nie. Eine neue Umfrage des European Council on Foreign Relations zeigt erstaunliche Ergebnisse: Die Welt nimmt Europa als „global power“ ernst – also tun wir es doch bitte auch selbst! Und verhalten wir uns danach: Machen wir uns nicht kleiner, als wir sind; gehen wir den Weg der Selbststärkung, den wir in diesem rauen geopolitischen Umfeld brauchen! Ich bin sicher: Wir haben das im Kreuz!

Let me try to summarize my core messages as briefly as I can. To our European colleagues: Let's toughen up! To our American allies: We have different world views – but many good reasons to work together. And to our international guests: The world is changing, but Europe remains Europe. We are open for business. We are open for partnership.

Thank you so much for listening! I wish you all a productive Munich Security Conference.

J.D. Vance

Vice President of the United States

Remarks by the Vice President at the Munich Security Conference

Well, thank you, and thanks to all the -- the gathered delegates and luminaries and media professionals.

And thank -- thanks especially to the hosts of the Munich Security Conference for being able to - to put on such an incredible event. We're, of course, thrilled to be here. We're happy to be here.

And, you know, one of the things that I wanted to -- to talk about today is, of course, our shared values.

And, you know, it's -- it's great to be back in Germany. As -- as you heard earlier, I was here last year as a United States senator. I saw Foreign Minister -- excuse me, Foreign Secretary David Lammy and joked that both of us last year had different jobs than we have now.

But now it's time for all of our countries, for all of us who have been fortunate enough to be given political power by our respective peoples, to use it wisely to improve their lives.

And I want to say that, you know, I -- I was fortunate in my time here to spend some time outside the walls of this conference over the last 24 hours, and I've been so impressed by the hospitality of the people, even, of course, as they're reeling from yesterday's horrendous attack.

And the first time I was ever in Munich was with -- was with my wife, actually, who's here with me today, on a personal trip. And I've always loved the city of Munich, and I've always loved its people.

And I just want to say that we're very moved, and our thoughts and prayers are with Munich and everybody affected by the evil in- -- inflicted on this beautiful community. We're thinking about you, we're praying for you, and we will certainly be rooting for you in the days and weeks to come.

Now -- (applause) -- thank you. I hope that's not the last bit of applause that I get, but -- (laughter).

We -- we gather at -- at this conference, of course, to discuss security. And normally, we mean threats to our external security. I see mili- -- many great military leaders gathered here today.

But while the Trump administration is very concerned with European security and believes that we can come to a reasonable settlement between Russia and Ukraine, and we also believe that it's important in the coming years for Europe to step up in a big way to provide for its own defense, the threat that I worry the most about vis-à-vis Europe is not Russia, it's not China, it's not any other external actor. And what I worry about is the threat from within, the retreat of Europe from some of its most fundamental values -- values shared with the United States of America.

Now, I was struck that a former European commissioner went on television recently and sounded delighted that the Romanian government had just annulled an entire election. He warned that if things don't go to plan, the very same thing could happen in Germany too.

Now, these cavalier statements are shocking to American ears. For years, we've been told that everything we fund and support is in the name of our shared democratic values.

Everything from our Ukraine policy to digital censorship is billed as a defense of democracy, but when we see European courts canceling elections and senior officials threatening to cancel others, we ought to ask whether we're holding ourselves to an appropriately high standard. And I say „ourselves“

because I fundamentally believe that we are on the same team. We must do more than talk about democratic values. We must live them.

Now, within living memory of many of you in this room, the Cold War positioned defenders of democracy against much more tyrannical forces on this continent. And consider the side in that fight that censored dissidents, that closed churches, that canceled elections. Were they the good guys? Certainly not, and thank God they lost the Cold War.

They lost because they neither valued nor respected all of the extraordinary blessings of liberty, the freedom to surprise, to make mistakes, to invent, to build.

As it turns out, you can't mandate innovation or creativity, just as you can't force people what to think, what to feel, or what to believe. And we believe those things are certainly connected.

And unfortunately, when I look at Europe today, it's sometimes not so clear what happened to some of the Cold War's winners.

I look to Brussels, where EU commiss- -- commissars warn citizens that they intend to shut down social media during times of civil unrest the moment they spot what they've judged to be, quote, „hateful content.“

Or to this very country, where police have carried out raids against citizens suspected of posting anti-feminist comments online as part of, quote, „combating misogyny on the Internet, a day of action.“

I look to Sweden, where, two weeks ago, the government convicted a Christian activist for participating in Quran burnings that resulted in his friend's murder. And as the judge in his case chillingly noted, Sweden's laws to supposedly protect free expression do not, in fact, grant -- and I'm quoting -- „a free pass to do or say anything without risking offending the group that holds that belief.“

And perhaps most concerningly, I look to our very dear friends, the United Kingdom, where the backslide away from conscience rights has placed the basic liberties of religious Britons, in particular, in the crosshairs.

A little over two years ago, the British government charged Adam Smith-Connor, a 51-year-old physiotherapist and an army veteran, with the heinous crime of standing 50 meters from an abortion clinic and silently praying for three minutes -- not obstructing anyone, not interacting with anyone, just silently praying on his own.

And after British law enforcement spotted him and demanded to know what he was praying for, Adam replied, simply, it

was on behalf of the unborn son he and his former girlfriend had aborted years before.

Now, the officers were not moved. Adam was found guilty of breaking the government's new „buffer zones“ law, which criminalizes silent prayer and other actions that could „influence“ a person's decision within 200 meters of an abortion facility. He was sentenced to pay thousands of pounds in legal costs to the prosecution.

Now, I wish I could say that this was a fluke -- a one-off, crazy example of a badly written law being enacted against a single person. But, no, this last October, just a few months ago, the Scottish government began distributing letters to citizens whose houses lay within so-called „safe access zones,“ warning them that even private prayer within their own homes may amount to breaking the law.

Naturally, the government urged readers to report any fellow citizens suspected guilty of thoughtcrime.

In Britain, and across Europe, free speech, I fear, is in retreat.

And in the interest of comity, my friends, but also in the interest of truth, I will admit that sometimes the loudest voices for censorship have come not from within Europe but from within my own country, where the prior administration threatened

and bullied social media companies to censor so-called misinformation -- misinformation like, for example, the idea that coronavirus had likely leaped from -- leaked from a laboratory in China. Our own government encouraged private companies to silence people who dared to utter what turned out to be an obvious truth.

So, I come here today not just with an observation but with an offer. And just as the Biden administration seemed desperate to silence people for speaking their minds, so the Trump administration will do precisely the opposite, and I hope that we can work together on that.

In Washington, there is a new sheriff in town. And under Donald Trump's leadership, we may disagree with your views, but we will fight to defend your right to offer it in the public square, agree or disagree. (Applause.)

Now we're at the point, of course, that the situation has gotten so bad that, this December, Romania straight up canceled the results of a presidential election based on the flimsy suspicions of an intelligence agency and enormous pressure from its continental neighbors.

Now, as I understand it, the argument was that Russian disinformation had infected the Romanian elections, but I'd ask my European friends to have some perspective. You can belie-

ve it's wrong for Russia to buy social media advertisements to influence your elections. We certainly do. You can condemn it on the world stage even. But if your democracy can be destroyed with a few hundred thousand dollars of digital advertising from a foreign country, then it wasn't very strong to begin with. (Applause.)

Now, the good news is that I happen to think your democracies are substantially less brittle than many people apparently fear, and I really do believe that allowing our citizens to speak their mind will make them stronger still.

Which, of course, brings us back to Munich, where the organizers of this very conference have banned lawmakers representing populist parties on both the left and the right from participating in these conversations.

Now, again, we don't have to agree with everything or anything that people say, but when people represent -- when political leaders represent an important constituency, it is incumbent upon us to at least participate in dialog with them.

Now, to many of us on the other side of the Atlantic, it looks more and more like old, entrenched interests hiding behind ugly, Soviet-era words like „misinformation“ and „disinformation,“ who simply don't like the idea that somebody with an alternative viewpoint might express a different opinion, or, God

forbid, vote a different way, or, even worse, win an election.

Now, this is a security conference, and I'm sure you all came here prepared to talk about how exactly how you intend to increase defense spending over the next few years in line with some new target. And that's great, because as President Trump has made abundantly clear, he believes that our European friends must play a bigger role in the future of this continent. We don't think -- you hear this term, „burden sharing,“ but we think it's an important part of being in a shared alliance together that the Europeans step up while America focuses on areas of the world that are in great danger.

But let me also ask you, how will you even begin to think through the kinds of budgeting questions if we don't know what it is that we're defending in the first place?

I've heard a lot already in my conversations -- and I've had many, many great conversations with many people gathered here in this room -- I've heard a lot about what you need to defend yourselves from, and, of course, that's important. But what has seemed a little bit less clear to me and certainly, I think, to many of the citizens of Europe, is what exactly it is that you're defending yourselves for. What is the positive vision that animates this shared security compact that we all believe is so important?

And I believe deeply that there is no security if you are afraid of the voices, the opinions, and the conscience that guide your very own people.

Europe faces many challenges, but the crisis this continent faces right now, the crisis I believe we all face together, is one of our own making.

If you're running in fear of your own voters, there is nothing America can do for you. Nor, for that matter, is there anything that you can do for the American people who elected me and elected President Trump.

You need democratic mandates to accomplish anything of value in the coming years. Have we learned nothing, that thin mandates produce unstable results? But there is so much of value that can be accomplished with the kind of democratic mandate that I think will come from being more responsive to the voices of your citizens.

If you're going to enjoy competitive economies, if you're going to enjoy affordable energy and secure supply chains, then you need mandates to govern, because you have to make difficult choices to enjoy all of these things. And, of course, we know that very well in America.

You cannot win a democratic mandate by censoring your opponents or putting them in jail -- whether that's the leader of the opposition, a humble Christian praying in her own home, or a journalist trying to report the news. Nor can you win one by disregarding your basic electorate on questions like who gets to be a part of our shared society.

And of all the pressings -- challenges that the nations represented here face, I believe there is nothing more urgent than mass migration.

Today, almost one in five people living in this country moved here from abroad. That is, of course, an all-time high. It's a similar number, by the way, in the United States -- also an all-time high.

The number of immigrants who entered the EU from non-EU countries doubled between 2021 and 2022 alone. And, of course, it's gotten much higher since.

And we know the situation, it didn't materialize in a vacuum. It's the result of a series of conscious decisions made by politicians all over the continent, and others across the world, over the span of a decade.

We saw the horrors wrought by these decisions yesterday in this very city. And, of course, I can't bring it up again without thinking about the terrible victims who had a -- a beautiful win-

ter day in Munich ruined. Our thoughts and prayers are with them and will remain with them. But why did this happen in the first place?

It's a terrible story, but it's one we've heard way too many times in Europe and, unfortunately, too many times in the United States as well: an asylum seeker, often a young man in his mid-20s, already known to police, rams a car into a crowd and shatters a community.

How many times must we suffer these appalling setbacks before we change course and take our shared civilization in a new direction?

No voter on this continent went to the ballot box to open the floodgates to millions of unvetted immigrants. But you know what they did vote for? In England, they voted for Brexit. And agree or disagree, they voted for it. And more and more, all over Europe, they're voting for political leaders who promise to put an end to out-of-control migration.

Now, I happen to agree with a lot of these concerns, but you don't have to agree with me. I just think that people care about their homes. They care about their dreams. They care about their safety and their capacity to provide for themselves and their children.

And they're smart. I think this is one of the most important things I've learned in my brief time in politics. Contrary to what you might hear a couple mountains over in Davos, the citizens of all of our nations don't generally think of themselves as educated animals or as interchangeable cogs of a global economy, and it's hardly surprising that they don't want to be shuffled about or relentlessly ignored by their leaders.

And it is the business of democracy to adjudicate these big questions at the ballot box.

I believe that dismissing people, dismissing their concerns, or, worse yet, shutting down media, shutting down elections, or shutting people out of the political process protects nothing. In fact, it is the most surefire way to destroy democracy.

And speaking up and expressing opinions isn't election interference, even when people express views outside your own country, and even when those people are very influential.

And trust me, I say this with all humor, if American democracy can survive 10 years of Greta Thunberg's scolding, you guys can survive a few months of Elon Musk.

But what German democracy -- what no democracy -- American, German, or European -- will survive is telling millions of voters that their thoughts and concerns, their aspirati-

ons, their pleas for relief are invalid or unworthy of even being considered.

Democracy rests on the sacred principle that the voice of the people matters. There is no room for firewalls. You either uphold the principle or you don't.

Europeans, the people have a voice. European leaders have a choice. And my strong belief is that we do not need to be afraid of the future.

You can embrace what your people tell you, even when it's surprising, even when you don't agree. And if you do so, you can face the future with certainty and with confidence, knowing that the nation stands behind each of you.

And that, to me, is the great magic of democracy. It's not in these stone buildings or beautiful hotels. It's not even in the great institutions that we have built together as a shared society.

To believe in democracy is to understand that each of our citizens has wisdom and has a voice. And if we refuse to listen to that voice, even our most successful fights will secure very little.

As Pope John Paul II -- in my view, one of the most extraordinary champions of democracy on this continent or any other

-- once said, „Do not be afraid.“

We shouldn't be afraid of our people, even when they express views that disagree with their leadership.

Thank you all. Good luck to all of you.

God bless you. (Applause.)

Quelle:

Vance, J.D. (2025): Remarks by the Vice President at the Munich Security Conference. Digital: The American Presidency Project. <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-the-vice-president-the-munich-security-conference-0>

Wer ist J.D. Vance?

Vom prekären Unterschicht-Jungen zum knallharten US-Vizepräsidenten

Peter Foster

Er ist nach Donald Trump der umstrittenste US-Politiker überhaupt: J.D. Vance, seit Januar 2025 Vizepräsident der Vereinigten Staaten im republikanischen Kabinett von Präsident Donald Trump amtiert. Seine politische Karriere ist ungewöhnlich: Binnen weniger Jahre stieg er vom Trump-Kritiker und Hillbilly-Bestseller-Autor mit schwerer Jugend zum loyalen Verbündeten und schließlich zum zweiten Mann im Weißen Haus auf. Möglicherweise ist Vance der kommende Mann in den USA, zumal er den Rückhalt mächtiger Milliardäre wie Peter Thiel genießt. Seine radikalen Positionen sind berühmt-berüchtigt, seit er bei der Münchener Sicherheitskonferenz 2025 für Furore sorgte.

Herkunft und Aufstieg aus dem amerikanischen Stahl- und Rostgürtel

James David „J.D.“ Vance wurde 1984 in Middletown, Ohio, als James Donald Bowman in eine weiße Arbeiterfamilie mit Wurzeln in Appalachia geboren. Und zeitweise hieß er auch James Hamel.

Sein Vater Donald hatte die Familie früh verlassen; seine drogenabhängige Mutter Beverly Carol Vance konnte sich nicht alleine um die Kinder kümmern.

Bowmans mütterliche Familie stammt aus dem Breathitt County im US-Bundesstaat Kentucky und zog nach Middletown im Rust Belt, wo er in einer Arbeiterfamilie aufwuchs, die durch wirtschaftlichen Wandel, Arbeitslosigkeit, Scheidung und Drogenkonsum ihren Halt verlor. Die Region war von Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit, Drogenmissbrauch und sozialem Abstieg geprägt – Erfahrungen, die Vance später politisch und literarisch nutzte – auch geschäftlich.

Aufgewachsen in einem instabilen Elternhaus mit einer drogenabhängigen Mutter, prägten ihn vor allem seine Großeltern mütterlicherseits, die aus den Appalachen stammten. Diese kümmerten sich vor allem um James David und seine Schwester. In seinem Buch »Hillbilly Elegy« schilderte der Au-

tor J.D. Vance sie als moralischen und emotionalen Rückhalt seiner Kindheit. Nach der High School trat James Bowman/James Hamel/J.D. Vance dem US Marine Corps bei und diente 2003 im Irak, bevor er als »Aufsteigerkind« den Sprung an die Eliteuniversität schaffte.

Seine geradezu sagenhafte Biografie mit allen Facetten vom Rust-Belt-Jungen, der in einer strukturschwachen Region mit hoher Arbeitslosigkeit in prekären Verhältnissen aufgewachsen ist, über den Militärdienst bis zur Ivy League sollte später zum politischen Markenzeichen von Bowman/Vance werden.

Bildung, Karriere, Nameswechsel und der Bestseller „Hillbilly Elegy“

James D. Bowman, der spätere James Hamel und noch spätere J.D. Vance, studierte nach seinem Militärdienst Politikwissenschaft an der Ohio State University und anschließend Jura in Yale. An dieser prestigeträchtigen Uni lernte er seine spätere Ehefrau Usha Chilukuri kennen, eine Juristin indischer Herkunft, mit der er heute drei Kinder hat. Und damit wären wir beim vorläufigen Ende der wechselvollen Namensgeschichte:

Nach der Scheidung seiner Eltern trug Bowman ab den frühen 1990er-Jahren zunächst den Nachnamen seines Adoptivvaters Bob Hamel, des dritten Ehemanns seiner Mutter, die ihm damals auch die neuen Vornamen James David gab. Anlässlich seiner Hochzeit im April 2013 nahm er dann zu Ehren seiner Großeltern James und Bonnie Vance den Namen James David Vance an. Er wurde im protestantischen Glauben erzogen, konvertierte jedoch 2019 zum Katholizismus. Bis 2017 lebte Vance mit seiner Familie in San Francisco, bevor sie in seine Heimatregion nach Columbus (Ohio) zurückzogen.

Nach dem Abschluss seines Jurastudiums arbeitete JD Vance zunächst bei der internationalen Anwaltskanzlei Sidley Austin LLP. 2016 wechselte er zu einer Investmentfirma in San Francisco, die zu Peter Thiels Unternehmensgruppe gehörte, und wurde dort Geschäftsführer von Mithril Capital, Thiels Investmentgesellschaft. Ein Jahr später trat Vance als Investmentpartner in das von Steve Case gegründete Unternehmen Revolution LLC ein, wo er den Ausbau der Initiative Rise of the Rest leitete – ein Programm, das Investitionen in aufstrebenden Regionen außerhalb der bekannten Technologiezentren wie dem Silicon Valley und New York fördert.

2019 gründete Vance mit Unterstützung von Peter Thiel, Eric Schmidt und Marc Andreessen die Investmentfirma Narya Capital und sammelte dafür 2020 rund 93 Millionen US-Dol-

lar ein. Gemeinsam mit Thiel und dem früheren Trump-Berater Darren Blanton beteiligte er sich außerdem nach Medienberichten an der kanadischen Videoplattform Rumble, die besonders in rechten politischen Kreisen Anklang findet.

International bekannt wurde Vance 2016 mit seinem Memoir »Hillbilly Elegy: A Memoir of a Family and Culture in Crisis« (Hillbilly-Elegie. Die Geschichte meiner Familie und einer Gesellschaft in der Krise), in dem er seine Kindheit in einer von Armut, Drogen, Gewalt und Perspektivlosigkeit geprägten weißen Arbeiterkultur beschreibt. Bewohner der ländlichen, gebirgigen Regionen der USA – etwa in den Appalachen oder den Ozarks – werden häufig abwertend als »Hillbillies« bezeichnet, ein Ausdruck, der dem deutschen »Hinterwäldler« oder zurückgebliebenen Provinzler entspricht.

Das Buch erschien unmittelbar nach Donald Trumps Wahlsieg 2016 und wurde von vielen Medien als Schlüsseltext zum Verständnis des Unmuts der weißen Arbeiterschicht im Rust Belt gelesen. Vance inszeniert sich darin als Musterbeispiel eines Aufsteigers, dem der amerikanische Traum durch harte Anstrengung gelingt: ein Kind aus prekären Verhältnissen, das über Militär, Bildung und persönliche Disziplin den Weg nach oben schafft, ohne das Herkunftsmilieu romantisch zu verklären oder zu vernachlässigen.

»Hillbilly Elegy« wurde ein Bestseller. In Deutschland wurde die Erstauflage von Ullstein verlegt. Nachdem sie vergriffen war, nahm Ullstein das Buch aus dem Programm. Ullstein ließ die Lizenz auslaufen und verzichtete auf Nachdruck angesichts von Vances Rolle als Trump-Running-Mate; begründet wurde das politisch-inhaltlich. In den USA sorgte 2020 mitten im Wahlkampf eine Netflix-Verfilmung unter der Regie von Ron Howard für Schlagzeilen. Das Memoir sicherte Vance zahlreiche Talkshow-Auftritte, Interviews und Reden in der amerikanischen Debatte über Klasse, Armut und Populismus.

Das Buch polarisierte extrem: Während es von konservativen Kommentatoren als Analyse kultureller Pathologien gefeiert wurde, kritisierten progressive Stimmen die Heldenstory zu Vance und die Ausblendung struktureller Ursachen wie Deindustrialisierung und politisches Versagen. Hinzu kommt, dass Vance seinen Aufstieg ja vor allem den Millionen Dollar von Milliardär Peter Thiel zu verdanken hatte.

Vom Trump-Skeptiker zum Trump-Vize

Politisch begann Vance als klassischer und zunächst eher Trump-kritischer Konservativer. Während des Wahlkampfes 2016 äußerte er sich öffentlich skeptisch über Trumps Eig-

nung und dessen Reden. Im Juli 2016 veröffentlichte Vance in The Atlantic einen weithin beachteten Beitrag, in dem er Donald Trump als „ungeeignet für das Amt des US-Präsidenten“ bezeichnete. Er kritisierte, Trump erkläre seine populistischen Vorhaben nie konkret, weil er dazu schlicht nicht in der Lage sei. Mit Blick auf die US-Opioidkrise schrieb Vance, Trumps Versprechen wirkten wie eine Injektion in Amerikas „kollektive Vene“ und bezeichnete ihn sinnbildlich als eine Art „kulturelles Heroin“. In einer privaten Nachricht an einen ehemaligen Studienfreund äußerte Vance außerdem, er wisse nicht, ob Trump eher einem „zynischen Charakter wie Nixon“ gleiche oder sogar „Amerikas Hitler“ sei. In Deutschland war dies unter anderem im SPIEGEL (17. Juli 2024) zu lesen.

Spätestens mit Trumps Präsidentschaft setzte jedoch ein radikaler Kurswechsel ein: Vance rückte öffentlich an die Seite des Präsidenten, übernahm zunehmend dessen populistisch-nationalkonservativen Stil und rechtfertigte seinen Sinneswandel mit der Behauptung, Trump habe als Präsident wichtige Versprechen eingelöst. Sein Studienkollege wurde im SPIEGEL so zitiert: » »Er hat entschieden, dass Trump die einzige Möglichkeit ist, seine Wut auszuleben«.

Ideologisch lässt sich J.D. Vance dem »national conservatism« und der New-Right-Strömung zuordnen, die wirtschaftlichen Protektionismus, kulturellen Konservatismus, Skepsis

gegenüber liberalen Institutionen und mit einer Ablehnung staatlicher Institutionen kombiniert. Er vertritt eine postliberale nationalistische Wirtschaftsagenda, solange sie dem Prinzip »America First« dient.

2022 kandidierte Vance mit Trumps Unterstützung für einen Senatsitz im Bundesstaat Ohio. Nach einem hart umkämpften republikanischen Vorwahlkampf, in dem er sich im Sinne Trumps und Thiels als MAGA-Kandidat (Make America Great Again) profilierte, gewann er die Nominierung und setzte sich schließlich gegen den Demokraten Tim Ryan durch. Im Senat profilierte er sich als Verfechter einer harten Migrationspolitik, einer industriepolitischen Revitalisierung des Mittleren Westens, als Kritiker von Militärhilfen für die Ukraine und als scharfer Gegner der Demokraten unter der Regierung Biden.

Die Wahl zum Vizepräsidenten 2024

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2024 suchte Donald Trump einen jungen, medienerfahrenen Kandidaten mit biografischer »Blue-Collar-Story«, der die weiße Arbeiterbasis und kulturell konservative Wähler binden konnte. Im Juli 2024 wählte er Vance als Running Mate – eine Entscheidung, die viele Beobachter überraschte, da Vance erst seit zwei Jahren

im Senat saß und kaum nationale Wahlkampf Erfahrung hatte. Aber es war ein Glücksfall für beide, wenn auch nicht für Amerika und die Welt. Die haben nun ein Duo Infernal als Gesprächspartner.

Am 5. November 2024 gewann dieses Duo Infernal entgegen vieler Prognosen die Wahl gegen die demokratischen Kandidaten Kamala Harris und Tim Walz. Vance wurde damit zum designierten Vizepräsidenten und trat am 10. Januar 2025 aus dem Senat zurück. Am 20. Januar 2025 legte er den Amtseid als 50. Vizepräsident der Vereinigten Staaten ab. Mit 40 Jahren wurde der erzkonservative Hardliner einer der jüngsten Vizepräsidenten der amerikanischen Geschichte. Mit diesem Kulturkämpfer werden Deutschland und die Europäer noch viel Ärger bekommen. Das gilt in besonderem Maße auch für die Ukraine, wie Präsident Selenskyj bereits im Oval Office zu spüren bekam. Bei einem offiziellen Treffen im Oval Office am 28. Februar 2025 zwischen US-Präsident Donald Trump, US-Vizepräsident J.D. Vance und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj kam es zu einem offenen Eklat. Das war ein Fall von politischer Erpressung. Trump und Vance warfen Selenskyj vor, respektlos zu sein und nicht ausreichend Kompromissbereitschaft zu zeigen. Sowohl Trump als auch Vance äußerten während der Sitzung scharfe Kritik an Selenskyjs Haltung.

Generationenkapital:

Realinvestitionen statt Aktienrente

von Frank Hoffer

Der Anteil der über 67-Jährigen wird von aktuell 20 % bis 2036 auf 24 % der Bevölkerung steigen. Sollen die Alten nicht verarmen, muss ein wachsender Teil des Volkseinkommens für Rentenzahlungen und Pflegeleistungen aufgewandt werden. Mit den gezielten Maßnahmen kann die demografische Herausforderung gemeistert werden:

- statt zukunftsfeindlicher Schuldenbremse eine vorausschauende staatliche Investitionspolitik in Bildung, Infrastruktur und die ökologische Transformation, um ausreichende Produktivitätszuwächse zu gewährleisten,
- eine den individuellen Erwerbsbiografien Rechnung tragende und die Entwicklung der Lebenserwartung berücksichtigende Festsetzung der Lebensarbeitszeit,

- die Berücksichtigung der überdurchschnittlichen Lebenserwartung der Besserverdienenden bei den Rentenversicherungsbeiträgen,
- eine substantielle progressive Erbschaftsteuer, bei der die Vermögen der sterbenden Rentner zur Finanzierung der Neurentner beitragen,
- eine hohe Erwerbstätigenquote,
- eine moderate Anhebung der Rentenversicherungsbeiträge,
- eine schrittweise Einbindung aller Einkommensbezieher in die gesetzliche Rentenversicherung.

Risikobehaftet und nicht zielführend ist dagegen das von der gescheiterten Koalition geplante kreditfinanzierte Generationenkapital. Durch den Koalitionsbruch liegt es auf Eis. Aber es steht zu befürchten, dass die Idee einer kapitalgedeckten Altersvorsorge auch in der neuen Regierung aufgegriffen wird.

Dabei trägt das Generationenkapital weder zur Generationengerechtigkeit noch zur nachhaltigen Finanzierung der Renten bei. Im Rahmen des Generationenkapitals sollten bis 2045 ca. 430 Mrd. Euro an Staatsschulden aufgenommen werden. Ab 2036 sollten dann jährlich 10 Mrd. Euro an die Rentenkasse abgeführt werden. Dies entspräche etwa 0,3 bis 0,4 Pro-

zentpunkten des Rentenversicherungsbeitrags, der nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales von 22,7 % auf 22,3 % gesenkt werden könnte. Dafür wäre bei Schuldzinsen von ca. 2,5 % eine Brutto-Rendite von 7,5 % erforderlich. Im Vergleich: die deutschen Lebensversicherer versprechen zurzeit einen Garantiezins von 1 %. Der norwegische Staatsfonds konnte zwischen 1998 und 2023 eine inflationsbereinigte Netto-Rendite von 3,8 % pro Jahr erzielen. Bei einer vergleichbaren Rendite blieben im Fall des Generationenkapitals abzüglich der Schuldzinsen eine Netto-Rendite von 1,3 % oder magere 2,6 Mrd. Euro im Jahr 2036.

Bei Bündnis 90/Die Grünen heißt das Generationenkapital Bürger:innenfonds. Auch dort will man Kredite aufnehmen und am Kapitalmarkt Überschüsse erzielen. Allerdings soll der Fonds zusätzliche Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen und besonders in Starts-ups und Wachstumsunternehmen investieren. Diese Festlegung auf Nachhaltigkeit macht es auf keinen Fall leichter ambitionierte Renditeziele zu erreichen. Die Erlöse sollen nicht zur allgemeinen Finanzierung, sondern zur Erhöhung von niedrigen und mittleren Renten genutzt werden. Wie das konkret geschehen soll, findet sich im Wahlprogramm nicht.

Die Union schlägt eine kapitalgedeckte Frühstart-Rente vor. Der Staat soll monatlich für jedes Kind zwischen 6 und 18 Jahren 10 Euro in ein Kapitalmarktd Depot einzahlen, dass dann bei Eintritt ins Rentenalter verrentet werden kann. Auf einem Bierdeckel kalkuliert, soll der Staat jährlich ca. 1 Mrd. Euro an den Kapitalmarkt transferieren, damit bei einer Rendite von 6 % im Jahr 2085 ein Rentenbetrag von 170 Euro (50 Euro zu heutigen Preisen) gezahlt werden kann. Auch dies ist kein wesentlicher Beitrag zur Finanzierung der Alterssicherung.

Statt Kredite für Realinvestitionen aufzunehmen, hofft man auf eine immerwährende Aktienhausse. Zwar sind die Aktienkurse in den vergangenen Jahren rasant gestiegen. Wer jetzt einsteigt, dürfte in den nächsten Jahren aber kaum mit vergleichbaren Wachstumsraten rechnen können. Es besteht vielmehr ein erhebliches Verlustrisiko. Insbesondere weil weltweit bei zahlreichen Pensionsfonds die Ansparphase abgeschlossen ist und jetzt die Auszahlungen gleich oder größer als die Zuflüsse sind. Damit werden Pensionsfonds tendenziell von institutionellen Aktienkäufern zu -verkäufern und fallen als systemische Kurstreiber aus. Sollten die Aktienkurse einbrechen, könnten die Schulden den Kapitalwert eines Fonds schnell übersteigen. Es würden zusätzliche Schuldzinszahlungen anfallen. In dem Maße, in dem die gesteigerte Nach-

frage die Kurse tatsächlich nach oben treibt, erhöht sich die Vermögensungleichheit, weil Aktienbesitzer, die überwiegend zum betuchteren Teil der älteren Generation gehören, noch reicher werden. Statt sich nach dem Münchhausenprinzip an den eigenen Schulden aus dem Sumpf ziehen zu wollen, kann die Rentenversicherung durch die genannten Maßnahmen zukunftsfest gemacht und sozial und generationengerecht ausgestaltet werden.

Dr. Frank Hoffer

Global Labour University

© Der Autor 2025

Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Erstdruck:

Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. 105. Jahrgang, 2025 · Heft 2 · S. 81 · JEL: H50, H55

DOI: 10.2478/wd-2025-0023



Ein Highlight in der Mannheimer Ausstellung. Arno Henschels Dame mit Maske.
Ausstellungsfoto: Armin König.

Knallige Coolness - große Namen

Beckmann, Dix, Grosz &/ Co Welch fulminante Ausstellung

Die Neue Sachlichkeit in der Mannheimer
Kunsthalle – Ein Jahrhundertjubiläum

Mit Arno Henschels Gemälde „Dame mit Maske“ (1928) wirbt die Mannheimer Kunsthalle für die aktuelle Jubiläumsausstellung „Die Neue Sachlichkeit – Ein Jahrhundertjubiläum“, die rund 230 Exponate von 124 Künstlerinnen und Künstlern umfasst. Henschels Werke, insbesondere die „Dame mit Maske“, sind eng mit dem Mannheimer Jubiläum verknüpft und wirken wie ein visueller Kristallisationspunkt zwischen 1920er-Jahren, ihrer „Neuen Sachlichkeit“ und der Ausstellung 2024/25. Das Bild ist hervorragend gewählt für eine phänomenale Schau, die ambitioniert und durchaus auch ambivalent ist.

Für das Publikum ist diese Jubiläumsausstellung aus vielen Gründen extrem spannend und attraktiv: Knallige Farben, coole Bilder, die die kalte Digital-Ästhetik der 2010er Jahre vorwe-

**gnahmen, sozialkritische Sujets, Antizipation des Schreckens
– das passt alles.**

**»Die Dinge zeigen, wie sie sind: alles viel einfacher, viel
düsterer, ganz nackt, klar, fast ohne Kunst«.**

So beschrieb der Maler Otto Dix den Stil der Neuen Sachlichkeit vor hundert Jahren. Wegen dieses ernüchterten Blicks auf eine Krisenzeit – sicher auch wegen der wieder erstarkenden Rechten – erinnert die Neue Sachlichkeit an unsere eigenen Zwanziger.



Das Urplakat von 1925: Die Neue Sachlichkeit.

Es war eine legendäre Schau: Die Mannheimer Ausstellung »Die neue Sachlichkeit. Deutsche Malerei seit dem Expressionismus« im Jahr 1925 war ein fulminantes Ereignis.

Dem jungen Mannheimer Kunsthallen-Direktor Gustav F. Hartlaub gelang der Coup, nicht nur das Publikum zu begeistern, sondern auch einer ganzen Epoche den Begriff der „neuen Sachlichkeit“ zu geben. So kann Kunst in Gesellschaft und Politik ausstrahlen. Weit über seine kunsthistorische Bedeutung hinaus ist der Begriff „Neue Sachlichkeit“ zum Synonym für den kulturellen Aufbruch der 1920er-Jahre geworden – und für die in Kunst, Architektur und Literatur zu beobachtende Rationalität und sachliche Präzision, die als Reaktion auf die großen politischen und sozialen Umwälzungen dieses Jahrzehnts gelten kann.

Der ebenso geniale wie gnadenlos realistisch malende Otto Dix brachte es auf den Punkt: »Die Dinge zeigen, wie sie sind: alles viel einfacher, viel düsterer, ganz nackt, klar, fast ohne Kunst«. Ähnlich klingt es bei George Grosz, dem malenden Mega-Sozialkritiker: »Der Verist hält seinem Zeitgenossen den Spiegel vor die Fratze. Ich zeichnete und malte aus Widerspruch und versuchte diese Welt zu überzeugen, dass sie hässlich, krank und verlogen ist.« Die Bilder waren damals eine Sensation und sorgten für heftige Debatten.

Hundert Jahre später widmet die Kunsthalle Mannheim dem Phänomen »Neue Sachlichkeit« eine große Ausstellung, die sowohl die damalige Leistung würdigt, sie aber auch kritisch hinterfragt und ergänzt, vor allem um das Schaffen von Künstlerinnen, war doch in der Ausstellung von 1925 keine einzige Frau vertreten. Dabei waren Frauen schon damals bedeutende Künstlerinnen. Erinnerung sei an Marthe Donas, die zeitweilige Frau von Alexander Archipenko, oder Paula Modersohn-Becker.

Immerhin kommen jetzt einige wenige Frauen in Mannheim als Kontrastprogramm ins Spiel: Die legendäre Jeanne Mammen, Lotte Laserstein, Anita Rée, Kate Diehn-Bitt – die Jubiläumsausstellung betont sie programmatisch, um den blinden Fleck der rein männlich besetzten Schau von 1925 zu korrigieren. Hier beginnt die Ambivalenz der neuen Mannheimer Schau im 21. Jahrhundert.

Ungeachtet dessen ist sie brillant kuratiert. Die Kuratorinnen und Kuratoren haben thematische Kapitel aufgeschlagen zum Zeitgeschehen, zu Alltag, Industrialisierung, Mobilität, Menschenbild, Frauenbild sowie Stillleben und Landschaft, die die heterogene Bewegung der Neuen Sachlichkeit als Epoche der Brüche und Kontraste neu rahmten.

Mit rund 200 bis 230 Arbeiten von knapp 100 Künstlerinnen und Künstlern aus internationalen Leihgaben und der eigenen Sammlung erzeugt die spektakuläre Ausstellung eine beeindruckende Panorama-Wirkung. Sie erfordert allerdings vom Publikum Ausdauer, auch physisch, die Bereitschaft zu intensiver Wahrnehmung und Schockeffekten. Dass bei dieser unglaublichen Fülle nicht auch noch differenziert werden konnte zwischen veristisch-gesellschaftskritisch, klassizistisch-»magisch-sachlich« und weiteren Varianten, lässt sich verschmerzen.

Die etablierten Protagonisten – George Grosz, Otto Dix, Max Beckmann, Christian Schad, Georg Scholz oder Karl Hubbuch – bilden die tragenden Pfeiler der Inszenierung. Gerade die beißenden Gesellschaftsbilder von Grosz und Dix, die in Mannheim in konzentrierter Form präsent waren, demonstrierten eindrucksvoll, wie eng die neusachliche Bildsprache mit den politischen und sozialen Verwerfungen der Weimarer Republik verknüpft bleibt. Besonders die Portraitsektionen – mit psychologisch zugespitzten, zugleich kühl distanzierenden Köpfen – wirkten im Jahr 2025 wie ein Kommentar zu einer spätmodernen Gesellschaft zwischen Erschöpfung und Selbstinszenierung.

Hier kommen neben den bekannten »Helden« Grosz, Dix, Beckmann, Schad oder Hubbuch auch andere Maler wie Ru-

dolf Schlichter oder Arno Henschel zu Ehren. Rudolf Schlichter wurde am 6. Dezember 1890 in Calw geboren und wuchs in einfachen Verhältnissen auf. Sein Bruder Max ermöglichte ihm das Kunststudium an der Großherzoglichen-Badischen Akademie in Karlsruhe. Nach dem Ersten Weltkrieg zog er nach Berlin, wo er Teil der künstlerischen Moderne wurde und mit Persönlichkeiten wie Bertolt Brecht und George Grosz verkehrte.

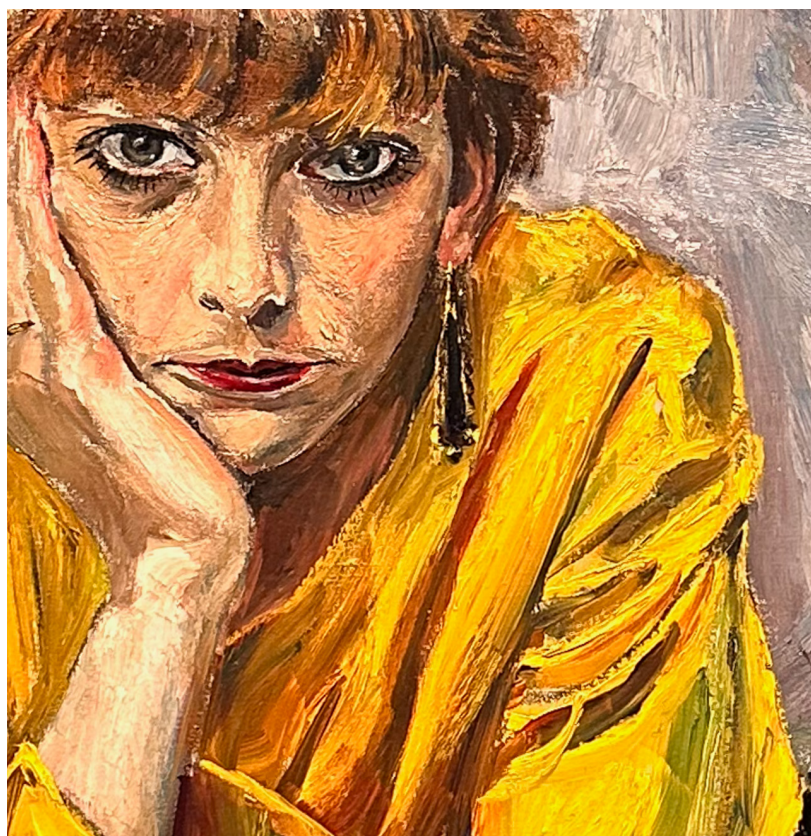
Mit Egon Erwin Kisch (1885–1948) porträtierte Schlichter einen der bekanntesten Journalisten der Weimarer Republik.

Als »der rasende Reporter« ging Kisch, einer ersten Investigativjournalisten Deutschlands, in die Geschichte ein. Es ist ein exzellentes Porträt, das neben privaten Lebensumständen auch das Politische und den Sport (Fußball) charakterisiert. Der berühmte Journalist Kisch steht vor dem „Romanischen Café“ in Berlin, das in den 1920er-Jahren ein Treffpunkt von Kunstschaffenden und Intellektuellen war. Als Kommunist mit jüdischer Herkunft wurde Kisch 1933 verhaftet und dann aus Deutschland ausgewiesen. Durch die knallige gelbe Farbe wirkt Schlichters Bild „Speedy mit Katze“ außergewöhnlich intensiv.

Schlichter hatte sich zunächst in politisch linken Organisationen organisiert. Er war sogar von 1919 bis 1927 Mitglied der KPD. Aber dann sorgte eine Frau für eine radikale Kehrt-



Rudolf Schlichter: Kisch.



Rudolf Schlichter: Speedy mit Katze. Ausschnitt.

wende: Speedy. Ende der 1920er Jahre distanzierte er sich von der Berliner Avantgarde und wandte sich unter dem Einfluss seiner Frau Speedy dem Katholizismus zu. Mit seiner Hinwendung zum nationalkonservativen Kreis um Ernst Jünger sowie seinem antiliberalen Antisemitismus vollzog Schlichter einen endgültigen Bruch mit seiner Vergangenheit.



Rudolf Schlichter: Speedy mit Katze.

Ein weiterer Vertreter der Neuen Sachlichkeit war Arno Henschel, mit dessen Masken-Frau die aktuelle Ausstellung wirbt. Arno Henschel (1897–1945) gehört zur Generation der Künstler, die die Neue Sachlichkeit nicht in den großen Metropolen prägten, sondern in der „Provinz“ der Oberlausitz zu einer eigenständigen, stilleren Ausprägung weiterentwickelten. Nach expressionistischen Anfängen studierte er 1925/26 an der Breslauer Akademie bei Carlo Mense und Alexander Kanoldt explizit im neusachlichen Kontext – also genau in jenem Milieu, das auch in Mannheim immer wieder als „Schule der Coolness“ der Zwischenkriegszeit heraufbeschworen wird.



Arno Henschel: Dame mit Maske (Ausschnitt).

Seine Porträts und Figurenbilder – etwa die vielfach reproduzierte „Dame mit Maske“ von 1928 – verbinden die kühle, präzise Zeichnung der Bewegung mit einer poetischen, beinahe stillgestellten Atmosphäre. Anders als bei Dix oder Grosz steht hier nicht die gesellschaftliche Anklage im Vordergrund, sondern eine sachlich-poetische Konzentration auf menschliche Präsenz, Kleidung, Gestik und Requisiten, die sich hervorragend als Gegenpol zu den bekannteren „Schreckensbildern“ der Weimarer Zeit eignet.

Henschel ist zugleich ein Beispiel dafür, wie Künstler der Neuen Sachlichkeit sich in den Nazijahren durchschlugen, ohne zu Propagandisten zu werden. Seine stilistisch gemäßigte, altmeisterlich genaue Malweise und der Rückzug auf Landschaften, Pflanzen und repräsentative Porträts machten ihn für lokale Aufträge – Restaurierungen, Wandbild im Görlitzer Rathaus, heraldische Arbeiten – brauchbar, ohne dass er von der NS-Kulturpolitik als Leitfigur vereinnahmt worden wäre. In der Forschung wird deshalb betont, dass Henschel zwar weiterarbeiten konnte und 1937 etwa den Schlesischen Kunstpreis erhielt, aber nicht zu den »gottbegnadeten« Künstlern zählte, die Goebbels gezielt förderte. Im Kontext der Mannheimer Ausstellung kann er als Beispiel für jene Grauzonen-Existenzen der Neuen Sachlichkeit gelten, die sich in Nischen behaupteten und dennoch im Krieg buchstäblich untergingen.

Henschels Tod als Soldat der Wehrmacht nahe Posen im März 1945 schließt sein Werk mit einer biografischen Zäsur, die die politisch prekäre Stellung dieser Künstlergeneration tragisch bündelt.

Auch Christian Schad wäre zu nennen, dessen unterkühlte, fast gläserne Porträts exemplarisch für eine neusachliche Kälte standen, Karl Hubbuch, Georg Scholz, Georg Schrimpf und viele andere. Die Werke sind eben nicht nur stilgeschichtlich exemplarisch bedeutsam, sondern auch als Zeugnisse einer demokratischen Zwischenzeit, deren Ende wir kennen. Wir wissen heute um die folgenden Katastrophen jener Zeit. Das macht die Schau eben auch beklemmend aktuell.

Müssen wir Ähnliches befürchten? Wir können mahnen und sagen: „Nie wieder“ und die Erinnerung aufleben lassen. Das gelingt mit der spektakulären Mannheimer Schau. Die Ausstellung war in ein stadtweites Jubiläumsprogramm »Die 1920er-Jahre in Mannheim« eingebettet, das mit weiteren Ausstellungen und Veranstaltungen das Thema von der Kunsthalle in die Stadtgesellschaft verlängerte.

Armin König (Text und Fotos)



Karl Hofer: Tiller Girls.



Rudolf Schlichter: Portrait Carola Neher.



Heinrich Zernack: Frl. Bürhle.



Charley Toorop. Selbstportrait.

Inhalt Polygon 4

Polygon 4 (1/2025) bündelt mehrere große politische und kulturpolitische Themen des Jahres 2024/25 und dokumentiert zentrale Originalreden.

Leitmotiv und Editorial

Das Heft steht unter dem Eindruck eines „Winters des Machtvakuumms“ in Deutschland: Regierungssturz der Ampel, Interregnum, Vertrauensverlust der politischen Mitte und Erstarken rechtsextremer Kräfte. Parallel dazu wird die Münchener Sicherheitskonferenz 2025 mit der konfrontativen Rede von USVizepräsident J.D. Vance und der Antwort von Bundespräsident Steinmeier als zweites Großthema gesetzt. Polygon positioniert sich explizit als Zeitschrift für „heftige Debatten“.

Deutsche Innenpolitik: Interregnum und Vertrauenskrise
Im Kernessay „Der Winter des Machtvakuumms: Interregnum, ChaosPhase, Verstörungen“ rekonstruiert Armin König den Zerfall der Ampelkoalition und die daraus folgende Minderheitsregierung von SPD und Grünen. Die FDP wird als treibende Kraft einer Blockade und Sabotagepolitik analysiert, Christian Lindner als „Verantwortungsverweigerer“, dessen DDayPlan und SchuldenbremsenDogmatismus die Regierung handlungsunfähig machen.

Detailliert nachgezeichnet werden:

- die Entlassung Lindners durch Olaf Scholz,

- die Vertrauensfrage nach Art. 68 GG,
- die Rolle von Merz, Wagenknecht, AfD und FDP in der Zuspitzung,
- die Debatte im Bundestag mit zentralen Reden von Scholz, Merz, Habeck, Lindner, Mützenich, Weidel, Dobrindt und Dürr,
- die verfassungsrechtlichen und politikwissenschaftlichen Einordnungen (u. a. Korte, Wagschal).

Die Redaktion arbeitet heraus, dass Deutschland in einer Phase außenpolitischer Bedrohung innenpolitisch gelähmt ist, die Regierungsauflösung eine destabilisierende Übergangsphase („Interregnum“) erzeugt und populistische Kräfte von der Schwäche der Mitte profitieren.

Scholz, Merz, Lindner: Personen und Machtkonflikte
Mehrere Artikel widmen sich den Spitzenakteuren:

„Olaf Scholz ist ein Gescheiterter“

- Scholz wird als falscher Mann zur falschen Zeit beschrieben – führungsschwach, zögerlich, kommunikativ defizitär. Die gescheiterte „Zeitenwende“, verpasste Chancen in Europa und Sicherheitspolitik sowie sein Umgang mit der Ukraine-Frage gelten als Belege.

„Wird Friedrich Merz Bundeskanzler? Viel spricht dafür“ /
„Warum wir uns auf einen LeitkulturWolf einstellen müssen“

- Merz wird als machtaffiner, autoritärer, aber systematisch arbeitender Profi der Macht analysiert, der die CDU „entmerkt“, konservativ zuspitzt und bewusst mit polarisierenden

Migrationsthemen und der Aufweichung der Brandmauer zur AfD spielt. Zugleich wird seine Unbeherrschtheit und populistische Rhetorik (AsylAbstimmung mit AfDStimmen, „faktisches Einreiseverbot“, Drohung mit Richtlinienkompetenz) kritisch seziert.

Lindner und die FDP

- In der Analyse der Vertrauensfrage und der Rolle des ExFinanzministers wird Lindner als Motor der Austeritätspolitik und als Drahtzieher eines „IntrigantenSzenarios“ beschrieben, dessen ökonomischer Kurs die Investitions und Strukturkrise vertieft.

Ukrainekrieg und NATO-Belastung

- Im Beitrag „Ukraine: Kampf ums Überleben und die Zerreißprobe für die Nato“ schildert König die militärische Lage der Ukraine, die russische Zermürbungsstrategie und die unzureichende, inkonsistente Antwort des Westens.

Schwerpunkte:

- Putins Angriffskrieg, hybride Kriegsführung, Unterstützung durch europäische Rechtsextreme,
- die innere Spaltung in Deutschland (SPDLinke, BSW, Putins Verständnis unter Teilen der Linken),
- Scholz' zögerliche Ukrainepolitik und Konflikte mit Grünen und FDP (Debatten um Luftverteidigung, Taurus, Munitionsinitiativen),
- die Rolle von Baerbock, Habeck, Pistorius, Strack-Zimmer-

mann und Merz als „Druckmacher“ einer stärkeren Unterstützung,

- die strukturellen Schwächen der NATO und die Blockaden durch Akteure wie Orbán.

Das Ergebnis ist das Bild einer „Zerreißprobe“ für NATO und EU, in der Deutschlands Führungsschwäche besonders ins Gewicht fällt.

Nahostkonflikt, HamasMassaker und Israels Antwort

Der Text „Nahost: Eskalation im Gazastreifen und die Geiselfrage“ rekonstruiert:

- den HamasAngriff vom 7. Oktober 2023 (Massaker, Geiselnahmen),
- die erste Solidaritätswelle mit Israel und Scholz' historische Bundestagsrede zur Staatsräson,
- den Übergang zu einer massiven, völkerrechtlich hoch umstrittenen israelischen Militärpolitik im Gazastreifen (Zerstörung, Vertreibungen, humanitäre Katastrophe),
- die Rolle Netanjahus, innerisraelische Konflikte und die Geiselpromessen,
- die zunehmende moralische und diplomatische Zwickmühle Deutschlands zwischen historischer Verantwortung für Israel und Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung.

Der Beitrag zeigt den wachsenden Graben in Gesellschaft und Politik und fragt nach der Fähigkeit Deutschlands, eine verantwortliche Nahostpolitik zu formulieren.

Makroanalyse

Außenpolitische Krisen und deutsche Handlungsunfähigkeit

In einer Verdichtung („Olaf Scholz ist ein Gescheiterter“) und in den Schlusskapiteln des InterregnumEssays wird die Gleichzeitigkeit mehrerer Großkrisen betont:

- russischer Angriffskrieg,
- erneute Trump-Präsidentschaft,
- interne EU-Konflikte,
- Nahost-Eskalation.

Deutschland wird als »versagende europäische Führungsmacht« porträtiert, die wegen innenpolitischer Krisen außenpolitisch kaum noch gestaltend handeln kann. Die Hauptverantwortung dafür schreibt der Autor Lindner/FDP und dem Kanzler Scholz zu.

Transatlantischer Bruch: Vance in München – „There Is A New Sheriff In Town“

Unter dem Titel „There Is A New Sheriff In Town: Vance und der Scheidebrief am Valentinstag“ analysiert Polygon die Rede von US-Vizepräsident J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 als Epochenbruch:

- Vance attackiert Europa frontal: Vorwurf von Zensur, Einschränkung der Meinungsfreiheit, »Massenmigration« als Hauptbedrohung.

- Er fordert das Aufbrechen der Brandmauer gegenüber rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien, benennt migrationskritische Kräfte implizit als legitime Partner.
- Die Rede wird als »undiplomatische Verbalkriegsdepesche« und »kultureller Scheidebrief« gewertet, als Beginn eines systematischen Kulturkampfes der USA gegen eine liberale EU.
- Dem gegenüber stellt das Heft Steinmeiers Eröffnungsrede (»Diplomatie ist kein Käfigkampf«) als Gegenentwurf einer regelbasierten, multilateralen Ordnung, inklusive seiner Warnung vor Regellosigkeit, Entgleisung der TechEliten und Gefahr für die Demokratie.

Dokumentation zentraler Reden

Polygon dokumentiert in voller Länge:

- Rede von Bundespräsident FrankWalter Steinmeier zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz 2025: Bekenntnis zu Europa, NATO und Völkerrecht, Forderung nach stärkerer europäischer Eigenverantwortung, Warnung vor Regellosigkeit und „Disruption“ der Demokratie durch TechEliten und Populisten.
- „Remarks by the Vice President at the Munich Security Conference“ (J.D. Vance): wortgetreue englische Fassung der Rede, die in den Analysen zuvor kritisch kontextualisiert wird.

Damit wird das Heft zugleich zu einer Primärquelle für die transatlantische Debatte.

Personenporträt J.D. Vance

Der Beitrag »Wer ist J.D. Vance?« zeichnet Vances Biografie nach:

- Kindheit in prekären Verhältnissen (»Hillbilly«-Milieu, Appalachen),
- Militärdienst, Studium in Yale, Heirat in die Elite,
- Bestseller »Hillbilly Elegy« und dessen Rezeption,
- Unterstützung durch Milliardäre wie Peter Thiel, Karriere als Investor,
- politischer Wandel vom Trump-Kritiker zum loyalen Trump-Verbündeten, Wahl zum Senator von Ohio, 2024 Wahl zum Vizepräsidenten.

Vance erscheint als exemplarische Figur des neuen amerikanischen Nationalkonservatismus, dessen radikalisiert populistische Ausrichtung erhebliche Folgen für Europa hat.

Ökonomische Debatte

Generationenkapital versus Realinvestitionen

Der Aufsatz von Frank Hoffer („Generationenkapital: Realinvestitionen statt Aktienrente“) nimmt die deutsche Rentenpolitik in den Blick. Er kritisiert:

- das kreditfinanzierte Generationenkapital als renditestarke Illusion mit hohem Risiko,
- die Varianten von AmpelKoalition, Grünen und Union zur kapitalgedeckten Zusatzrente.

Stattdessen plädiert Hoffer für:

- produktivitätssteigernde Realinvestitionen (Bildung, Infrastruktur, ökologische Transformation),
- eine generationengerechte Anpassung der Lebensarbeitszeit,
- progressive Erbschaftsteuer,
- Einbeziehung aller Einkommensarten in die Rentenversicherung.

Der Text ergänzt die politischen Analysen durch eine finanz- und sozialpolitische Perspektive.

Kunst und Kultur

»Neue Sachlichkeit – Ein Jahrhundertjubiläum« in Mannheim

Im umfangreichen Ausstellungstext „Knallige Coolness – große Namen: Beckmann, Dix, Grosz & Co“ wird die Mannheimer Jubiläumsausstellung „Die Neue Sachlichkeit – Ein Jahrhundertjubiläum“ vorgestellt:

- Rückblick auf die berühmte Ausstellung von 1925 („Die neue Sachlichkeit. Deutsche Malerei seit dem Expressionismus“) und die Prägung des Epochenbegriffs durch Gustav F. Hartlaub,
- Analyse der aktuellen Schau mit rund 200–230 Werken von ca. 100 Künstlerinnen/Künstlern,
- Fokussierung auf bekannte Protagonisten (Dix, Grosz, Beckmann, Schad, Scholz, Hubbuck) und auf lange unterschätzte

oder marginalisierte Positionen, insbesondere Künstlerinnen (Jeanne Mammen, Lotte Laserstein, Anita Rée, Kate DiehnBitt).

Besondere Aufmerksamkeit gilt:

- Rudolf Schlichter (Porträt Egon Erwin Kisch, „Speedy mit Katze“): Verbindung von politischer Biografie, künstlerischer Entwicklung und späterem Rechtsruck,
- Arno Henschel („Dame mit Maske“): exemplarisches neu-sachliches Porträt und Biografie eines Künstlers, der zwischen Provinz, Anpassung und Kriegstod steht,
- weiteren Positionen wie Karl Hofer („Tiller Girls“), Heinrich Zernack, Charley Toorop.

Der Text verbindet kunsthistorische Einordnung mit einer Parallele zur Gegenwart: Neue Sachlichkeit als Spiegel einer Krisenzeit zwischen Demokratie, Radikalisierung und gesellschaftlichem Umbruch – und als warnende Folie für unsere eigenen 2020erJahre

Literatur und Quellenapparat

Alle großen Essays sind mit umfangreichen Literatur und Quellenverzeichnissen versehen (Politikwissenschaft, Zeitdiagnosen, Medienanalysen, Gesetzesmaterialien, Bundestagsprotokolle, internationale Presse). Polygon wird damit zugleich als politischessayistische Zeitschrift und als dokumentierende Chronik (2024/25) profiliert.

Gesamtprofil des Heftes

Polygon 4 (1/2025) ist eine politisch stark zugespitzte, essayistische und zugleich dokumentarische Ausgabe. Sie verbindet:

- eine detaillierte Chronik der deutschen Innenpolitik 2024/25 mit Fokus auf das Scheitern der Ampel,
- macht und führungskritische Porträts (Scholz, Merz, Lindner, Vance),
- Analysen zu Ukraine-Krieg, NATO-Spannungen, transatlantischem Bruch und Nahost-Konflikt,
- wirtschafts und sozialpolitische Reflexion (Renten und Investitionspolitik),
- sowie eine kunsthistorische Großreportage zur Neuen Sachlichkeit als Spiegel vergangener und gegenwärtiger Krisen.
- Die Ausgabe versteht sich als dichte Polit-Chronik des Jahres 2024/25 und als Beitrag zur Debatte über Demokratie, Macht und kulturelle Selbstvergewisserung in Zeiten multippler Krisen – bei unverändertem, bildstarkem Layout.

